

2/2007

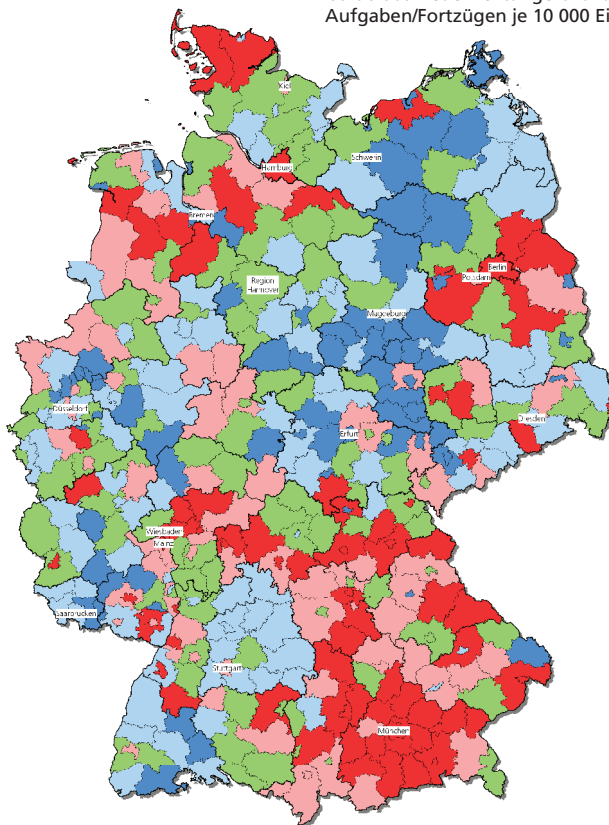
Aus dem Inhalt:

- Gewerbemeldungen 2005 im bundesweiten Vergleich
- Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken
- Volkszählungen im Ausland

Tabellen:

- Arbeitslose Ende Dezember 2006
- Staatliche Rechnungsergebnisse 2005 und 2004

Gewerbemeldungen 2005
Saldo aus Neuerrichtungen/Zuzügen und
Aufgaben/Fortzügen je 10 000 Einwohner





Zeichenerklärung

- = Nichts vorhanden.
- 0 = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe fällt später an.
- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert statistisch relativ unsicher.
- D = Durchschnitt.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtigte Zahl.
- s = geschätzte Zahl.
- dav. = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet.
- dar. = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt.
- € = EURO

Abänderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.

Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt ist, wurden die Tabellen im Niedersächsischen Landesamt für Statistik erarbeitet und gelten für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

Information und Beratung

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik erteilt die Zentrale Informationsstelle unter den Rufnummern:

Tel.: (0511) 98 98 – 11 32, 11 34

Fax: (0511) 98 98 – 41 32

E-Mail: auskunft@nls.niedersachsen.de

Internet: www.nls.niedersachsen.de

Herausgeber: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover.

Redaktion und V.i.S.d.P.: Prof. Lothar Eichhorn

Bezugspreis : Einzelheft 5,50 €, Jahresabonnement mit 12 Heften 38,50 €.

Erscheinungsweise: monatlich.

Bestellungen an Niedersächsisches Landesamt für Statistik - Schriftenvertrieb, Postfach 91 07 64, 30427 Hannover.

E-Mail: vertrieb@nls.niedersachsen.de

Göttinger Chaussee 76, Telefon (05 11) 98 98 – 31 66, Fax (05 11) 98 98 – 41 33.

Kündigung des Jahresabonnements 3 Monate vor Ablauf des Jahres.

© Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover 2007.

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

ISSN 0944-5374

Statistische Monatshefte Niedersachsen

61. Jahrgang · Heft 2 Februar 2007

Inhalt

Textteil

Neues aus der Statistik.....	64
Auf einen Blick: Niedersächsische Verdienste 4,1% unter Bundesdurchschnitt.....	65
Beiträge	
Gewerbemeldungen 2005 im bundesweiten regionalen Vergleich	66
Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken	72
Volkszählungen im Ausland	90
Preise im Dezember 2006	94
Index der Bauleistungspreise November 2006	96

Konjunktur aktuell	97
---------------------------------	----

Tabellenteil

Bevölkerung

Bevölkerungsveränderungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen im 3. Vierteljahr 2006 und im September 2006	101
--	-----

Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit

Arbeitslose Ende Dezember 2006 in den Landkreisen und kreisfreien Städten Niedersachsens und den Ländern Bremen und Hamburg.....	106
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) und Auszubildende in Niedersachsen 1980 bis 2005	107

Landwirtschaft

Tierische Produktion	108
----------------------------	-----

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle – Oktober 2006	109
Flugverkehr auf dem Flughafen Hannover – Oktober 2006	110
Güterumschlag in der Binnenschifffahrt – Oktober 2006.....	111
Güterumschlag in der Seeschifffahrt – Oktober 2006.....	111

Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

Gewerbeanzeigen – Januar bis November 2006.....	112
Insolvenzverfahren – Januar bis November 2006.....	113

Handel und Gastgewerbe, Tourismus

Beherbergung im Reiseverkehr im Oktober 2006	114
--	-----

Außenhandel

Außenhandel im November 2006	115
------------------------------------	-----

Verdienste

1. Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Oktober 2006	116
2. Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im Oktober 2006	116
3. Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Oktober 2006	117
4. Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im Oktober 2006	117
5. Entwicklung der Verdienste	118

Öffentliche Finanzen

Staatliche Rechnungsergebnisse	
1. Rechnungsergebnisse für 2004 und 2005 nach Ausgabe- und Einnahmearten.....	119
2. Rechnungsergebnisse für 2004 und 2005 nach Aufgabenbereichen	120

Zahlenspiegel Niedersachsen	121
-----------------------------------	-----

Veröffentlichungen des NLS im Januar 2007	125
---	-----

Verzeichnis der farbigen thematischen Karten.....	126
---	-----

Aufstellung häufig nachgefragter Tabellen.....	128
--	-----

Neues aus der Statistik

Die wichtigsten Daten für alle Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland auf einen Blick - "Kreiszahlen, Ausgabe 2006" erschienen

Die Ausgabe 2006 der jährlich erscheinenden Publikation "Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland" ist soeben erschienen. Diese Broschüre enthält die wichtigsten statistischen Eckdaten für alle Landkreise und kreisfreien Städte aus ganz Deutschland. Dazu gehören z.B. Daten über die Bevölkerung und die Geburtenhäufigkeit, aber genauso auch Daten über die Zahl der Arbeitsplätze, die Qualifikation der Beschäftigten, die Arbeitslosigkeit, das Wirtschaftswachstum und Ergebnisse der letzten Bundestagswahl. Insgesamt sind 137 wichtige Merkmale für jede Region enthalten.

Die "Kreiszahlen" sind ein gemeinsames Produkt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Veröffentlichung ergänzt als gedruckte Broschüre die ebenfalls vor kurzem erschienene regionalstatistische Datenbank "Statistik regional". Die "Kreiszahlen, Ausgabe 2006" umfassen 204 Seiten und eine ausklappbare Karte, in der die Territorialstruktur und die Besiedlungsdichte in Deutschlands Regionen dargestellt werden. Die Broschüre kostet 15 Euro und kann beim Niedersächsischen Landesamt für Statistik bestellt werden (E-Mail: vertrieb@nls.niedersachsen.de, Tel. (0511) 9898-3166).

Frühjahrstagung des NLS: Der Aufstieg Chinas - Konsequenzen für Niedersachsen

Am Montag, den 12. März 2007, findet ab 10 Uhr die diesjährige Frühjahrstagung im NLS statt, diesmal mit dem Thema der rasanten Wirtschaftsentwicklung in China. Diese Entwicklung hat im Rahmen der global vernetzten Weltwirtschaft erhebliche Auswirkungen auf

Europa, Deutschland und Niedersachsen, seine Wirtschaft und seine Bürger. Das Tagungsprogramm und ein Anmeldeformular findet man im Internet auf der Homepage des NLS (www.nls.niedersachsen.de). Weitere Auskünfte erteilt Frau Vehling (annegret.vehling@nls.niedersachsen.de).

Informationen zum geplanten Zensus 2011 im Internet

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben im Januar ein gemeinsames Internetangebot mit den wichtigsten Informationen zum geplanten Zensus 2011 erstellt. Das Angebot, das fortlaufend aktualisiert und erweitert wird, ist über die Adresse <http://www.zensus2011.de> und das Statistik-Portal (<http://www.statistik-portal.de>) zu erreichen. Auch die Bundesrepublik Deutschland wird sich an dem für die gesamte EU geplanten gemeinschaftsweiten Zensus 2011 beteiligen: Im Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 hatten sich die Regierungsparteien bereits auf die Teilnahme geeinigt. Am 29. August 2006 hat das Bundeskabinett in einer Grundsatzentscheidung beschlossen, den Zensus in Deutschland als registergestütztes Verfahren durchzuführen. Im Unterschied zu einer traditionellen Volkszählung wird damit nicht mehr jeder Haushalt befragt, sondern es werden vor allem Verwaltungsregister zur Gewinnung der Daten genutzt.

In dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte Niedersachsen wird aus diesem Anlass ein Beitrag abgedruckt, der sich mit den verschiedenen Typen von Volkszählungen bzw. Zensen fasst, die im europäischen Ausland derzeit angewandt werden. Diese reichen von der traditionellen fragebogengestützten Volkszählung bis hin zu reinen Registerzensen. Wir danken dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Auf einen Blick

Niedersächsische Verdienste 4,1% unter Bundesdurchschnitt

Der durchschnittliche monatliche Bruttoverdienst niedersächsischer Arbeitnehmer ¹⁾ lag nach Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung im Juli 2006 bei 2 956 €; der Verdienst der Männer lag mit 3 093 € deutlich über dem der Frauen von 2 444 €. Bundesweit betrug der Durchschnittsverdienst 3 083 €; damit lagen die niedersächsischen Verdienste um 4,1% niedriger als im Bundesdurchschnitt. Im Vergleich der Bundesländer zeigt sich:

- Die West-Ost-Unterschiede sind immer noch hoch: Arbeitnehmer im früheren Bundesgebiet erzielten im Schnitt Monatsverdienste von 3 180 €, im Beitrittsgebiet nur von 2 303 €.
- Die höchsten Verdienste gibt es in Hamburg mit 3 653 €; auch die anderen Stadtstaaten Bremen (3 241 €) und Berlin (3 159 €) haben überdurchschnittliche Werte. Von den hohen Verdiensten in

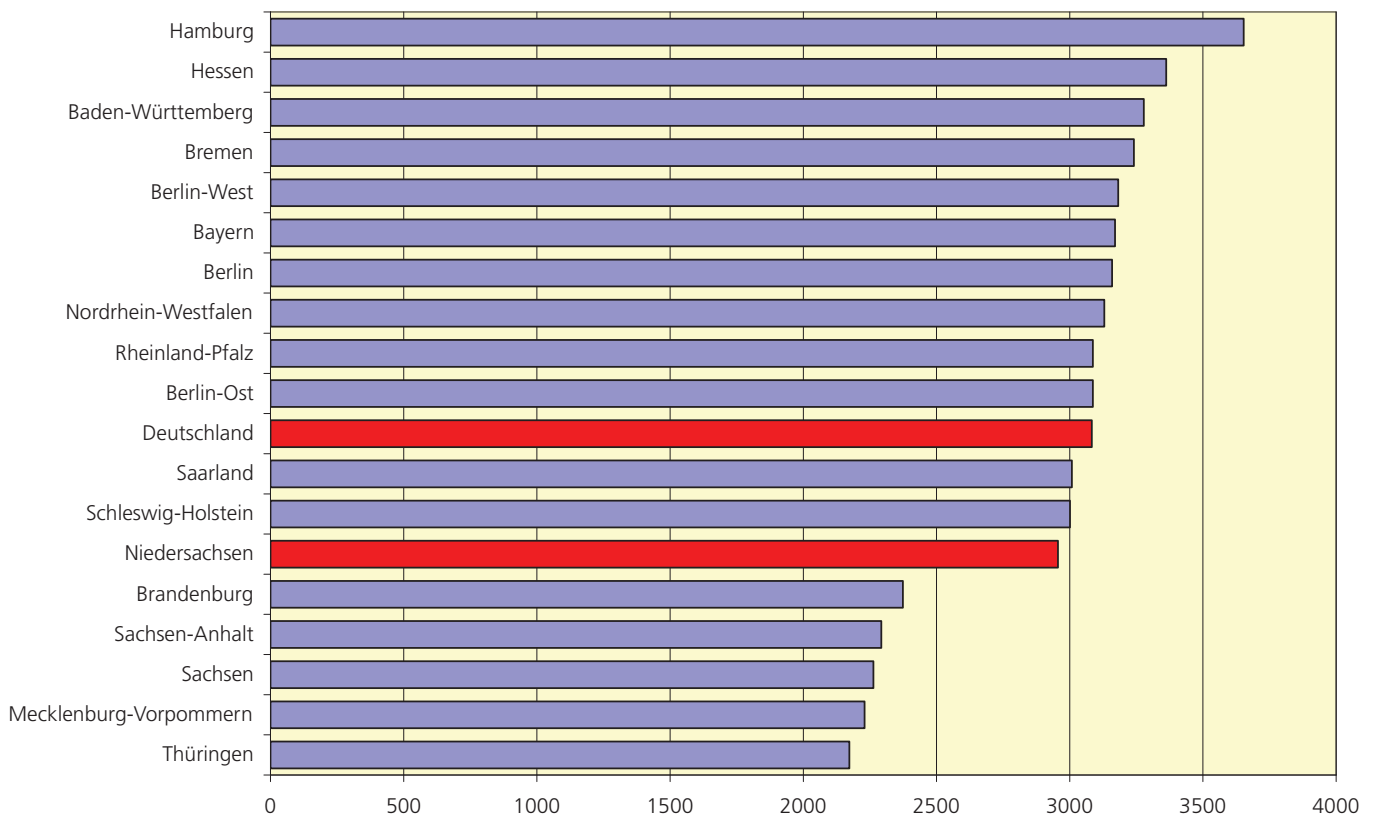
Hamburg und Bremen profitieren natürlich auch zahlreiche niedersächsische Arbeitnehmer, die dorthin täglich zur Arbeit pendeln. Unter den Flächenländern haben Hessen mit 3 362 € und Baden-Württemberg mit 3 278 € die Spitzenposition.

Die niedersächsischen Verdienste sind die niedrigsten unter allen „alten“ Ländern; auch Berlin-Ost ²⁾ weist höhere Verdienste auf. Das unterdurchschnittliche Verdienstniveau zieht sich durch fast alle Branchen hindurch; so lagen die monatlichen Verdienste niedersächsischer Arbeitnehmer im Ernährungsgewerbe um 4,4%, im Fahrzeugbau um 7,8% und im Bereich Handel-Banken-Versicherungen sogar um 9,3% unter dem Bundesdurchschnitt.

1) Der Erhebungsbereich der vierteljährlichen Verdiensterhebung umfasst für die Arbeiter den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das Verarbeitende Gewerbe, die Energie- und Wasserversorgung sowie das Baugewerbe. Für die Angestellten kommen zusätzlich noch der Handel sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe hinzu. – 2) Daten für Berlin liegen nicht nur für das Land insgesamt, sondern auch nach Ost und West vor.

Prof. Lothar Eichhorn

Monatliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmer im Juli 2006 in Euro



Gewerbemeldungen 2005 im bundesweiten regionalen Vergleich

Das Ziel der Gewerbeanzeigenstatistik ist es, aktuelle Strukturdaten zu Existenzgründungen, Stilllegungen und Unternehmensbewegungen zu liefern. Der Nachweis des Gründungs- und Stilllegungsgeschehens kann jedoch nur näherungsweise erfolgen, da die Gewerbeanzeigen primär wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Zwecken dienen (vgl. Kasten zu den Grundlagen der Gewerbeanzeigenstatistik). Die Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik bilden insofern ein Maß für die Dynamik der betrieblichen Gründungs- bzw. Stilllegungsaktivität. In diesem Beitrag wird die regionale Verteilung der Betriebsgründungen bzw. -stilllegungen dargestellt. Die Daten für diesen Vergleich stammen von der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebenen DVD „Statistik regional“¹⁾, die Daten für alle deutschen Landkreise und kreisfreien Städte aus den wichtigsten Bereichen der amtlichen Statistik zur Verfügung stellt.

Gewerbemeldungen nach Bundesländern

Im Jahr 2005 gab es bundesweit knapp 900 Tsd. Gewerbean- und rund 760 Tsd. Gewerbeabmeldungen. Der nie-

1) Die DVD kann bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder zum Preis von 74,- Euro bezogen werden. Nähere Informationen finden sich im Internet unter <http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/publ.asp>.

sächsische Anteil daran betrug 8,7 % (2004: 8,8 %) bei den Anmeldungen bzw. 8,5 % (2004: 8,8 %) bei den Abmeldungen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies bundesweit eine Abnahme von 6,8 % bei den Anmeldungen und eine Zunahme von 4,5 % bei den Abmeldungen.

Regionalisierte Darstellung zeigt bundesweite Zentren hoher Gründungsintensität²⁾

In der folgenden regionalen Darstellung bleiben die Übernahmen bzw. Übergaben von bestehenden Betrieben (durch Kauf, Pacht, Erbe, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt- oder austritt) unberücksichtigt. Dargestellt werden die Anmeldungen aller Betriebe, die entweder neu errichtet oder durch Zuzug eines bestehenden Betriebes in die jeweilige Gemeinde neu entstanden sind. Für die Abmeldungen gilt das Entsprechende. Da die absoluten Angaben aufgrund der unterschiedlichen Struktur der einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte schlecht vergleichbar wären, werden sie zur besseren Vergleichbarkeit jeweils auf 10 000 Einwohner³⁾ bezogen.

2) Zahl der Gewerbeanmeldungen bezogen auf die Einwohnerzahl

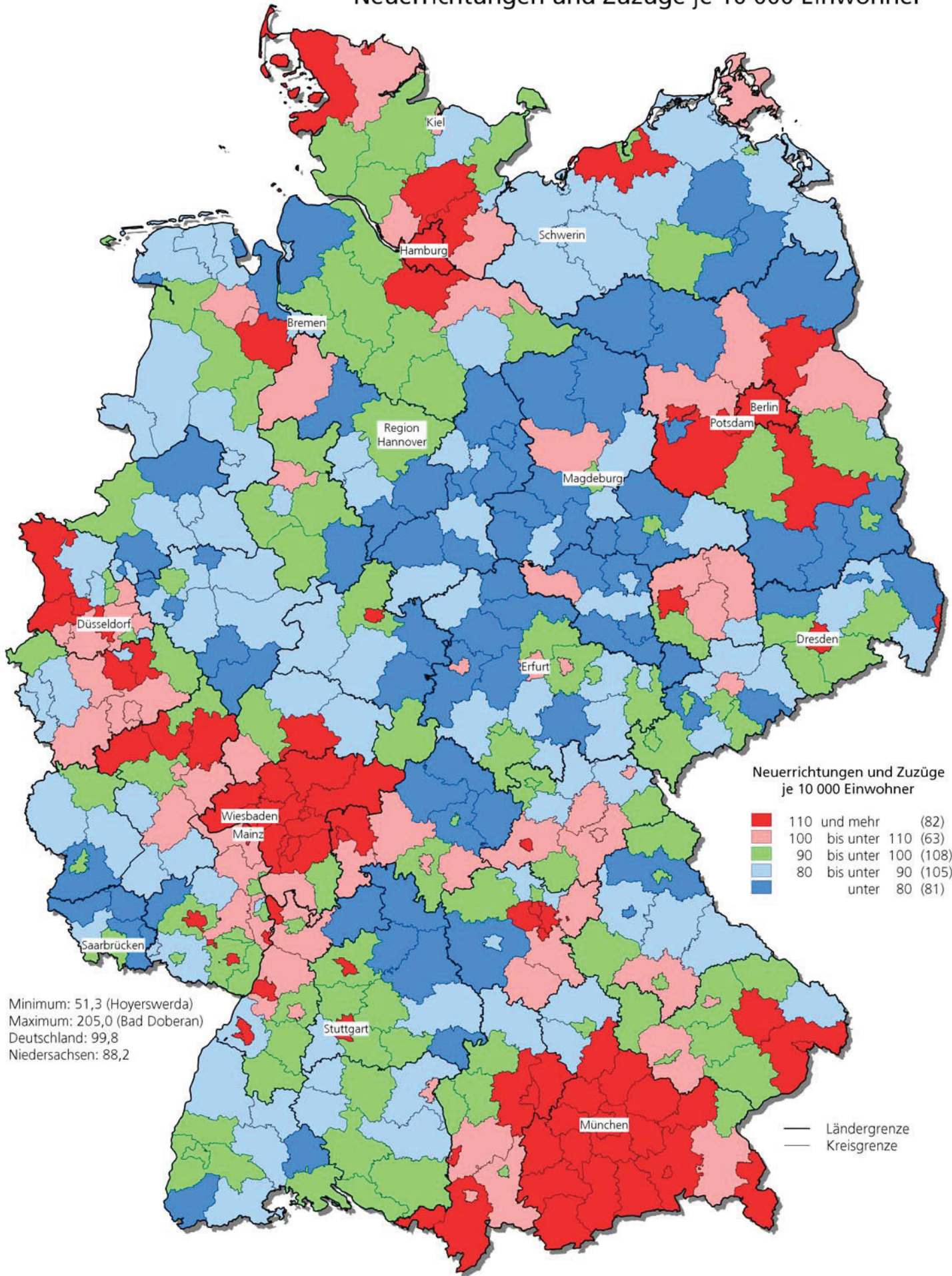
3) Durchschnittliche Bevölkerungszahl des Jahres 2004 laut Bevölkerungsfortschreibung

Gewerbean- und abmeldungen 2005 nach Bundesländern

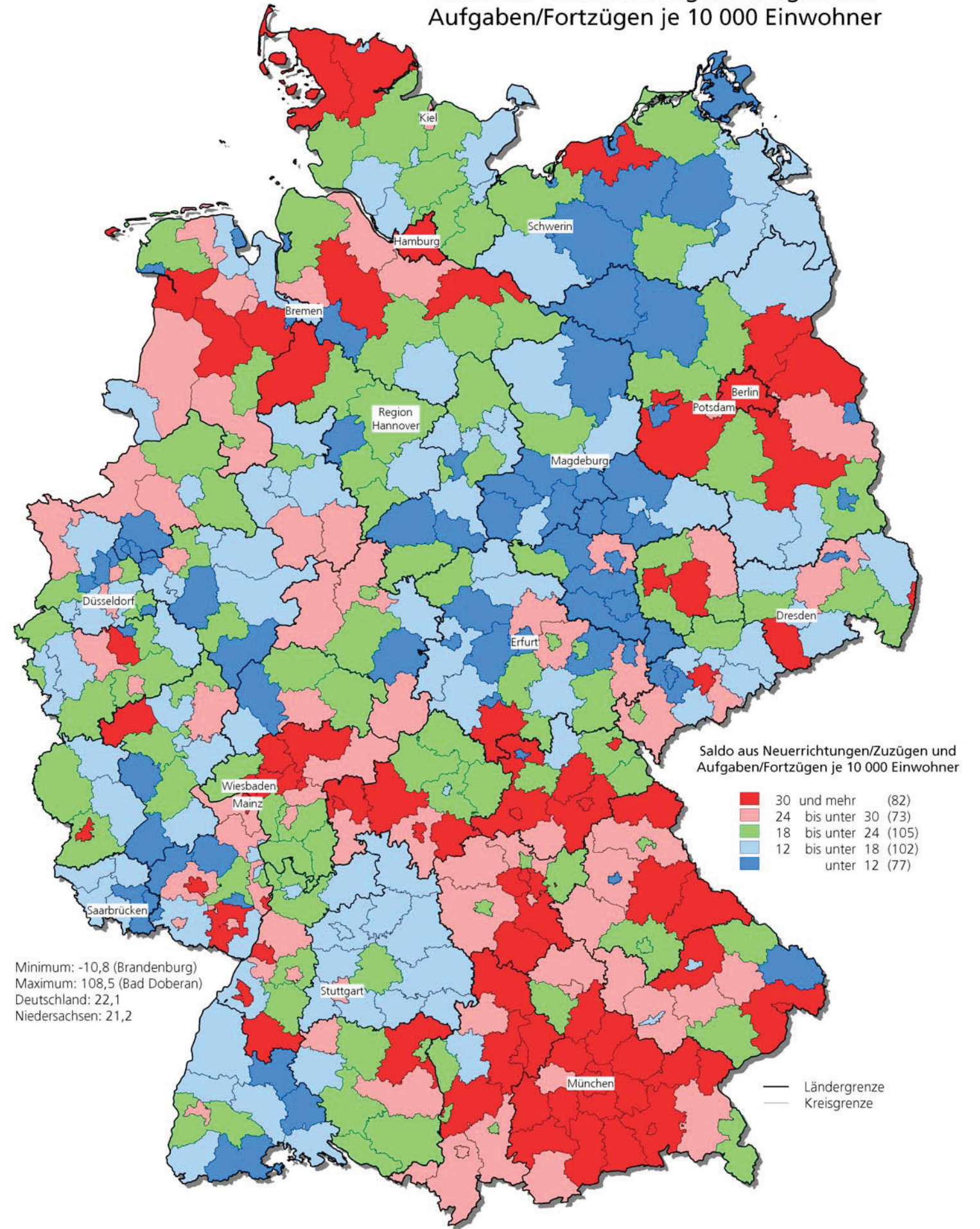
Land	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeabmeldungen			
	insgesamt ¹⁾	Neuerichtungen ²⁾	Zuzüge	Übernahmen	insgesamt ¹⁾	Aufgaben	Fortzüge	Übergaben
Baden-Württemberg	111 044	92 264	9 165	9 615	89 277	69 862	10 747	8 668
Bayern	149 257	123 894	13 862	11 501	112 183	85 754	14 902	11 527
Berlin	44 015	39 289	928	3 798	32 833	28 126	1 111	3 596
Brandenburg	26 310	22 074	2 209	2 027	20 755	16 406	2 297	2 052
Bremen	6 197	5 669	166	362	5 316	4 609	280	427
Hamburg	21 931	19 452	567	1 912	14 936	12 763	724	1 449
Hessen	78 532	65 866	6 770	5 896	61 902	48 897	7 478	5 527
Mecklenburg-Vorpommern	17 200	15 291	940	969	14 185	12 197	1 105	883
Niedersachsen	77 461	65 045	5 479	6 937	60 153	47 722	5 876	6 555
Nordrhein-Westfalen	188 613	161 561	11 365	15 687	154 507	127 775	12 363	14 369
Rheinland-Pfalz	43 558	36 751	3 296	3 511	34 593	27 619	3 646	3 328
Saarland	9 582	8 165	632	785	8 390	6 922	733	735
Sachsen	45 386	39 990	2 592	2 804	35 776	30 381	3 013	2 382
Sachsen-Anhalt	21 401	19 145	996	1 260	18 700	16 683	1 049	968
Schleswig-Holstein	32 219	26 140	3 111	2 968	25 984	20 051	3 084	2 849
Thüringen	22 224	19 052	1 433	1 739	18 550	15 159	1 723	1 668
Deutschland	895 144	759 843	63 514	71 787	708 253	571 103	70 150	67 000

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – 2) Die niedersächsischen Neuerrichtungen 2005 gliederten sich in: a) 15 956 Betriebsgründungen (Handelsregister oder Handwerksrolle oder SV-Beschäftigte) b) 48 745 sonstige Neugründungen (Kleingewerbe) c) 344 Umwandlungen. – Eventuelle Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen ergeben sich durch nachträgliche Korrekturen; diese sind auch nicht in das Bundesergebnis eingeflossen.

1. Gewerbebeanmeldungen 2005:
Neuerrichtungen und Zuzüge je 10 000 Einwohner



3. Gewerbebeanmeldungen 2005:
Saldo aus Neuerrichtungen/Zuzügen und
Aufgaben/Fortzügen je 10 000 Einwohner



In der Abbildung 1 sind die Neuerrichtungen und Zuzüge von Betrieben je 10 000 Einwohner für alle Kreise und kreisfreien Städte im Jahr 2005 dargestellt. Es wird deutlich, dass die Gründungsaktivitäten vor allem im Raum München sowie im Rhein-Main-Gebiet besonders stark sind. Hinzu kommen Berlin und die angrenzenden Kreise sowie Hamburg und sein Umland. Etwa ein Drittel aller Kreise weist Werte oberhalb des Bundesdurchschnitts von 99,8 auf.

Die bundesweit höchste Zahl von Gewerbeanmeldungen (ohne Übernahmen) je 10 000 Einwohner gab es im Landkreis Bad Doberan (205,0). 45 % der dortigen Gewerbeanmeldungen gingen im Kredit- und Versicherungsgewerbe ein⁴⁾, was in diesem Wirtschaftsabschnitt einer Zunahme von 162,1 % gegenüber dem Vorjahr entsprach. Hierbei handelt es sich allerdings um einen „Ausreißer“, der auf ungewöhnlich vielen Anmeldungen von Einzelunternehmen im Kredit- und Versicherungsgewerbe für selbstständige Handelsvertreter nach 84 HGB mit Tätigkeiten nach 34c GewO basierte⁵⁾. Dieses Beispiel zeigt, dass es bei einer Momentaufnahme des Gründungsgeschehens immer mal zu Extremwerten kommen kann. Die Ursachen solcher Werte lassen sich dem zugrunde liegenden Material leider nicht entnehmen, bereits eine Branchendifferenzierung⁶⁾ ist damit auf Kreisebene nicht möglich.

Danach folgten die kreisfreien Städte Offenbach am Main (174,4) und Frankfurt am Main (170,7) sowie die Landkreise Starnberg (153,5) und Offenbach (149,4). Eine relativ geringe Zahl von Neuerrichtungen oder Zuzügen gab es bezogen auf die Einwohnerzahl in der kreisfreien Stadt Hoyerswerda (51,3), dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz (59,1) und der kreisfreien Stadt Wolfsburg (59,4). Die Abbildung 1 deckt sich im Wesentlichen mit der Darstellung für das Jahr 2004⁷⁾, sodass auf die weitergehende Beschreibung der Strukturen und Erklärungsansätze hier nicht weiter eingegangen wird.

Hohe Gründungssalden auch in anderen Regionen

Eine hohe Zahl von Gewerbeanmeldungen allein ist kein Zeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung oder eine zumindest stabile wirtschaftliche Situation. Auch wenn man eine hohe Gründungsintensität als Maß für die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit einer Region ansieht, so ist doch die Zahl der Aufgaben bzw. Fortzüge von Betrieben bezogen auf die Einwohnerzahl ebenso wichtig für deren wirtschaftliche Entwicklung. Stellt man die Gewer-

beanmeldungen (ohne Übernahmen) den entsprechenden Abmeldungen bundesweit gegenüber, so ergibt sich das in Abbildung 2 dargestellte Bild. Jeder Punkt dieses Diagramms repräsentiert die beiden Werte einer kreisfreien Stadt bzw. eines Landkreises. Die beiden Deutschlandwerte teilen das Diagramm in vier Quadranten ein. Der Quadrant rechts oben ((+/-)-Bereich) zeigt die Gebiete mit überdurchschnittlich vielen Anmeldungen und Abmeldungen je 10 000 Einwohner, der links unten liegende (-/-)-Bereich die jeweils unterdurchschnittlichen, also Regionen, in denen insgesamt weniger Meldeaktivitäten vorliegen. Links oben bildet der (-/+)-Bereich diejenigen Kreise und kreisfreien Städte ab, die unterdurchschnittliche Gründungsaktivität bei überdurchschnittlich vielen Aufgaben/Fortzügen aufweisen. Zwar lässt sich losgelöst von einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung einer Region keine abschließende Bewertung ihrer wirtschaftlichen Lage treffen. Dennoch wirft die Lage im (-/+)-Quadranten am ehesten Fragen nach den Ursachen auf. Dies gilt insbesondere für die Regionen oberhalb der Diagonalen, in denen die Abmeldungen überwiegen. Im Gegensatz dazu steht der (+/-)-Bereich rechts unten, der eine überdurchschnittliche Gründungsintensität bei unterdurchschnittlichen Abmeldezahlen repräsentiert, was ein Hinweis auf eine nachhaltige Gründungsaktivität sein könnte. Im Vergleich zu den beiden Deutschlandwerten zeigt sich eine konzentrierte Häufung von Landkreisen und kreisfreien Städten im jeweils leicht unterdurchschnittlichen Bereich. Eine besonders hohe Aktivität in beiden Richtungen zeigt sich im Raum Frankfurt am Main/Offenbach am Main, eine beiderseits niedrige beispielsweise im Landkreis Oberspreewald-Lausitz und in der kreisfreien Stadt Wolfsburg.

Ein Maß für die Nachhaltigkeit der betrieblichen Gründungen ist der Saldo aus den Neuerrichtungen/Zuzügen und Aufgaben/Fortzügen je 10 000 Einwohner (in der Folge nur mit Gründungssaldo bezeichnet). Er bildet allerdings nicht die tatsächliche Existenzdauer einzelner Betriebe ab, wie man es bei einer Längsschnittanalyse könnte. Dennoch wird eine Art „Nettobetrag“ des Gründungsgeschehens dokumentiert. Hinzu kommt, dass man aus der Insolvenzstatistik weiß, dass das Risiko des Scheiterns bei jungen Unternehmen weitaus am höchsten ist. Im Jahr 2005 ergab sich das in Abbildung 3 dargestellte Bild.

In Deutschland betrug der Gründungssaldo 22,1 im Jahr 2005. Der Niedersachsen-Wert dieses Saldos lag mit 21,2 nur geringfügig darunter. Bundesweit ergaben sich Werte zwischen -10,8 (LK Brandenburg) und 108,5 (LK Bad Doberan). Weitere hohe positive Gründungssalden fanden sich im Main-Taunus-Kreis (51,7) und in der kreisfreien Stadt Baden-Baden (44,7), gefolgt von Pfaffenhofen a.d. Ilm (44,0) und Frankfurt am Main (43,2). Flächendeckend sehr hohe Werte fanden sich vor allem in Bayern, insbesondere im Raum München, entlang des Mains und südwestlich von Nürnberg. Daneben fallen in der Karte vor allem das nordwestliche Niedersachsen und der Raum Ber-

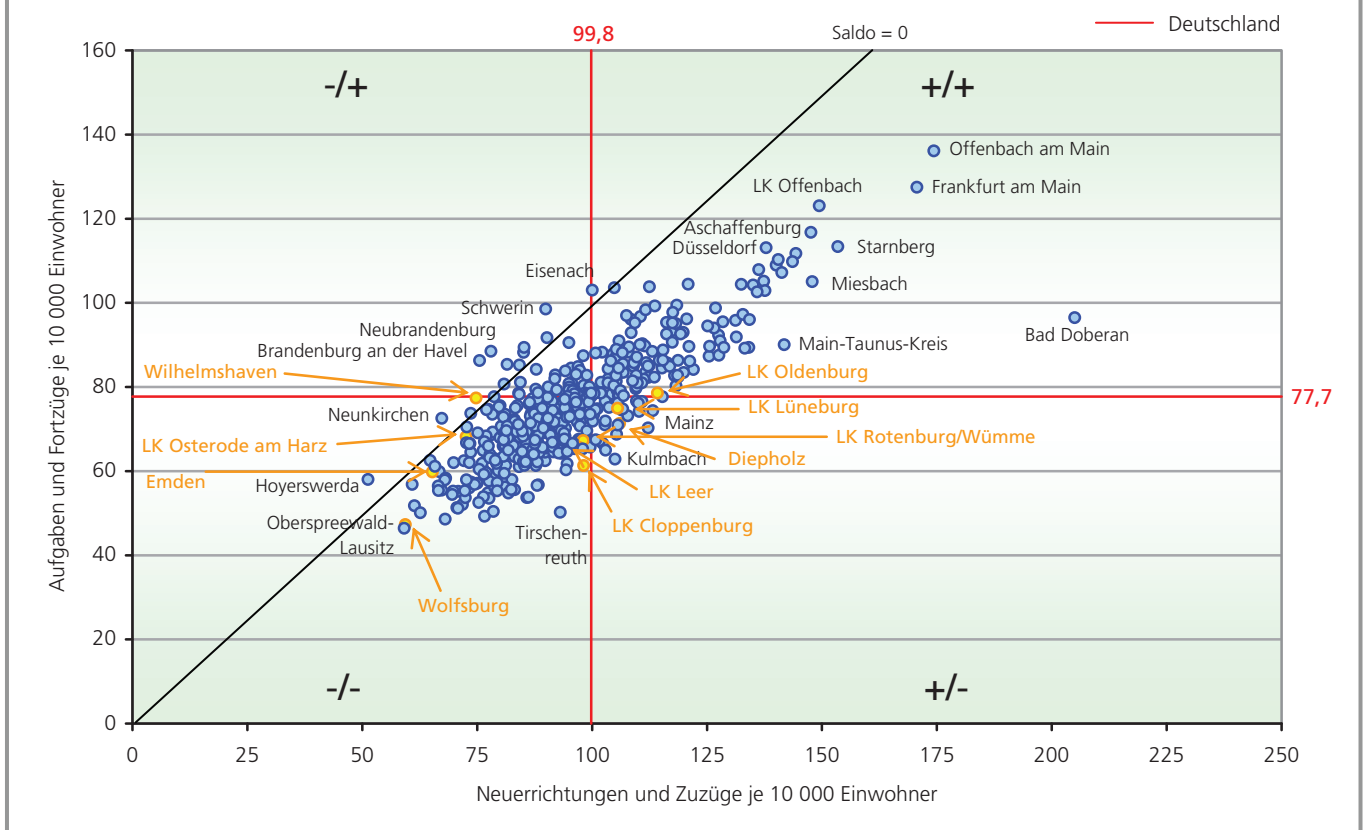
4) einschließlich Übernahmen (vgl. Statistischer Bericht D I - 4. Vj / Jahr 2005 „Gewerbeanzeigen in Mecklenburg-Vorpommern“, Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2006)

5) Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

6) vgl. hierzu Statistischer Bericht Niedersachsen D I 2 - j / 05 „Gewerbeanzeigen nach Wirtschaftszweigen 2005“

7) vgl. Prof. Eichhorn, Lothar: „Regionale Innovationstätigkeit im Jahr 2004“ in Statistische Monatshefte Niedersachsen, Ausgabe 1/2006

2. Gewerbemeldungen (ohne Ummeldungen) der kreisfreien Städte und Landkreise 2005



lin ins Auge. Gegenüber der Abbildung 1 sind damit insbesondere das südliche Umland von Hamburg, Bremen und die westlich angrenzenden Gebiete und Nordbayern in der obersten Größenklasse vertreten. Hierbei handelt es sich um Regionen, die zwar eher durchschnittliche Anmeldeaktivitäten, aber auch nur geringe Abmeldeaktivitäten aufweisen. Dies könnte auf ein nachhaltiges Gründungsgeschehen in diesen Regionen hindeuten. Demgegenüber befinden sich weite Teile des Rhein-Main-Gebietes im mittleren Wertebereich. Hier liegt zwar vielfach eine große Zahl von Gewerbeanmeldungen (ohne Übernahmen), aber auch eine hohe Zahl von -abmeldungen (ohne Übergaben) bezogen auf die Einwohnerzahl vor, was auf die Risiken hoher Innovationstätigkeit hindeutet.

Die höchsten negativen Gründungssalden fanden sich in den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel (- 10,8), Neubrandenburg (- 10,5) und Schwerin (- 8,6), gefolgt von Hoyerswerda (- 6,7) und dem Landkreis Neunkirchen (- 5,2). Die beiden erstgenannten Städte zeichnen sich durch hohe Abmeldezahlen bei geringen Anmeldungen aus, während Hoyerswerda die bundesweit wenigsten Neuerrichtungen/Zuzüge bei ebenfalls sehr geringen Aufgaben/Fortzügen je 10 000 Einwohner aufweist. Die Ursachen für sehr geringe Gründungssalden sind hier also jeweils andere. Im nordöstlichen Deutschland gibt es ebenso wie etwa im Ruhrgebiet oder im Saarland Gebiete, die stark

unter den Folgen der Deindustrialisierung leiden. Einige Regionen in Westdeutschland, deren Wirtschaft lange Zeit von der Montanindustrie bestimmt wurde, haben den notwendigen Strukturwandel bis heute nicht abgeschlossen. Dieselbe Problematik wurde durch die Deindustrialisierung Ostdeutschlands⁸⁾ nach der deutschen Wiedervereinigung ausgelöst, die in vielen Regionen bisher nicht durch ein ausreichendes Wachstum des tertiären Sektors ausgeglichen werden konnte. Die Karte zeigt größere zusammenhängende Gebiete mit recht niedrigen Gründungssalden vor allem im nordöstlichen Deutschland und in Sachsen-Anhalt.

Gründungssalden in Niedersachsens Regionen

Unter den bundesweit herausragenden Regionen wurden bereits einige niedersächsische genannt. In Niedersachsen gab es 2005 88,2 Neuerrichtungen bzw. Zuzüge von Betrieben je 10 000 Einwohner. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern befindet sich Niedersachsen damit im unteren Drittel, während sein Gründungssaldo von 21,2 einen Platz im Mittelfeld bedeutet. Dies bestätigt zwar die

8) vgl. Hannemann, Christine: „Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum“, Bundeszentrale für politische Bildung 2003 unter <http://www.bpb.de/publikationen/RGEU7W.html>

auch im letzten Jahr festgestellte Position Niedersachsens im Ländervergleich der Gründungsintensität ⁷⁾⁹⁾, zeigt aber auch, dass die Berücksichtigung der betrieblichen Aufgaben per Saldo und der damit verbundene Blick auf die Nachhaltigkeit der Gründungen eine bessere Platzierung ergibt.

Die Werte der niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte schwanken zwischen - 2,6 in Wilhelmshaven und + 36,8 im Landkreis Cloppenburg. Weitere hohe Grün-

9) Siehe auch „Niedersachsen-Monitor 2006“, S. 21, Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover 2006.

dungssalden finden sich in den Landkreisen Oldenburg (35,7), Diepholz (34,7), Leer (32,1), Lüneburg (31,9) und Rotenburg-Wümme (30,7). All diese Regionen befinden sich am unteren Rand der Punktwolke in Abb. 2 und zwar deutlich oder so gut wie im (+/-)-Bereich. Neben Wilhelmshaven (oberer Rand des (-/-)-Bereichs in Abb. 2) weisen auch Osterode am Harz (4,5) und Emden (5,4) recht niedrige Gründungssalden auf. Sie liegen ebenfalls im (-/-)-Bereich in Abbildung 2. Gründe hierfür könnten in der Strukturschwäche der Harzregion bzw. in der Prägung der Wirtschaft Emdens durch die Automobilindustrie liegen.

Hinweise zu den Grundlagen der Gewerbeanzeigenstatistik

Durch das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und sonstiger gewerberechtlicher Vorschriften vom 23.11.1994 wurde ab 1996 die Durchführung einer bundeseinheitlichen Gewerbeanzeigenstatistik angeordnet. Als Gewerbeanzeigen gelten alle Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen. Die Anzeigepflicht gilt für selbständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbständige Zweigstellen. Aufgabe der Gewerbeanzeigenstatistik ist es, das Gewerbeldegeschehen in seiner Gesamtheit darzustellen und Informationen über Existenzgründungen und Stilllegungen von Betrieben zu liefern. Der Nachweis des Gründungs- und Stilllegungsgeschehens kann jedoch nur näherungsweise erfolgen, da die Gewerbeanzeigen primär wirtschaftsverwaltungsrechtlichen Zwecken dienen. Eine Anmeldung wird erforderlich, wenn eine Tätigkeit neu begonnen wird oder eine Übernahme erfolgt, sei es durch Kauf oder Erbfolge, Gesellschaftereintritt, Wahl einer neuen Rechtsform oder Verlegung des Unternehmens in einen anderen Meldebezirk. Dementsprechend wird eine Abmeldung bei vollständiger oder teilweiser Aufgabe eines Betriebes erforderlich sowie bei dessen Verkauf, bei Austritt eines Gesellschafters, bei Änderung der Rechtsform sowie bei Verlegung in einen anderen Meldebezirk. Eine Ummeldung ist zu erstatten, wenn ein Umzug innerhalb eines Meldebezirkes erfolgt oder sich der Gegenstand des Gewerbes ändert.

Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass die Angaben auf den Gewerbeanmeldungen eine Absichtserklärung der Betriebsinhaber sind und nicht jeder angemeldete Betrieb auch tatsächlich gegründet oder entsprechend der Anmeldung geführt wird. Bei den Gewerbeabmeldungen ist hingegen von einer Untererfassung auszugehen, da nicht jeder Betrieb nach Beendigung der wirtschaftlichen Tätigkeit umgehend abgemeldet wird.

Quelle und weitergehende Informationen siehe Internetangebot des Statistischen Bundesamtes bzw. Statistische Berichte Niedersachsen zur Gewerbeanzeigenstatistik

Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie

Seit Mitte der 1960er-Jahre begleiten Diskussionen über die Notwendigkeit der Bundesstatistiken und die Zumutbarkeit der damit verbundenen Belastungen für Bürger und Wirtschaft die Arbeit der statistischen Ämter. Ging es zunächst darum, die rasch wachsenden Informationsanforderungen mit den verfügbaren Kapazitäten der statistischen Ämter in Einklang zu bringen, kam mit der Diskussion um die Volkszählung 1983 und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eine bleibende Sensibilität der Politiker, Medien und Bürger gegenüber statistischen Auskunftsersuchen hinzu. In seinem Volkszählungsurteil hatte das Bundesverfassungsgericht damals zwar die Bedeutung der amtlichen Statistik umfassend gewürdigt, ihr aber gleichzeitig auch die größtmögliche Schonung der Auskunftspflichtigen, eine Wahrung der Verhältnismäßigkeit zwischen Inanspruchnahme der Auskunftspflichtigen und allgemeinem Nutzen sowie die Anwendung des jeweils mildesten Mittels auferlegt.

Mit wachsender Regelungsdichte, nicht zuletzt auch aufgrund europäischer Rechtsvorschriften, und steigendem Wettbewerbsdruck rückte im letzten Jahrzehnt immer stärker die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie in den Vordergrund. Die Statistik steht dabei häufig als Synonym für alle Arten von Auskunftsverlangen amtlicher und nicht amtlicher Stellen.

Auch die jetzige Bundesregierung hat den Abbau von überflüssiger Bürokratie zu ihrem politischen Ziel erklärt: Im Herbst 2005 haben sich die Regierungsfractionen in ihrer Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode darauf verständigt, den Bürokratieabbau systematisch voranzutreiben und insbesondere den Mittelstand von wachstumshemmender Überregulierung zu befreien. Unter den vordringlichen Maßnahmen ist dabei auch der Abbau von Statistikpflichten genannt.

Um zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen, hatte das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bereits im November 2003 den

Auftrag erteilt, eine Untersuchung über die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Studie wurden im Juli 2006 auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Rund 64 Minuten im Monat beträgt danach der durchschnittliche Aufwand von Unternehmen, die zu amtlichen Statistiken melden. Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch große Unterschiede in der Belastung der Auskunftspflichtigen auf, abhängig von der Unternehmensgröße, dem Wirtschaftsbereich, dem die Unternehmen angehören, oder der jeweiligen Statistik.

Herr Prof. Dr. Stäglich und Herr Diplom-Soziologe Pfeiffer vom DIW Berlin haben sich freundlicherweise bereitgefunden, die Ergebnisse der DIW-Belastungsstudie in einer Kurzfassung auch in den Zeitschriften der statistischen Ämter zu veröffentlichen, wofür wir ihnen herzlich danken.

1 Messung des Zeitaufwandes der Unternehmen in Deutschland durch Erhebungen der statistischen Ämter

Die Diskussion über die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie ist ein Dauerthema in Politik und Gesellschaft¹⁾. Bei dieser Diskussion wird auch die amtliche Statistik zu den Bürokratielasten gezählt und eine Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten gefordert. Die dafür ins Feld geführten Argumente, die sich auf Einzelfälle und bisher vorliegende Untersuchungen stützen, sind jedoch oft undifferenziert, strittig und selten nachvollziehbar. So wird jede Informations- und Meldepflicht mit amtlicher Statistik gleichgesetzt, die Zeit- und Kostenbelastung anhand des subjektiven Empfindens gemessen und bei der Forderung nach Reduktion der Statistikbelastung übersehen, dass bereits mehr als 60% der amtlichen Statistiken durch europäische Rechtsakte vorgegeben sind.

1) Auch die Regierung der großen Koalition hat den Abbau von Bürokratie zu einem ihrer politischen Ziele erklärt. Siehe den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005: „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, Kapitel 9.1 Entlastung der Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten. Dabei hat sich die Bundesregierung das in den Niederlanden entwickelte und in einigen europäischen Ländern bereits angewendete Standardkosten-Modell (SKM) zum Vorbild genommen. Siehe hierzu Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Einführung des Standardkosten-Modells – Methodenhandbuch der Bundesregierung“, Version 1, August 2006.

Um zu einer Versachlichung dieser Diskussion beizutragen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) im November 2003 dem DIW Berlin den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ durchzuführen. Ziel der Untersuchung, deren Ergebnisse im Juli 2006 vorgestellt wurden²⁾, war es,

- eine objektive und quantifizierbare Grundlage für die Diskussion um die konkrete Belastung von Unternehmen in Deutschland durch Meldepflichten zur amtlichen Statistik zu schaffen,
- die Gründe für besondere Belastungen zu ermitteln, um Ansatzpunkte für eine Reduzierung des Befragungsaufwandes bzw. für eine Verbesserung der statistischen Erhebungen zu identifizieren,
- einen Anhaltspunkt für die Relation von amtlicher Statistik zu nicht amtlicher Statistik und zu Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen sowie
- den Nutzenaspekt der amtlichen Statistik in die bisher einseitige Belastungsdiskussion einzubringen.

2 Registerauswertung, Befragung der betroffenen Unternehmen und Nutzenüberlegungen

Die Aufgabenstellung der Belastungsuntersuchung erforderte mehrere Arbeitsschritte. Zu ihnen gehörten

- eine Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter,
- eine Befragung zur zeitlichen Beanspruchung der Unternehmen durch 74 Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 (amtliche Belastungserhebung),
- eine Berechnung der Gesamtbelastung der von den amtlichen Erhebungen im Jahr 2004 betroffenen Unternehmen in Deutschland (Hochrechnung),
- eine Analyse der Möglichkeiten zur Entlastung der meldepflichtigen Unternehmen von statistischen Erhebungen,
- eine zusätzliche schriftliche und persönliche Befragung ausgewählter Unternehmen zur Beanspruchung durch andere Melde- und Informationspflichten (Unternehmensbefragung des DIW Berlin),
- eine Analyse des Nutzens amtlicher Statistik für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft sowie
- eine überblicksartige Analyse der wichtigsten aktuellen Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“.

Die Erfüllung der Aufgaben des Untersuchungsauftrages setzte wegen der umfangreichen Datenzulieferungen durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine enge Kooperation zwischen diesen und dem DIW Berlin voraus. Die Auswertung der amtlichen Belastungserhebung und der Unternehmensbefragung des DIW Berlin wurde mit den um die Informationen aus dem Unternehmensregister ergänzten Angaben aus Datenschutzgründen im Wege der Fernrechnung im Statistischen Bundesamt vorgenommen³⁾.

Begleitet wurde die Untersuchung durch einen Projektbeirat, dem Vertreter des Auftraggebers, der statistischen Ämter sowie ausgewählter Wirtschaftsverbände angehörten. Vor Abschluss der Arbeiten wurde am 30. März 2006 ein Workshop durchgeführt, auf dem die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung einem ausgewählten Kreis vorgestellt und diskutiert wurden. Der Öffentlichkeit wurden die endgültigen Ergebnisse der Belastungsstudie auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin am 26. Juli 2006 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin präsentiert.

3 Ergebnisse der Belastungsuntersuchung

3.1 Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter

15% aller Unternehmen meldepflichtig

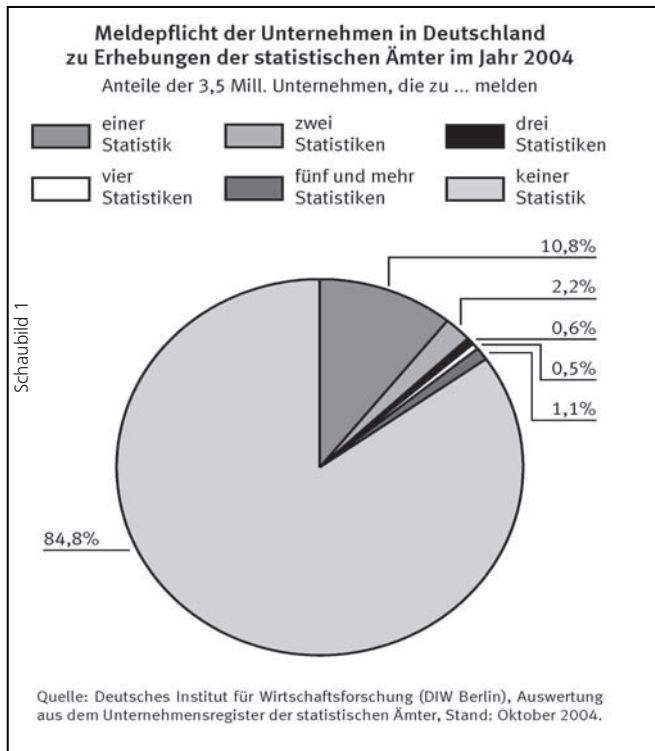
Das bei den statistischen Ämtern geführte Unternehmensregister ermöglicht einen ersten Einblick in die Belastungssituation der deutschen Wirtschaft durch die Erhebungen der statistischen Ämter (amtliche Statistik). Es zeigt, dass von den knapp 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland im Jahr 2004 rund 85% zu keiner amtlichen statistischen Erhebung herangezogen wurden (siehe Schaubild 1).

Von den 15,2% der Unternehmen, die Statistikpflichten zu erbringen hatten, meldeten 10,8% zu einer Statistik und 2,2% zu zwei Statistiken. Von drei und mehr statistischen Erhebungen waren ebenfalls 2,2% der Unternehmen betroffen; darunter befanden sich 1,1% Berichtspflichtige, die fünf und mehr Erhebungen beantworten mussten.

Vor allem größere Unternehmen meldepflichtig

Eine Unterteilung dieser Angaben zur Meldepflicht nach sechs Größenklassen der Unternehmen anhand der Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten lässt

2) Siehe Pfeiffer, I./Stäglin, R./Stephan, A.: „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 19, Berlin 2006, und Pfeiffer, I./Stäglin, R.: „Statistikbelastung der Unternehmen: Reduzierung der Berichtspflichten kann nicht viel zum Bürokratieabbau beitragen“, Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 30/2006. - 3) Hier ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes für ihre Unterstützung zu danken.



erkennen, dass der Anteil der meldepflichtigen Unternehmen sich umgekehrt proportional zur Größe der Unternehmen verhält (siehe Tabelle 1). Von den Kleinunternehmen, also den Berichtspflichtigen der Größenklasse mit bis zu neun SV-Beschäftigten, wurden 12,6% zu einer Meldung oder auch zu mehreren Meldungen herangezogen. Von den Kleinunternehmen (Einheiten mit 10 bis 19 und 20 bis 49 Beschäftigten) und von den mittleren Unternehmen (Einheiten mit 50 bis 249 Beschäftigten) waren zwischen vier Zehntel und zwei Drittel betroffen. Von den Unternehmen der Größenklasse 250 bis 499 Beschäftigte wurden 73% und von den Großunternehmen mit 500 Beschäftigten und mehr gut vier Fünftel zur Abgabe statistischer Meldungen herangezogen.

Es fällt auf, dass für 40% der Unternehmen keine Angaben zur Beschäftigtenzahl vorliegen. Von diesen sind die wenigsten (10%) von Meldepflichtigen zur amtlichen Statistik betroffen. Die Beschäftigtenangaben für diese Unternehmen fehlen, weil im zugrunde liegenden Arbeit für sie keine Angaben über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vorliegen. Dies können Kleinunternehmen sein, in denen Selbstständige und mithelfende Familienangehörige tätig sind; es können aber auch große Organträger sein, die gegenüber der Steuerverwaltung den Gesamtumsatz der zugehörigen Organisationsgesellschaften melden, ohne über eigenes Personal zu verfügen.

Anteil der Meldepflichtigen im Produzierenden Gewerbe am höchsten

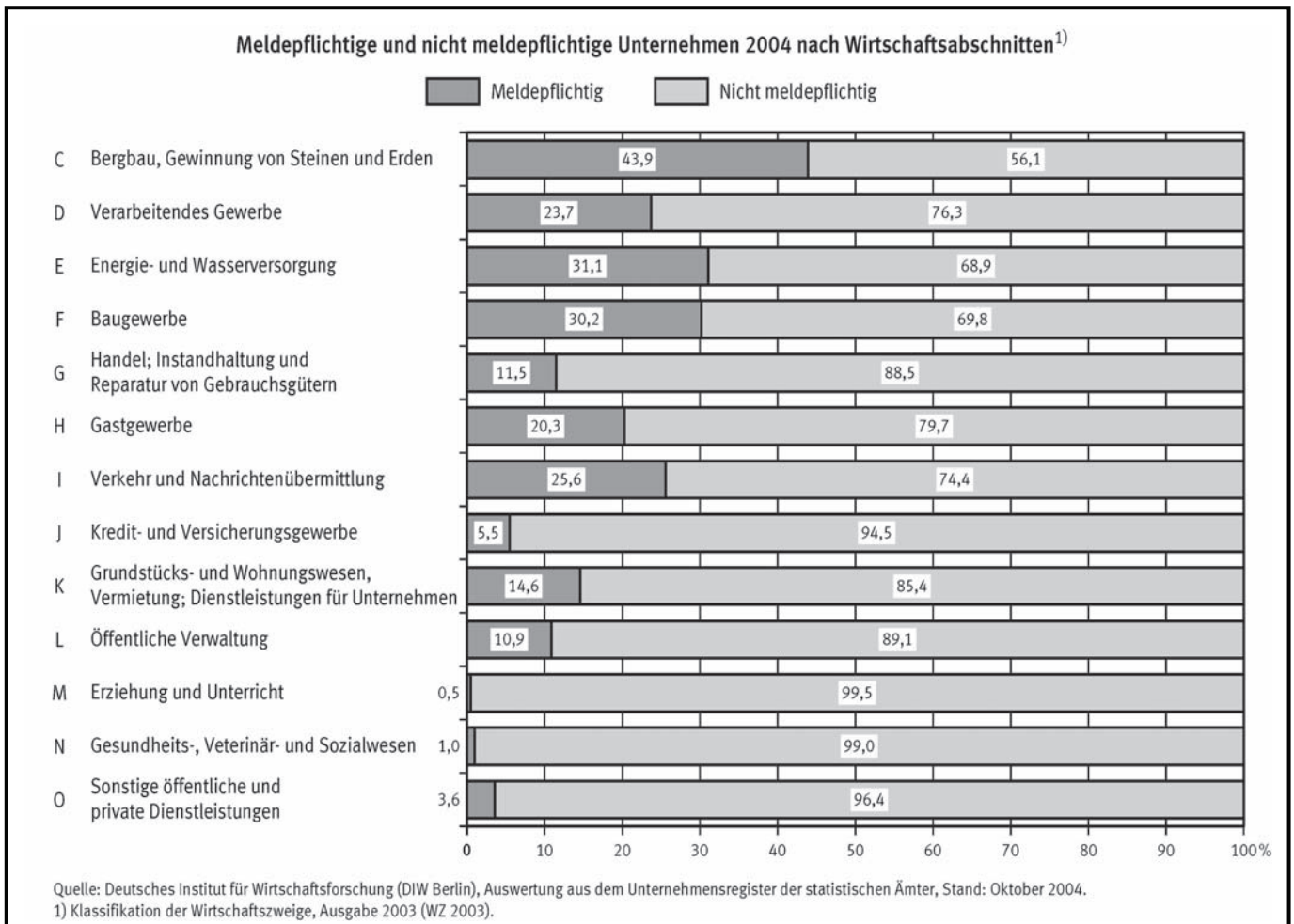
Die Gruppierung der in Schaubild 1 ausgewiesenen Zahl der meldepflichtigen und nicht meldepflichtigen Unternehmen nach den in Betracht kommenden Wirtschaftsabschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), ist in Schaubild 2 dargestellt. Dieses lässt erkennen, dass – erwartungsgemäß, weil auch historisch bedingt – in den Wirtschaftsabschnitten des Produzierenden Gewerbes, also in den Abschnitten C bis F der WZ 2003, die höchsten Anteile der Meldepflichtigen enthalten sind. Das erklärt sich dadurch, dass hier ab einer bestimmten Abschneidegrenze Vollerhebungen durchgeführt werden. Da in den Wirtschaftsabschnitten Handel und Gastgewerbe (Abschnitte G und H der WZ 2003) Stichprobenerhebungen dominieren, ist der Anteil der berichtspflichtigen Registereinheiten dort entsprechend niedriger. Der relativ hohe Anteil der berichtspflichtigen Unternehmen in den Wirtschaftsabschnitten I und K ist auf die seit dem Jahr 2001 durchgeführte Dienstleistungstatistik zurückzuführen.

Tabelle 1: Unternehmen 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Meldepflichten zu Erhebungen der statistischen Ämter

Unternehmen Meldepflicht	Unternehmen mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten							Insgesamt
	ohne Angabe	bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 249	250 bis 499	500 und mehr	
	Prozent							
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
ohne Meldepflicht	89,8	87,4	60,0	42,4	32,6	27,1	19,0	84,8
mit Meldepflicht	10,2	12,6	40,0	57,6	67,4	72,9	81,0	15,2
zu einer Statistik	9,1	10,4	24,8	16,6	13,2	12,4	14,1	10,8
zu zwei Statistiken	0,9	1,8	9,7	12,0	10,8	8,8	8,6	2,2
zu drei Statistiken	0,1	0,3	2,8	5,9	7,1	7,6	11,1	0,6
zu vier Statistiken	0,0	0,1	1,5	9,0	6,1	3,7	3,9	0,5
zu fünf und mehr Statistiken	0,1	0,0	1,2	14,1	30,2	40,4	43,3	1,1
	1 000							
Nachrichtlich: Zahl der Unternehmen	1 396,0	1 761,4	161,1	96,5	55,4	6,9	5,4	3 482,7

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter, Stand: Oktober 2004.

Schaubild 2



Keine Aussage des Unternehmensregisters über die zeitliche Statistikbelastung

Die durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnene Information über die individuelle und die gesamte Betroffenheit von Unternehmen durch Erhebungen der statistischen Ämter reicht allein nicht aus, um die Belastung der Befragten durch die amtliche Statistik einzuschätzen. Hierfür sind vielmehr Kenntnisse über den Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen und die daraus resultierenden Kosten erforderlich. Diese können weder aus der Gestaltung der Erhebungsbogen noch aus der Zahl und Komplexität der erfragten Merkmale, die ja bekannt sind, abgeleitet werden. Sie können nur aus Angaben der Berichtspflichtigen selbst berechnet werden. Diesem Ziel diente die amtliche Belastungserhebung, die von den statistischen Ämtern durchgeführt wurde.

Dabei wurde davon ausgegangen, dass grundsätzlich vier Faktoren für die Dauer der Bearbeitung einer

statistischen Erhebung ausschlaggebend sind: Umfang und Detaillierungsgrad der Erhebung (Länge und Komplexität des Fragebogens), Technik der Datenübermittlung, Organisation des betrieblichen Rechnungswesens bzw. der Datenhaltung und Grad der Vertrautheit der Bearbeiter mit dem Erhebungsprogramm.

3.2 Auswertung der amtlichen Belastungserhebung

3.2.1 Beantwortung eines einseitigen Fragebogens nach dem Zeitaufwand für 74 Statistiken durch fast 75 000 Unternehmen

Die amtliche Belastungserhebung bezog sich auf die 74 Statistiken, die im Jahr 2004 vom Statistischen Bundesamt (18 zentrale Statistiken) und von den Statistischen Ämtern der Länder (56 dezentrale Statistiken) erhoben wurden⁴⁾. Sie erfolgte im unmittel-

4) Eine Auflistung der Statistiken – ohne die aus Geheimhaltungsgründen entfernten zwei Statistiken (Erhebung über Geothermie und Investitionserhebung bei Unternehmen, die Erdgas- oder Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben) – enthält Tabelle 2 auf S.77 f.

baren Zusammenhang mit der jeweiligen statistischen Erhebung mit einem eigenständigen Fragebogen (Belastungsbogen zur „Ermittlung des Aufwandes für amtliche Statistiken“), in dem nach dem Zeitaufwand für die Erhebung, nach den daran beteiligten Stellen und nach der Herkunft der geforderten Angaben, nach Schwierigkeiten bei der Beantwortung sowie nach Verbesserungsvorschlägen gefragt wurde. Zusätzlich sollten die Unternehmen oder Betriebe erklären, ob sie mit einer ergänzenden Befragung durch das DIW Berlin einverstanden sind.

Unter Zeitaufwand wird die Arbeitszeit verstanden, die im Unternehmen oder Betrieb unmittelbar für die Beantwortung der Fragen der jeweiligen statistischen Erhebung erforderlich ist (einschl. der Recherche der verlangten Daten und ihrer Übermittlung). Sind mehrere Stellen im Unternehmen oder Betrieb mit der Bearbeitung befasst, soll die Summe der Arbeitszeit aller Beteiligten angegeben werden. Auf die Abfrage der damit verbundenen Kosten wurde verzichtet, um den Bearbeitungsaufwand für die Unternehmen gering zu halten.

Die Zahl der in die amtliche Belastungserhebung einbezogenen berichtspflichtigen Unternehmen und Betriebe lag bei 168 300. Da knapp 75 000 Berichtspflichtige den Belastungsbogen zurückgesandt haben, ergab sich eine durchschnittliche Rücklaufquote von 44,5%. Die Spanne der statistikspezifischen Rücklaufquoten lag zwischen 7,9% bei der dezentralen Statistik über „Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz“ mit 63 Antwortbogen und 84,5% bei der zentralen Erhebung über „Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft“ mit 1 141 Antwortbogen.

Die Belastungsbogen wurden vom DIW Berlin auf Vollständigkeit und Stimmigkeit der Antworten geprüft. Diese Plausibilitätsprüfung wurde anhand formaler Kriterien und aufgrund inhaltlicher Überlegungen vorgenommen. Außerdem waren die im Belastungsbogen „offenen Fragen“ nach Schwierigkeiten bei der Bearbeitung und nach Verbesserungsvorschlägen zum Erhebungsverfahren mit Hilfe eines vom DIW Berlin entwickelten numerischen Schlüssels zu codieren. Diese außerordentlich zeitaufwendigen Codierungsarbeiten sind zwischen dem DIW Berlin und dem Statistischen Bundesamt aufgeteilt worden.

Die Informationen auf den Belastungsbogen wurden dann um die im Unternehmensregister (URS) gespeicherten Merkmale (Beschäftigte, Umsatz, Wirtschaftszweig, weitere bestehende Meldepflichten zu anderen statistischen Erhebungen) komplettiert, bevor das DIW Berlin die Datensätze für die 74 amtlichen Erhebungen im Statistischen Bundesamt im Wege der Fernrechnung

unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung mit seinem Programm auswerten konnte.

3.2.2 Ergebnisse der deskriptiven Analyse

Ausgangspunkt der deskriptiven Analyse des Zeitaufwandes sind die Angaben in Tabelle 2 auf S. 77 f. Sie zeigen die von den betroffenen Unternehmen und Betrieben für die einzelnen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 selbst genannten durchschnittlichen Bearbeitungszeiten in Minuten je Meldevorgang.

Durchschnittlicher jährlicher Meldeaufwand zwischen einer Dreiviertelstunde und 57½ Stunden

Aus Vergleichsgründen wurde eine Normierung auf Jahresbasis vorgenommen, das heißt die Zeitangaben für Statistiken mit monatlicher Meldefrequenz wurden mit zwölf und für diejenigen mit vierteljährlicher Meldefrequenz mit vier multipliziert. Zeitangaben für die drei Statistiken mit mehrjährlichen Meldefrequenzen wurden dagegen nicht umgerechnet, weil der Meldeaufwand im Jahr 2004 angefallen ist. Die so ermittelten jährlichen Bearbeitungszeiten für die amtlichen Statistiken wurden in eine Rangfolge gebracht, die zeigt, dass die Intrahandelsstatistik (Statistik 290) mit einem Meldeaufwand von 3 448 Minuten (57½ Stunden) den Rang 1 und die Binnenschiffahrtstatistik (Statistik 307) mit 42 Minuten den Rang 72 belegt.

Der hohe Zeitaufwand für die Intrahandelsstatistik hat verschiedene Gründe: So spielen die im Jahr abgegebenen Meldungen je Handelsweg (Versendungen und Eingänge), die Verteilung der Meldungen auf die Monate und ihre mögliche Kumulierung sowie die Nutzung der verschiedenen Meldeformen (ASCII-Datenträger, ASCII-Online, IDES-Datenträger, IDES-Online, Onlineformular, Papierformular) eine wichtige Rolle. Testrechnungen haben ergeben, dass ein hoher Automatisierungsgrad bei den statistischen Meldungen zu einer Zeitersparnis von bis zu 50% bei den meldenden Berichtseinheiten führen kann.

Besonderheiten wie bei der Intrahandelsstatistik treten auch bei anderen Statistiken auf. So sind bei den mit rund neun Stunden ebenfalls zeitaufwendigen Statistiken Index der Ausführpreise (Statistik 398A auf Rang 15) und Index der Einfuhrpreise (Statistik 398E auf Rang 13) die verschiedenen Meldeformen und spezifische Mengengerüste gleichermaßen von Bedeutung. Die mit knapp 15 Stunden Bearbeitungszeit zu den mit am stärksten belastenden Erhebungen zählende Eisen- und Stahlstatistik (Statistik 016 auf Rang 7) unterscheidet 16 verschiedene Erhebungsbogen, und auch bei der 17 Stunden beanspruchenden monatlichen Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Tabelle 2: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Stat-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl			Minuten	Rangfolge
Statistiken im Produzierenden Gewerbe						
001	Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1 198	1 185	77	929	6
002	Mehrbetriebsunternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ...	364	353	78	78	63
007	Monatliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	249	247	85	1 014	5
010	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	499	493	99	397	22
011	Investitionserhebung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	181	177	118	118	47
012	Investitionserhebung (Unternehmen) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	875	858	79	79	61
016	Eisen- und Stahlstatistik	118	115	74	886	7
026	Holzstatistik	57	55	123	491	16
028	Düngemittelstatistik	31	30	64	257	32
046	Monatsbericht Bauhauptgewerbe	283	280	93	1 118	4
047	Vierteljährlicher Bericht Ausbaugewerbe	426	420	74	296	28
049	Auftragsbestand Bauhauptgewerbe	101	100	94	377	24
052	Totalerhebung Bauhauptgewerbe	1 527	1 464	67	67	68
053	Jährliche Zusatzerhebung Ausbaugewerbe	842	821	87	87	58
054	Unternehmens- und Investitionserhebung Bauhauptgewerbe	432	428	106	106	49
055	Unternehmens- und Investitionserhebung Ausbaugewerbe	460	452	78	78	62
060	Energieverwendung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	2 199	2 159	63	63	69
061	Kohleimport und -export	7	6	59	710	9
063	Erhebung über Biotreibstoffe	15	14	180	180	41
064	Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme	112	109	121	121	46
065	Monatsbericht Energie- und Wasserversorgung	174	173	58	695	10
066	Monatsbericht Elektrizitätsversorgung (allgemeine Versorgung)	114	113	70	835	8
067	Stromerzeugungsanlagen zur Eigenversorgung	57	55	269	269	30
068	Monatsbericht allgemeine Gasversorgung	8	7	114	1 372	3
070	Erhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	96	95	125	125	44
073	Erhebung über Klärgas	272	269	54	54	70
075	Abgabe von Flüssiggas	24	23	81	81	60
076	Investitionserhebung (Betriebe) Energie- und Wasserversorgung	91	90	236	236	34
077	Investitionserhebung (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung ...	176	174	335	335	25
081	Kostenstruktur (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	237	233	481	481	19
082	Jahreserhebung Abgabe sowie Ein- und Ausfuhr von Gas	191	189	222	222	36
083	Jahreserhebung Stromabsatz und Erlöse	158	155	214	214	38
013	Kostenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe (2003 für 2002)	8 643	8 534	266	266	31
013K	Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2002 für 2001)	2 286	2 205	90	90	56
013K (neu)	Strukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2004)	167	158	70	70	67
056	Kostenstruktur Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2003 für 2002)	2 707	2 677	222	222	35
056K	Strukturerhebung Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2002 für 2001)	2 568	2 491	99	99	50
Statistiken im Handel und Gastgewerbe						
290	Intrahandelsstatistik	2 533	2 507	287	3 448	1
459 d	Monatliche Handelsstatistik (Einzelhandel)	1 180	1 159	36	428	21
459 z	Monatliche Handelsstatistik (Großhandel, Handelsvermittlung)	3 604	3 565	33	394	23
460 (neu)	Jährliche Handelsstatistik	2 074	2 036	97	97	52
460	Jährliche Handelsstatistik (2002 für 2001)	5 868	5 751	126	126	43
466	Monatsbericht im Gastgewerbe	445	428	39	462	20
467	Jährliche Gastgewerbestatistik	681	667	82	82	59
469	Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr	1 320	1 277	40	485	18
Dienstleistungsstatistik, Statistiken zu Freiberuflern und Handelsvertretern						
271	Kostenstruktur Freie Berufe und weitere Dienstleistungen	1 837	1 799	93	93	53
273	Jährliche Dienstleistungsstatistik (Bereiche I und K)	2 882	2 842	97	97	51
274	Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen	663	642	46	185	39
Verkehrsstatistiken						
297	Eisenbahnstatistik (Unternehmens- und Verkehrsstatistik)	87	85	149	1 790	2
300	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Unternehmen)	178	171	272	272	29
301	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Verkehr)	135	133	122	487	17
307	Binnenschiffahrtsstatistik (2003 für 2002)	846	814	42	42	72
314	Luftfahrtstatistik (2003 für 2002)	230	226	87	87	57

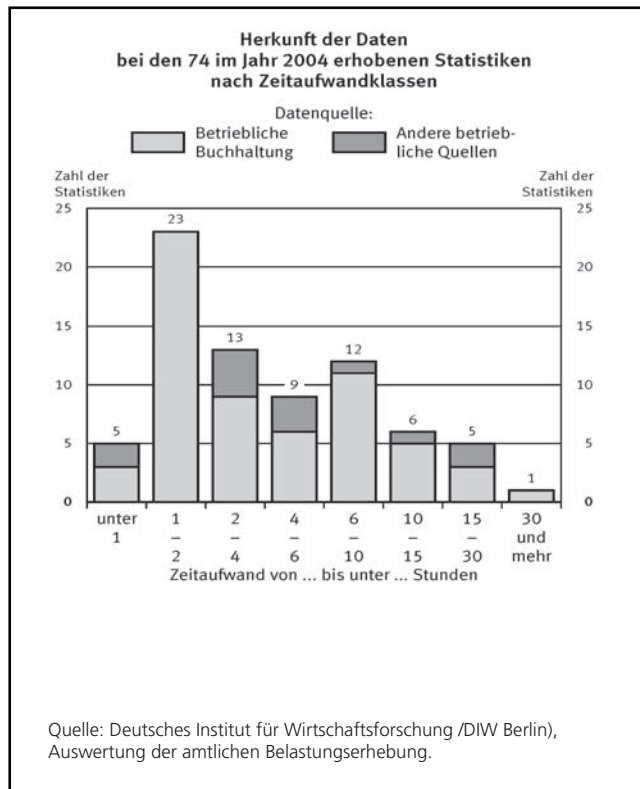
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) – Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

noch Tabelle 2: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Stat-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten		Rangfolge
Handwerksstatistiken						
040	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung (Direktmelder)	2 721	2 645	36	142	42
Umweltstatistiken						
500	Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft	1 141	1 113	92	92	54
501	Betriebliche Abfallentsorgung (öffentliche Müllabfuhr)	233	225	184	184	40
513	Einsammeln von Verkaufs-, Um- und Transportverpackungen	296	293	122	122	45
521	Ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	352	342	77	77	64
524	Investitionen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe)	3 418	3 350	75	75	65
525	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe)	6 943	6 770	116	116	48
526	Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	63	60	72	72	66
Lohn- und Gehaltsstatistiken						
411	Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel	567	559	54	215	37
412	Verdiensterhebung im Handwerk	326	316	51	51	71
413	Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel	1 389	1 370	90	90	55
489	Arbeitskostenerhebung	712	695	534	534	14
Preisstatistiken						
390 d + z	Index der Erzeugerpreise des Produzierenden Gewerbes	370	365	26	314	27
391	Index der Erzeugerpreise in der Landwirtschaft	84	81	27	322	26
394 d + z	Index der Großhandelsverkaufspreise	324	322	20	241	33
395	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	137	136	52	624	12
398E	Index der Einfuhrpreise	1 583	1 509	46	546	13
398A	Index der Ausfuhrpreise	1 424	1 340	44	526	15
401	Index der Baupreise, Neubauten usw.	323	316	57	689	11
Summe		74 924	73 316	X	X	X

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) – Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

Schaubild 3



(Statistik 007 auf Rang 5) ist das Mengengerüst zu beachten. Hier sind in einem einzelnen Fragebogen für jede Güterart Meldenummer, Maßeinheit, produzierte Menge, Verkaufswert und die zur Weiterverarbeitung bestimmte Menge anzugeben.

Fasst man die Mittelwerte des jährlichen Meldeaufwandes zu einer Gliederung nach Stunden zusammen, zeigt sich, dass fünf Statistiken weniger als eine Stunde Bearbeitungszeit benötigten, dass aber für zwölf Statistiken mehr als zehn Stunden aufgewendet werden mussten (siehe Schaubild 3). Wie nicht anders zu erwarten, waren die monatlichen Statistiken die zeitaufwendigsten Erhebungen, obwohl auch die Meldungen zu den vierteljährlichen Statistiken einen Bearbeitungsaufwand von zwei bis zu zehn Stunden verursachten.

Kein Zusammenhang zwischen Meldeaufwand und Datenquelle

Fragt man nach der Herkunft der Daten für die Erbringung der statistischen Meldungen, lässt Schaubild 3 erkennen, dass die Angaben aus der Buchhaltung in der Regel die wichtigste Quelle darstellen. Alle 23

Statistiken der Zeitaufwandsklasse 1 bis 2 Stunden sowie die Mehrzahl der statistischen Erhebungen in den anderen Zeitaufwandsklassen stützten sich auf die unveränderten und bearbeiteten Angaben aus der betrieblichen Buchhaltung bzw. aus dem Rechnungswesen. Das bedeutet, dass mit den vorliegenden Ergebnissen nicht belegt werden kann, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Bearbeitung einer Statistik generell steigt, wenn auf andere betriebliche Quellen als auf die Buchhaltung zurückgegriffen wird.

Meldeaufwand steigt mit zunehmender Unternehmensgröße

Eine Analyse des Meldeaufwandes nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Erfüllung der Statistikpflichten mit zunehmender Unternehmens- bzw. Betriebsgröße steigt. So liegen die Bearbeitungszeiten in der Größenklasse mit 20 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und teilweise in den Klassen mit mehr als 50 Beschäftigten öfter über als unter dem durchschnittlichen statistikspezifischen Meldeaufwand aller Berichtspflichtigen, in den Größenklassen mit mehr als 250 Beschäftigten sind es sogar mehr als doppelt so viele.

Bei den Kleinstunternehmen mit bis zu neun SV-Beschäftigten bzw. bei den Kleinunternehmen mit zehn bis 19 SV-Beschäftigten war die durchschnittliche Bearbeitungszeit im Jahr 2004 bei 46 bzw. bei 38 Statistiken geringer als der statistikspezifische Mittelwert über alle Größenklassen. Das ist beachtlich, weil es die weit verbreitete Meinung relativiert, nach der die kleinsten und kleinsten Unternehmen und Betriebe am meisten von der amtlichen Statistik belastet sind.

Linksschiefe Verteilung der statistikspezifischen Bearbeitungszeit

Betrachtet man die Lokalisations- und Dispersionsmaße der Verteilung des Meldeaufwandes für die einzelnen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 (Standardabweichung, Median, Prozentschwellen, Minima und Maxima), stellt man fest, dass der statistikspezifische Zeitaufwand die Form einer linksschiefen Verteilung hat, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Steigungswinkeln. Das verdeutlicht Schaubild 4 für den Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, das erkennen lässt, dass der Anteil von Beobachtungen mit relativ geringem Zeitaufwand höher ist als der Anteil derer mit großem Aufwand.

3.2.3 Ergebnisse der Hochrechnung

Ziel der Hochrechnung ist es, die gesamte zeitliche Belastung der Unternehmen in Deutschland zu be-

stimmen, die von Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 betroffen waren. Hierzu wurde zum einen auf die Angaben aus dem Unternehmensregister zurückgegriffen, demzufolge 528 500 Einheiten Meldepflichtigen haben, und zum anderen auf die Ergebnisse aus der amtlichen Belastungserhebung über den Zeitaufwand zur Erfüllung der Meldepflichten.

Der Fragebogenrücklauf aus der Belastungserhebung mit mehr als 73 000 verwertbaren Antworten zum Meldeaufwand stellt also die Datenbasis dar, von der auf den Zeitaufwand der Grundgesamtheit geschlossen werden kann, das heißt auf alle zu den Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 meldepflichtigen Unternehmen in der Unterteilung nach Beschäftigtengrößenklassen. Anders als bei vielen anderen Stichprobenerhebungen ist hier eine für die Fragestellung wesentliche Merkmalsverteilung in der Grundgesamtheit aus dem Unternehmensregister prinzipiell bekannt, die Zahl der Meldepflichtigen der einzelnen Unternehmen zur amtlichen Statistik. Sie ist dadurch bestimmt worden, dass den Unternehmen die im Unternehmensregister gesondert ausgewiesenen Betriebe (Einbetriebs-, Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen) mit ihren jeweiligen Berichtspflichten zugeordnet wurden.

Bei der Hochrechnung wurde versucht, in der Datenbasis der Belastungserhebung vorhandene Verzerrungen durch entsprechende Gewichtung auszuschalten. Das führte dazu, dass die in Tabelle 2 zusammengestellten Angaben der befragten Unternehmen über die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für die Erhebungen der statistischen Ämter sich bei einer Vielzahl von Statistiken mehr oder weniger stark veränderten.

Schaubild 4



Tabelle 3: Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen

Größenklasse nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Durchschnittlicher Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	Anzahl	%	1 000 Stunden	%	Stunden	Index
Ohne Angabe	141 076	26,7	1 087,5	16,2	7,7	60,6
bis 9	220 845	41,8	1 353,1	20,2	6,1	48,0
10 bis 19	64 260	12,1	610,9	9,1	9,5	74,8
20 bis 49	55 554	10,5	1 267,8	18,9	22,8	179,5
50 bis 249	37 357	7,1	1 467,6	21,9	39,3	309,4
250 bis 499	5 056	1,0	382,7	5,7	75,7	596,1
500 und mehr	4 387	0,8	536,6	8,0	122,3	963,0
Insgesamt	528 535	100	6 706,2	100	12,7	100

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

Meldeaufwand aller berichtspflichtigen Unternehmen bei 6,7 Mill. Stunden mit starker Streuung nach Größenklassen

Die Verknüpfung der gewichteten empirischen Befunde mit den Rahmendaten des Unternehmensregisters ergibt für die 528 500 Unternehmen, die im Jahr 2004 von den statistischen Erhebungen betroffen waren, einen Meldeaufwand von rund 6,7 Mill. Stunden (siehe Tabelle 3). Zwar ist der durchschnittliche Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen mit jährlich 12,7 Stunden gering – das entspricht einem monatlichen Meldeaufwand von 64 Minuten –, aber die Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Wirtschaftsbereichen differiert sehr stark.

Der Meldeaufwand der Kleinstunternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mit fast 42% aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, macht mit beinahe 1,4 Mill. Stunden ein Fünftel des gesamten Zeitaufwandes für amtliche Statistiken aus. Die durchschnittliche Bear-

beitungszeit liegt bei 6,1 Stunden, was der Hälfte des gesamten durchschnittlichen Meldeaufwandes entspricht. Bezieht man den Meldeaufwand auf die rund 707 000 Beschäftigten in den Kleinstunternehmen, erhält man einen Aufwand je Beschäftigten von 1,9 Stunden. Dieser Wert ist sechsmal größer als der Durchschnitt über alle meldepflichtigen Unternehmen.

Umgekehrt verhält es sich mit der Klasse der Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Auf sie entfallen 0,8% des gesamten Meldeaufwandes bei einer durchschnittlichen jährlichen Bearbeitungszeit je meldepflichtigem Unternehmen von 122,3 Stunden, also zehnmal so viel wie der jahresdurchschnittliche Meldeaufwand aller betroffenen Unternehmen. Der durchschnittliche Zeitaufwand für Statistikpflichten je Beschäftigten liegt hier bei 0,1 Stunden. Die erwähnten Ergebnisse aus Tabelle 3 bestätigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten bei Aussagen über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist.

Tabelle 4: Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Zahl der zu bearbeitenden Statistiken	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	1 000	%	1 000 Stunden	%	Stunden	Index
1 Statistik	374,6	70,9	2 198,8	32,8	5,8	45,7
2 Statistiken	73,9	14,0	844,4	12,6	11,4	89,8
3 Statistiken	22,8	4,3	564,9	8,4	24,7	194,5
4 Statistiken	18,0	3,4	500,7	7,5	27,8	218,9
5 Statistiken	12,5	2,4	500,4	7,5	39,9	314,2
6 Statistiken	8,1	1,5	418,3	6,4	51,4	404,7
7 Statistiken	5,7	1,1	33,9	0,5	58,1	457,5
8 Statistiken	4,1	0,8	274,1	4,1	67,3	529,9
9 Statistiken	2,9	0,6	238,7	3,6	80,9	837,0
10 und mehr Statistiken	5,8	1,1	82,1	1,2	141,3	1 112,3
Insgesamt	528,4	100	6 706,2	100	12,7	100

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

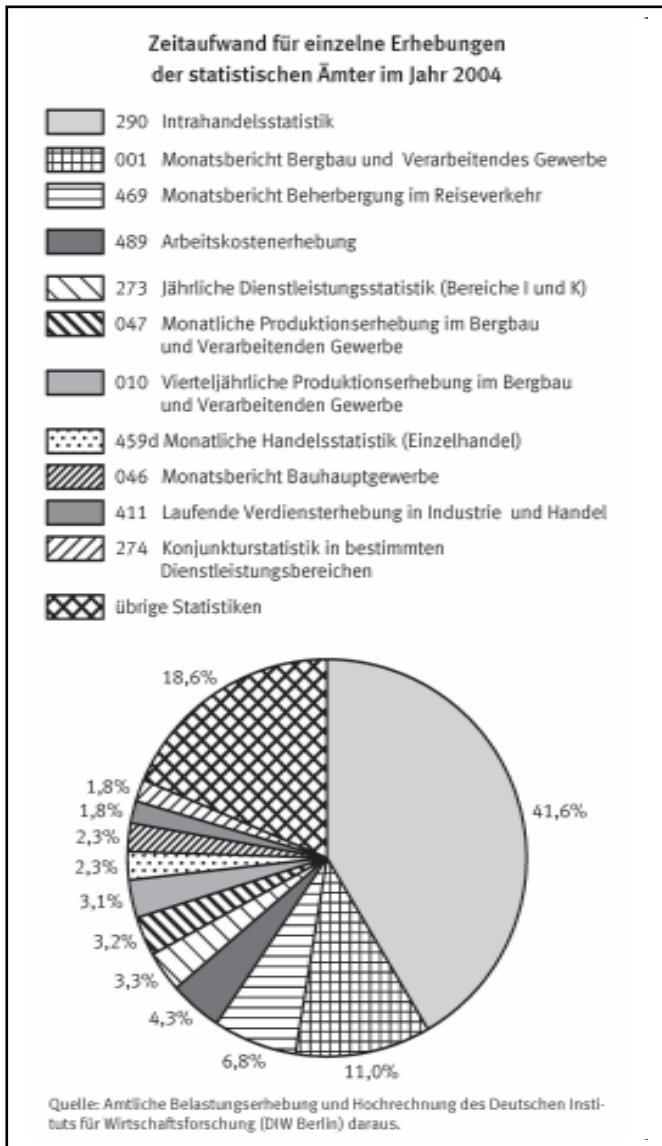


Schaubild 5

Meldeaufwand steigt in Abhängigkeit von der Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Der bei der Ermittlung des tatsächlichen Meldeaufwandes zugrunde gelegte Umfang der Meldepflichten der im Unternehmensregister enthaltenen Unternehmen macht es möglich, die aufgewendete Zeit nach der Zahl der Statistiken zu klassifizieren. Dann wird deutlich, dass ein Drittel des gesamten Meldeaufwandes im Jahr 2004 auf die knapp 375 000 Unternehmen entfiel, die von nur einer Statistik betroffen waren. Der durchschnittliche Zeitaufwand je meldepflichtigem Unternehmen lag hier bei 5,8 Stunden (siehe Tabelle 4).

Fasst man alle von bis zu drei Statistiken betroffenen Unternehmen zusammen – sie machen bereits knapp 90% aller Berichtspflichtigen aus –, kommt man auf einen Anteil von fast 54% am gesamten Meldeaufwand. Das führt zu einem durchschnittlichen Meldeaufwand je berichtspflichtigem Unternehmen von 7,7 Stunden. Von zehn und mehr Statistiken, für die 12,3% der gesamten Bearbeitungszeit mit einer durchschnittlichen Stundenzahl von 141,3 je Berichtspflichtigem aufgewendet

Tabelle 5: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Wirtschaftsabschnitten¹⁾

Wirtschaftszweig ¹⁾	Unternehmen	Meldeaufwand	Meldeaufwand je Unternehmen
	1 000	1 000 Stunden	Stunden
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1,5	50,9	35,0
D Verarbeitendes Gewerbe	73,7	2 611,1	35,4
E Energie- und Wasserversorgung	3,2	105,5	32,6
F Baugewerbe	113,1	528,3	4,7
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern	60,1	531,1	8,8
H Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37,5	170,7	4,6
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	2,6	35,1	13,6
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen	131,6	767,7	5,8
L Öffentliche Verwaltung	2,3	20,0	8,8
M Erziehung und Unterricht	0,3	4,9	17,4
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,3	33,5	14,3
O Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	11,3	69,8	6,2

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

wurden, waren knapp 5 800 Unternehmen, also 1,1% aller Meldepflichtigen tangiert. Darunter sind 67 Unternehmen, die im Jahr 2004 zu 18 und mehr Erhebungen der statistischen Ämter melden mussten.

Elf Statistiken verursachen 81% des gesamten Meldeaufwandes, die Hälfte davon entfällt auf die Intrahandelsstatistik

Eine Spezifizierung des im Jahr 2004 erbrachten Meldeaufwandes von 6,7 Mill. Stunden nach den einzelnen Statistiken liefert eine Information über die Betroffenheit der nach Beschäftigtengrößenklassen gruppierten Unternehmen und über den dadurch verursachten Zeitaufwand. Es zeigt sich, dass der Meldeaufwand zwischen

415 Stunden bei der Düngemittelstatistik (Statistik 028) und knapp 2,8 Mill. Stunden bei der Intrahandelsstatistik (Statistik 290) liegt. Zum Zeitaufwand für die Düngemittelstatistik haben 67 Meldungen beigetragen, von denen jeweils elf aus den Größenklassen 20 bis 49 Beschäftigte und 500 und mehr Beschäftigte stammen. Der Zeitaufwand für die Intrahandelsstatistik erklärt sich durch 57 233 Meldungen, von denen die meisten auf die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten zurückgehen, die Onlineverfahren nicht so stark nutzen wie größere Unternehmen.

Die Intrahandelsstatistik ist es, die von allen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 – nicht nur in Deutschland⁵⁾ – den höchsten zeitlichen Aufwand verursacht hat. Auf sie entfielen fast 42% des gesamten Meldeaufwandes (siehe Schaubild 5), was einem jährlichen durchschnittlichen Aufwand von 49 Stunden entspricht. Der Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Statistik 001) war mit durchschnittlich 18 Stunden im Jahr für ein Neuntel des Zeitaufwandes verantwortlich, die gleiche zeitliche Belastung verursachten zusammengenommen der Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr (Statistik 469) und die vierjährliche Arbeitskostenerhebung (Statistik 489). Elf Statistiken waren für 81% des gesamten statistischen Meldeaufwandes im Jahr 2004 verantwortlich.

Verarbeitendes Gewerbe am stärksten von Statistiken belastet

Im Rahmen der Hochrechnung ist der Meldeaufwand der Unternehmen auch nach Wirtschaftsbereichen ermittelt worden. Zugrunde gelegt wurden die durch Einzelbuchstaben definierten Abschnitte der WZ 2003, die bereits bei der Auswertung des Unternehmensregisters nach meldepflichtigen und nicht meldepflichtigen Berichtseinheiten Anwendung fanden (siehe Schaubild 2).

Die Ergebnisanalyse macht deutlich, dass der größte Meldeaufwand vom Verarbeitenden Gewerbe (Abschnitt D), vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern“ (Abschnitt G) und vom Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen“ (Abschnitt K) erbracht wird (siehe Tabelle 5). Die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für die Erhebungen der statistischen Ämter liegen hier bei 35,4 Stunden, bei 19,8 Stunden und bei 5,8 Stunden. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind es die Unternehmen der drei Unterabschnitte „Maschinenbau“, „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“

5) In Österreich entfielen im Jahr 2004 fast 59% des gesamten Meldeaufwandes für STATISTIK AUSTRIA auf die Intrahandelsstatistik.

und „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“, die mit einem Anteil von 45% an allen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gut 46% des Meldeaufwandes von 2,6 Mill. Stunden erbringen.

3.2.4 Ansatzpunkte zur Entlastung von statistischen Meldepflichten

In der amtlichen Belastungserhebung ist in zwei „offenen Fragen“ auch nach „Schwierigkeiten bei der Beantwortung“ und nach „Anregungen zur Verbesserung oder Erleichterung der Erhebungen“ gefragt worden. Obwohl nur knapp ein Fünftel aller Belastungsbogen verbale Antworten enthielt, ist der mit der Erhebung gewonnene Fundus an Informationen beachtlich: Von fast 12 900 Befragten liegen insgesamt rund 18 800 Anmerkungen vor.

Klassifizierung der von den Unternehmen genannten Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge

Die Anmerkungen wurden nach einem vom DIW Berlin entwickelten Codierungsschema acht Hauptgruppen zugeordnet, durch die der Inhalt der Antworten abgedeckt werden konnte. Die als Kritik gewerteten Kommentare wurden als „allgemeine Kritik“, „terminliche/technische Probleme“ und „begriffliche/inhaltliche Probleme“ differenziert, die als Vorschläge eingestuft Aussagen unter den Stichworten „unspezifische Vorschläge“, „allgemeine Verfahrensvorschläge“, „erhebungstechnische Vorschläge“ sowie „Vorschläge zu den Befragungsinhalten“ eingeordnet. Alle anderen Bemerkungen und Hinweise wurden in der achten Hauptgruppe registriert.

Zur Herausarbeitung der konkreten Kritikpunkte und der Änderungsvorschläge zur Gestaltung der Inhalte der Statistiken sind die Hauptgruppen des Codierungsschemas nach Gruppen weiter unterteilt worden. Aufgenommen wurden Einzelcodes für die Gruppe „geforderte Angaben im betrieblichen Berichtssystem so nicht erfasst“ und für die Gruppe „einzelne Sachverhalte werden in zu tiefer Differenzierung erfragt“, jeweils differenziert danach, ob der Fragebogen konkrete Beispiele enthält oder nicht und wie die Befragten mit der für sie nicht erfüllbaren Berichtspflicht umgehen („Daten werden geschätzt“). Die Darstellung wird ergänzt um die damit spiegelbildlich verbundenen Vorschläge zur Änderung der Erhebungsinhalte.

Größere Schwierigkeiten bei komplexen Statistiken

Probleme damit, die erfragten Sachverhalte oder zumindest wichtige einzelne Tatbestände dem betrieblichen Berichtssystem direkt zu entnehmen, häufen sich erwartungsgemäß vor allem bei den statistischen Erhebungen, deren Fragenprogramm besonders umfangreich und komplex ist. Im Mittel über alle Statistiken sind die Anteilswerte der hier betrachteten Gruppen mit 11% vergleichsweise niedrig. Dabei ist der Anteil der Anmerkungen mit Beispielen mit 8,1% deutlich höher als jener der allgemein gehaltenen Aussagen (2,9%).

Besonders große Probleme, die geforderten Daten dem betrieblichen Rechnungswesen zu entnehmen, ergeben sich den Anmerkungen zufolge bei Umweltstatistiken, insbesondere bei der für das Produzierende Gewerbe (Statistik 525) mit 20%, der jährlichen Handelsstatistik (Statistik 460) mit 25%, bei den Kostenstrukturerhebungen (Statistik 013: 23,9%; Statistik 056: 19,8%; Statistik 271: 19,1%) und vor allem bei der Arbeitskostenerhebung (Statistik 489), bei der nahezu jede zweite Anmerkung dieses Problem betrifft. Letztere führt die Rangfolge der mit Beispielen unterlegten Kritikpunkte an, gefolgt von der Statistik zur Energieverwendung und den Handelsstatistiken.

Ein ähnliches Bild – im Mittel wie bei der Verteilung über die einzelnen Statistiken – zeigt sich bei der Kritik an einzelnen Sachverhalten. Neben der generellen Kritik an der „wirklichkeitsfremden“ Abfrage von Unternehmensdaten gibt es eine ganze Reihe von Hinweisen auf einzelne Sachverhalte, die in der geforderten Differenzierung im Unternehmen bzw. Betrieb nicht oder nicht mehr erfasst werden. Derartige, mit Beispielen belegte Kritikpunkte häufen sich wiederum bei den Strukturerhebungen, insbesondere bei der unter den Kleinst- und Kleinunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (Statistik 013K), bei den Handelsstatistiken und der Statistik der Energieverwendung (Statistik 060).

Wichtige Kritikpunkte und am meisten genannte Entlastungsvorschläge

Fasst man die umfangreichen quantitativen Aussagen der Teilnehmer der amtlichen Belastungserhebung zusammen, zeigen die Antworten auf die Frage nach Schwierigkeiten mit jeweils einer speziellen Statistik ein breites Spektrum von Tatbeständen, die als mehr oder weniger große Probleme wahrgenommen werden. Zugleich gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie diese Probleme behoben oder zumindest verringert werden können. Dabei haben sich Fragen der terminlichen wie begrifflichen Abstimmung zwischen den verschiedenen Statistiken, die Häufung der Auskunftspflichten bei einem relativ kleinen Kreis von

Unternehmen sowie die Überforderung der Berichtssysteme vor allem kleinerer Unternehmen durch sehr differenzierte Datenanforderungen als Kritik Schwerpunkte herausgestellt.

Um die Beanspruchung zu verringern, wird die verstärkte Nutzung anderer Datenquellen, insbesondere solcher der Verwaltung, die Straffung des Erhebungsprogramms sowie eine Anpassung der Begrifflichkeiten an die betrieblichen Informationssysteme gefordert. Welche Bedeutung der Kritik und den Empfehlungen zukommt, mag im Einzelfall ohne Detailkenntnis schwer einzuschätzen sein. Die hier dokumentierte Häufung bestimmter Kritikpunkte sollte aber in jedem Fall zum Anlass genommen werden, nach Abhilfe zu suchen.

Soweit es sich um Probleme praktischer Abläufe wie die Handhabung von Terminen oder die Vermeidung von Häufungen der Auskunftspflichten handelt, zum Beispiel durch die Einrichtung eines zentralen Datenpools, sind die statistischen Ämter Adressat dieser Aufforderung. Damit sollen ihre permanenten Bemühungen um Entlastung der Befragten nicht ignoriert werden, zumal diese ja auch von den Auskunftspflichtigen anerkannt werden. Gleichwohl scheinen im Detail weitere Verbesserungen erforderlich und möglich zu sein. Eine benutzerfreundliche Gestaltung der Fragebogen oder der weitere Ausbau elektronischer Meldewege sind Beispiele dafür.

Schwieriger scheint es schon, die von den Befragten geforderte Straffung des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik oder eine an der Unternehmenswirklichkeit orientierte Begrifflichkeit bei einzelnen Befragungen zu erreichen. Hier sind die Interessen unterschiedlicher Nutzerkreise betroffen, die erfahrungsgemäß für eine Verringerung des Angebots an den von ihnen mehr oder weniger dringend benötigten Informationen nur schwer zu gewinnen sind. Hier sind letztlich Einsicht und Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaftsverbänden und dem Gesetzgeber als den Hauptnutzern der Daten gefordert.

3.3 Auswertung der Unternehmensbefragung und der Interviews des DIW Berlin

3.3.1 Messlatte zur Einordnung der Belastung durch amtliche Statistiken in eine Gesamtbelastung durch bürokratische Informationspflichten

Zur Gewinnung von Informationen über die Belastung der Unternehmen durch nicht amtliche Statistiken, über das Verhältnis des Aufwandes für amtliche Statistiken zu dem für andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung sowie über den Nutzen der amtlichen Statistik hat das DIW Berlin im Anschluss an die amtliche

Belastungserhebung eine weitere schriftliche Befragung durchgeführt; diese richtete sich an Unternehmen, die sich bei der amtlichen Erhebung mit einer ergänzenden Befragung durch das DIW Berlin einverstanden erklärt hatten. Außerdem wurden 31 Interviews bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführt.

Definition und Abgrenzung von Informationspflichten

Die Informationsgewinnung durch die zusätzliche Befragung setzte eine Begriffsklärung voraus, die komplizierter war, als es auf den ersten Blick schien. So musste der im Fragebogen enthaltene Themenkomplex „statistische Meldungen“ definiert und von den amtlichen Statistiken abgegrenzt werden; ebenso war der Themenkomplex „Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung“ einzugrenzen.

Für den ersten Fragenkomplex wurde eine pragmatische Lösung gewählt, indem bei der Frage nach den Urhebern und der Zahl der Anfragen einige Institutionen vorgegeben wurden, die erfahrungsgemäß statistische Meldungen anfordern oder erbitten. Durch die Berücksichtigung der Auskünfte ohne rechtliche Verpflichtungen sollte ein Überblick über die von den Unternehmen freiwillig erbrachten statistischen Meldungen gewonnen werden.

Für den zweiten Fragenkomplex über den Umfang der Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung, definiert durch Leistungen zur Einhaltung von gesetzlichen Melde- oder Informationspflichten, wurde fragetechnisch eine Mischform gewählt. Eine prinzipiell „offene Frage“ wurde mit Teilvorgaben für jene Bereiche (Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen, Produktion und Leistungserstellung) kombiniert, bei denen den Unternehmen traditionsgemäß ein hoher Berichts- und Aufzeichnungsaufwand entsteht. Damit stellt die Differenzierung der Themen im DIW-Fragebogen einen Kompromiss zwischen der wünschenswerten Genauigkeit der Abfrage und der Zumutbarkeit für die befragten Unternehmen dar.

Geringe Beteiligung der auskunftsbereiten Unternehmen

Die Bereitschaft der an der amtlichen Belastungserhebung beteiligten Unternehmen, für eine zusätzliche Befragung durch das DIW Berlin zur Verfügung zu stehen, war geringer als erwartet. Von den knapp 5 000 auskunftswilligen Berichtseinheiten, von denen nach Bereinigung auf Unternehmensbasis rund 4 500 Einheiten übrig blieben, haben 1 031 den Fragebogen

ausgefüllt: Das entspricht einer Rücklaufquote von 23,3%. Diese für ein Sample aus prinzipiell auskunftswilligen Teilnehmern geringe Zahl von Antworten erklärt sich wohl vor allem dadurch, dass die Bereitschaft in Unkenntnis des doch relativ zeitaufwendigen DIW-Fragenkatalogs erklärt worden war.

Nach der Prüfung der Fragebogen auf Vollständigkeit und Stimmigkeit der Antworten konnten schließlich 959 Bogen als verwertbar und beim zentralen Thema, dem Zeitaufwand für verschiedene Meldepflichten, als plausibel eingestuft werden. Damit hat das Antwortsample absolut genommen wie auch im Vergleich zu anderen Untersuchungen einen durchaus akzeptablen Umfang, obwohl tief gegliederten Analysen relativ enge Grenzen gesetzt sind.

Darüber hinaus weist das Sample eine Verzerrung auf, weil die Beschränkung auf die auskunftswilligen Unternehmen der amtlichen Belastungserhebung einen mehrstufigen Selektionsprozess impliziert; als Resultat sind größere Unternehmen und solche mit etwas überdurchschnittlichem Meldeaufwand überrepräsentiert. Dieses Übergewicht hält sich nach Auffassung des DIW Berlin zwar in vertretbaren Grenzen, jedoch ist nicht auszuschließen, dass die Verzerrung Rückwirkungen auf den Umfang und den Zeitaufwand der anderen Berichtspflichten hat. Die Ergebnisse dürften insofern über dem Durchschnitt der Gesamtheit aller betroffenen Unternehmen liegen.

3.3.2 Ergebnisse der zusätzlichen DIW-Befragung

Für die Unternehmen, die im Jahr 2004 zur amtlichen Statistik meldepflichtig waren, konnte durch die DIW-Befragung auch der Zeitaufwand ermittelt werden, den sie für die Beantwortung der Anfragen erbringen müssen, die von anderen Stellen als den statistischen Ämtern an sie gerichtet werden.

Zwei Drittel der gelieferten statistischen Informationen entfallen auf amtliche Statistiken

Bei den statistischen Anfragen im engeren Sinn überwiegen die Meldungen an die statistischen Ämter, knapp zwei Drittel des Bearbeitungsaufwandes der Unternehmen entfällt auf sie (siehe Schaubild 6). Hinzu kommen statistische Meldepflichten an die Deutsche Bundesbank⁶⁾, soweit aus den Antworten ersichtlich, gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz. Bei den anderen Meldungen dominieren die Anforderungen der Wirt-

⁶⁾ Die Meldungen an die Deutsche Bundesbank werden bei anderer als der hier verwendeten Abgrenzung häufig auch zur amtlichen Statistik gezählt.

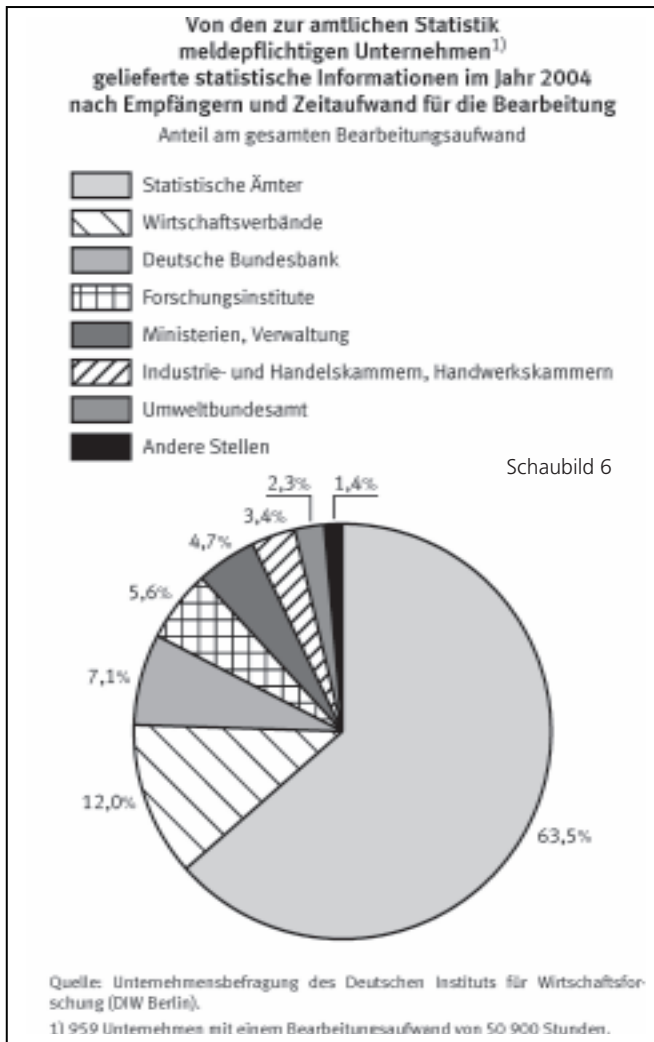


Schaubild 6

schaftsverbände. Sie und die Kammern beanspruchen zusammen 15,4% der Arbeitszeit, die von den Unternehmen für statistische Meldungen aufgebracht werden muss. Allerdings handelt es sich bei diesen Meldungen überwiegend um freiwillig erteilte Auskünfte.

Freiwillig ist auch die Beantwortung der Auskunftsersuchen von Forschungsinstituten, auf die 5,6% des Bearbeitungsaufwandes entfällt. Nicht genau klären ließ sich der Status von Meldungen, die den Angaben der Befragten zufolge von den verschiedenen Ministerien und Verwaltungsstellen angefordert werden. In der Gesamtbetrachtung vergleichsweise unbedeutend sind die übrigen Institutionen, von denen nur die Meldungen an das Umweltbundesamt mit 2,3% der insgesamt erforderlichen Bearbeitungszeit einen nennenswerten Aufwand verursachten. Dabei liegt es offenbar an der Zusammensetzung des Samples, dass beispielsweise Meldepflichten gegenüber dem Kraftfahrt-Bundesamt oder dem Bundesamt für Güterverkehr nur selten genannt wurden.

Zeitaufwand für andere Informationspflichten zehnmal höher als für die amtliche Statistik

Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes für die Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung wurde der Fokus auf gesetzliche Melde- und Informationspflichten im Zusammenhang mit bestimmten Tätigkeitsfeldern der Berichtseinheiten gelegt. Dies steht im Einklang mit der Begrifflichkeit des in den Niederlanden konzipierten Standardkosten-Modells, das die Bundesregierung zum Vorbild für ihre Vorgehensweise beim Bürokratieabbau nehmen will. Jedoch wurden in die DIW-Befragung zum Teil auch Melde- und Informationspflichten einbezogen, die der Kontrolle der Unternehmensaktivitäten dienen (z. B. Einhaltung von Umweltschutzaufgaben, Zollbestimmungen, Arbeitsschutzaufgaben).

Ziel der Befragung war es nicht, den Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldenden Unternehmen für einzelne Berichtspflichten präzise zu erfassen, sondern Größenordnungen für Vergleichszwecke zu ermitteln. So lassen die Befragungsergebnisse erkennen, dass Aufzeichnung und Weitergabe von Informationen oder auch das Ausstellen von Bescheinigungen im Zusammenhang mit Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen sowie Produktion und Leistungserstellung in der Summe der Unternehmen mit rund 27 bis 33% des gesamten Zeitaufwandes annähernd gleich große Belastungen dar-

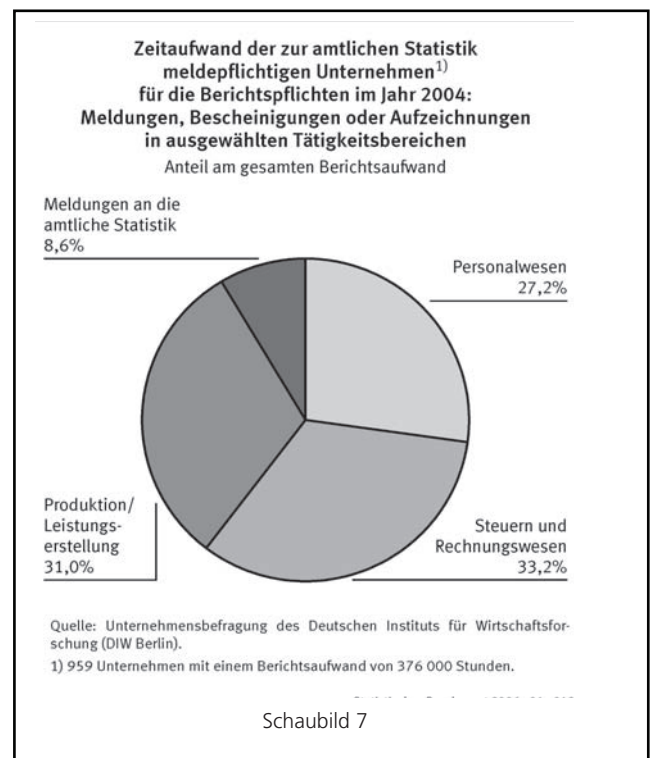


Schaubild 7

stellen (siehe Schaubild 7). Im Vergleich dazu ist der Aufwand für die Pflichtmeldungen zur amtlichen Statistik gering. Nur knapp 9% des Zeitaufwandes für bürokratische Informationspflichten ist durch die Anforderungen der amtlichen Statistik verursacht.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die den Berechnungen zugrunde liegende Grundgesamtheit nur die rund 15% der Unternehmen in Deutschland umfasst, die im Jahr 2004 zu den Erhebungen der statistischen Ämter herangezogen wurden. Über die Inanspruchnahme der übrigen Unternehmen durch Melde- und Informationspflichten außerhalb der amtlichen Statistik ist genau genommen keine Aussage möglich. Es darf jedoch angenommen werden, dass diese Unternehmen, die überwiegend Kleinst- und Kleinunternehmen sind, im Durchschnitt einen geringeren Zeitaufwand für nicht amtliche Statistiken und wohl kaum einen höheren für andere Melde- und Informationspflichten erbringen müssen als der hier untersuchte Kreis. Insgesamt betrachtet verringert die Berücksichtigung dieses Sachverhaltes dennoch nochmals den Anteil, den die amtliche Statistik an „Bürokratielasten“ hat.

3.3.3 Nutzen amtlicher Statistik

Im Rahmen der ergänzenden Unternehmensbefragung des DIW Berlin und bei den Interviews wurde auch nach der Nutzung und dem Nutzen von Daten der amtlichen Statistik gefragt. Es zeigte sich, dass knapp 30% der rund 1 000 befragten Unternehmen Informationen der statistischen Ämter, aber in gleichem Umfang auch Statistiken der Kammern und anderer Stellen nutzen. Berichte von Forschungsinstituten werden etwas stärker genutzt, und die Statistiken der Verbände finden bei 45% der Unternehmen Verwendung. Bemerkenswert ist der hohe Prozentsatz von Unternehmen, die „keine Datennutzung“ angegeben haben; dieser liegt bei allen Informationsquellen – mit Ausnahme der Verbandsstatistiken – in der Größenordnung von 70%.

Wirtschaft als wichtiger Nutzer amtlicher Statistik

Die Aussagen zum Nutzen amtlicher Statistiken für die Wirtschaft, die aufgrund der eigenen Nutzerbefragung sehr begrenzt sind, lassen sich durch den Rückgriff auf die Ergebnisse breiter angelegter Nutzerumfragen erweitern. So haben die vom Statistischen Bundesamt und von der Deutschen Bundesbank bei ausgewählten Nutzern Anfang 2005 durchgeführten freiwilligen Erhebungen, die für das Datenmodul eines Berichtes über Deutschland des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestimmt waren, bestätigt, dass der Verwendungszweck statistischer Daten über ihren Nutzen entscheidet.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Wirtschaft – repräsentiert durch Unternehmen, Banken, Verbände und Gewerkschaften – die meisten Daten der amtlichen Statistik für kurzfristige Entscheidungen und für längerfristige politische Ziele verwendet. Aber auch für ökonomische Modelle und für Prognosen werden die amtlichen Datensätze herangezogen. Dabei interessieren vorrangig Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den Zahlungsbilanzstatistiken, den Außenhandels- sowie den Produktions- und Preisstatistiken.

Nutzen bei Kleinunternehmen stärker verdeutlichen

Die bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführten Interviews und Gespräche haben gezeigt, dass die amtliche Statistik für größere Unternehmen zwar unmittelbar wichtig ist, dass ihr mittelbarer Nutzen durch den starken Rückgriff der Unternehmen auf Forschungsberichte und andere Expertisen aber noch größer ist. Kleinen Unternehmen ist der Nutzen von Statistiken, zu denen sie selbst beitragen, oft überhaupt nicht bewusst, sodass diese selten darauf zurückgreifen. Hier sind die statistischen Ämter gefordert, den befragten Unternehmen den Nutzen und den Wert von Erhebungen zu verdeutlichen, um das vorhandene Nutzenpotenzial auszuschöpfen. „Nicht immer nur Paragraphen zum Fragebogen nennen, sondern auch mal Hinweise geben, was mit unseren Angaben geschieht“, lautete oft der Tenor der interviewten Kleinunternehmen.

Andererseits muss die Wirtschaft stärker ihren eigentlichen Nutzerbedarf artikulieren, damit die knappen Ressourcen der amtlichen Statistik effizient eingesetzt werden können. Das setzt voraus, dass der Kontakt zwischen den statistischen Ämtern auf der einen Seite und den Unternehmen als den Auskunftgebenden und gleichzeitig potenziellen Nutzern auf der anderen Seite intensiviert wird. Dabei gilt es auch, die Aufwand-Nutzen-Relation, die vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem Thesenpapier „sowohl von den Meldern als auch von den Verwendern statistischer Daten nicht als ausgewogen empfunden wird“, bei den amtlichen Statistiken ins Gleichgewicht zu bringen.

Einseitige Kosten- und Belastungsdiskussion durch Nutzenüberlegungen ergänzen

Nicht nur für die Wirtschaft, auch für Politik, Gesellschaft und Wissenschaft ist die amtliche Statistik unverzichtbar, obwohl ihr Nutzen von den verschiedenen Anwendergruppen nicht immer so eingeschätzt wird. Anhand von Beispielen wird gezeigt, welche Bedeutung die amtliche Statistik für die nationale Politik, aber auch für die Gemeinschaftspolitik der Europäischen Union hat, und was sein würde, wenn es bestimmte Statistiken nicht (mehr) gäbe. Die politisch Verantwortlichen werden aufgefor-

dert, ihr Verständnis von amtlicher Statistik als primär bürokratischer, obrigkeitlicher Aktivität aufzugeben mit der Folge einer Unterstützung anstatt einer weiteren Beschneidung. Die teilweise einseitige Sichtweise auf Kosten und Belastung muss durch eine Berücksichtigung der Nutzenseite ergänzt werden.

Gemeinsam mit den statistischen Ämtern sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie die deutsche amtliche Statistik das Nebeneinander von europäischen und nationalen Interessen bei der starken Stellung der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank ("Europe first") bewältigen kann. Das ist deshalb so wichtig, weil schon heute fast zwei Drittel der Wirtschaftsstatistik in Deutschland auf Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union zurückgehen. Und als Folge des Lissabon-Prozesses ist eher mit einer Zunahme von statistischen Indikatoren zur politischen Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung zu rechnen als mit einem Abbau der europäischen Statistikanforderungen.

Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen der amtlichen Statistik notwendig

Darüber hinaus ist die Politik aufgerufen, im nationalen Rahmen für eine Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen zu sorgen, um eine schnelle Reaktion der statistischen Ämter auf akut auftretende Fragen sicherzustellen. Diese sind oft Folge gesellschaftlicher Veränderungen, für deren Akzeptanz in der Bevölkerung die Medien, aber auch die politischen Mandatsträger Verantwortung tragen. Hierzu ist es erforderlich, der Gesellschaft die Bedeutung von amtlichen Statistiken als öffentliches Gut stärker bewusst zu machen.

Die Wissenschaft wird aufgefordert, die teilweise immer noch vorhandene Kommunikationsbarriere zwischen ihren Datennutzern und den statistischen Ämtern als den Datenproduzenten zu überwinden.

Es ist zu hoffen, dass die Bestrebungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten zur besseren Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weitere Erfolge zeigen und dass die Weiterführung der Forschungsdatenzentren, für die plädiert wird, mit einem noch umfangreicheren, kostenfreien Datenangebot zu einer stärkeren Anerkennung des Nutzens amtlicher Statistiken führt.

4 Die amtliche Statistik in aktuellen Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“

Eine überblicksartige Analyse der vorliegenden Untersuchungen zur Bürokratiebelastung zeigt, dass Melde-

pflichten zur amtlichen Statistik nur als eines von vielen Elementen „bürokratischer Lasten“ betrachtet werden. Die Studien beschränken sich oft auf einzelne Bereiche der Wirtschaft, ihre empirische Basis ist teilweise schwach, und die Befunde müssen wegen des Zeitablaufs als veraltet gelten. Eine Ausnahme bilden die jüngsten Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM).

Die viel zitierte IfM-Untersuchung „Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen“ aus dem Jahr 2003 hatte das Ziel, die auf die Wirtschaft „überwältigten Bürokratiekosten“ zu quantifizieren. Dies wurde auf der Grundlage einer schriftlichen Befragung von 1 220 Unternehmen verschiedener Wirtschaftszweige vorgenommen.

Bedeutung der Statistikbelastung im Rahmen von Bürokratielasten gering

In der Studie wurde neben „Bürokratiefeldern“ (Ermittlung und Abführung von Steuern, Sozialversicherung, Arbeitsrecht/-schutz, Umweltschutz) auch nach statistischen Auskunftsbegehren verschiedener Institutionen gefragt (Bundesbehörden, Landes- und Kommunalbehörden, Berufsgenossenschaften, Kammern und Verbände, andere) und jeweils die Angabe der Zahl der jährlich abzugebenden Meldungen erbeten. Für die einzelnen Felder sollte zudem auf einer Skala von 1 bis 5 eine Bewertung der Schwere der Belastung durch die befragten Unternehmen vorgenommen werden.

Eine pauschale Schätzung des Zeitaufwandes für „bürokratiebedingte Pflichten“ und der Gesamtkosten sowie eine Aufteilung der Kosten auf die verschiedenen Bürokratiefelder rundete die geforderten Angaben ab. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere die „Statistik“ von den Unternehmen als sehr belastend empfunden wird, dass sie aber im Gesamtgefüge des Zeit- und Kostenaufwandes für die verschiedenen „Bürokratielasten“ eine vergleichsweise geringe Bedeutung hat.

Vom DIW Berlin ermittelter geringer Meldeaufwand für amtliche Statistiken durch andere Studien bestätigt

Die Folgeuntersuchung des IfM zur „Ermittlung bürokratischer Kostenbelastungen in ausgewählten Bereichen“ aus dem Jahr 2005 geht grundsätzlich anders vor als die Vorgängerstudie. Sie konzentriert sich auf die Messung des Zeitaufwandes ausgewählter Aktivitäten in den Unternehmen, darunter auch für die Bearbeitung ausgewählter Statistiken (Verdienststatistiken und Intrahandelsstatistik) mit REFA-Methoden. In Anbetracht des aufwendigen Messverfahrens mit dem

Stoppuhr-Modell war dies nur mittels Fallstudien möglich, hat aber zu zuverlässigen individuellen Beobachtungen geführt. Die Untersuchungsergebnisse bestätigen für die ausgewählten amtlichen Statistiken im Wesentlichen den in der DIW-Belastungsstudie dafür ermittelten zeitlichen Meldeaufwand.

Die überblicksartige Auswertung der anderen Bürokratiekosten-Studien zeigt, dass die Bürokratiebelastung allgemein mit zunehmender Unternehmens- und Betriebsgröße steigt, die Belastung pro Kopf der Beschäftigten (oder im Verhältnis zum Umsatz) aber abnimmt. Der Anteil der Statistik an der gesamten Bürokratiebelastung variiert stark, was wegen der sehr unterschiedlichen Abgrenzung nicht überrascht. Von Bedeutung ist auch, ob der Anteil der auf die Statistik entfallenden Belastung anhand des zeitlichen Aufwandes oder anhand des kostmäßigen Aufwandes berechnet wird.

Der Statistikanteil am Zeitaufwand ist höher als derjenige am Kostenaufwand, weil für die Bearbeitung von statistischen Anfragen typischerweise eigenes Personal eingesetzt wird; dieses ist kostengünstiger als die Beauftragung externer Stellen, wie es im Steuer- und Abgabewesen häufiger der Fall ist. Trotz aller methodischen Unterschiede liegt der Anteil der Statistik an der Bürokratiebelastung grundsätzlich in allen Studien unter 12%. Dieses Ergebnis, das keinen Unterschied zwischen amtlichen und nicht amtlichen Statistiken macht, deckt sich mit den in der DIW-Belastungsuntersuchung gemachten quantitativen Aussagen über den Meldeaufwand für statistische Erhebungen.

5 Zusammenfassung und Folgerungen

5.1 Betroffenheit durch die amtliche Statistik und Zeitaufwand der meldepflichtigen Unternehmen dafür gering

Die Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter hat gezeigt, dass nur ein kleiner Teil der Unternehmen in Deutschland zu Meldungen an die amtliche Statistik verpflichtet ist. Knapp 85% aller Unternehmen waren im Jahr 2004 von keiner Erhebung der statistischen Ämter betroffen. Für die Beurteilung des mit den Meldepflichten verbundenen Aufwandes ist allerdings nicht die Zahl der betroffenen Unternehmen entscheidend, sondern der Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen und die daraus resultierenden Kosten.

Die Hochrechnung auf der Grundlage der Zeitangaben für 74 Statistiken von fast 75 000 Unternehmen in der amtlichen Belastungserhebung hat ergeben, dass die knapp 530 000 meldepflichtigen Unternehmen im Jahr 2004 für die Meldungen zur amtlichen Statistik rund 6,7 Mill. Arbeitsstunden aufbringen mussten. Damit ist der Aufwand je Unternehmen mit jährlich 12,7 Stunden

gering, seine Verteilung nach Größenklassen der Unternehmen und nach Wirtschaftsbereichen differiert aber stark. So errechnet sich für die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, die mit fast 42% aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, ein durchschnittlicher jährlicher Meldeaufwand von 6,1 Stunden, während auf die Großunternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten bzw. mit 500 und mehr Beschäftigten eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 75,7 bzw. 122,3 Stunden für die Erhebungen der statistischen Ämter entfällt.

Statistik-Belastungsquotienten gering

Die Ergebnisse bestätigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist. Setzt man den gesamten Meldeaufwand in Höhe von 6,7 Mill. Stunden zu den von den 34,6 Mill. beschäftigten Arbeitnehmern geleisteten 47,1 Mrd. Stunden in Beziehung, erhält man einen so genannten Statistik-Belastungsquotienten von 0,014%. Nimmt man als Bezugsgröße für den Belastungskoeffizienten das Arbeitsvolumen der in den meldepflichtigen Unternehmen mit Verwaltungstätigkeiten befassten abhängig Beschäftigten und Selbstständigen, kommt man auf einen Statistikanteil am Zeitaufwand für Verwaltung von 0,15%. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu der weit verbreiteten Meinung, dass die Meldepflichten zur amtlichen Statistik die Wirtschaft stark belasten.

5.2 Kostenbelastung der Unternehmen durch amtliche Statistik bei 230 Mill. Euro

Viele der vorliegenden Untersuchungen basieren auf Ergebnissen von Befragungen, bei denen die Unternehmen und Betriebe nach ihrer Einschätzung über den durch Informationspflichten verursachten Zeitaufwand gefragt wurden. Dies trifft nicht nur für den Zeitaufwand zu, sondern gilt auch für die mit dem Meldeaufwand verbundenen Kosten. Diese sind für den Bereich der Statistik vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn für das Jahr 2003 mit 4,31 Mrd. Euro angegeben worden. In der jüngsten IfM-Studie aus dem Jahr 2005 wurden – ausgehend von vor Ort mit der Stoppuhr gemessenen Zeitaufwendungen – die Kosten für die Verdiensterhebungen auf 1,9 Mill. Euro und die Kosten für die Intrahandelsstatistik auf 39,2 Mill. Euro geschätzt.

Zu davon abweichenden Ergebnissen gelangt man, wenn man den im Rahmen der DIW-Belastungsuntersuchung ermittelten Zeitaufwand von 6,7 Mill. Stunden in Euro ausdrückt. Für diese Schätzung des Kostenaufwandes wurde der für zehn Wirtschaftsbereiche ermittelte Meldeaufwand herangezogen und mit den Stundensätzen aus der Arbeitskostenerhebung bzw. mit den Lohnkosten je

Arbeitnehmerstunde aus den Volks-wirtschaftlichen Gesamtrechnungen multipliziert. Zuvor wurden die sektoralen Arbeitskosten je Stunde um einen Gemeinkostenzuschlag von 33% erhöht. Die Berechnung ergibt einen Betrag von 230 Mill. Euro, der von den Unternehmen für die von den statistischen Ämtern im Jahr 2004 durchgeführten Erhebungen aufgewendet werden musste. Dem Leser bleibt es überlassen, einen höheren als den hier verwendeten durchschnittlichen Arbeitskostensatz von 34,33 Euro zugrunde zu legen, wenn er andere Vorstellungen über die Lohnkosten je Arbeitsstunde für statistische Belange hat.

5.3 Folgerungen

Zur Einordnung der Ergebnisse der amtlichen Belastungserhebung wurden ausgewählte Teilnehmer dieser Erhebung um Angaben zu ihrem Zeitaufwand für die Bearbeitung nicht amtlicher Statistiken sowie anderer Berichtspflichten gebeten, die im Zuge ihrer Unternehmenstätigkeiten anfallen. Dabei hat sich zweierlei gezeigt: Bei den statistischen Meldungen im engeren Sinn dominiert der Aufwand für die Datenanforderungen der amtlichen Statistik. Ein deutlich anderes Bild ergibt sich, wenn man andere Melde- und Aufzeichnungspflichten einbezieht. Der Aufwand für die amtliche Statistik liegt dann in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung bei deutlich unter 10% des gesamten Meldeaufwandes. Daraus folgt: Nicht an der amtlichen Statistik sparen, sondern mit der amtlichen Statistik sparen.

Die Befunde der ergänzenden DIW-Unternehmensbefragung und der Interviews unterstreichen das Ergebnis der Analyse der amtliche Belastungserhebung: Die amtliche Statistik ist in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht der große Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt wird. Ein schneller, breit spürbarer Erfolg im Kampf gegen „Bürokratielas-

ten“ wäre also auch mit einer drastischen Reduzierung der statistischen Meldepflichten nicht zu erzielen.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass ein kleiner Teil der Unternehmen umfangreiche Statistikmeldungen mit hohem Zeitaufwand regelmäßig zu erbringen hat; darunter befinden sich auch und besonders viele Kleinst- und Kleinunternehmen. Anders als größere Unternehmen können sie nicht oder nur in geringem Umfang Vorteile der Kostendegression nutzen. Für diese Unternehmen ist es keine Entlastung, wenn sie sehen, dass die Mehrzahl der anderen Unternehmen diesen Meldepflichten nicht ausgesetzt ist, im Gegenteil.

Die Analysen der Ergebnisse der amtlichen Belastungserhebung haben außerdem gezeigt – und bei den Interviews hat sich das bestätigt –, dass nicht die einzelne statistische Erhebung, sondern die Häufung der Meldepflichten zum Problem wird. Eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten, nach Meinung der Unternehmen zum Beispiel durch stärkeren Einsatz des Rotationsprinzips, scheint aus dieser Perspektive eine Notwendigkeit zu sein. Die Erleichterung, u. a. durch noch intensivere Online-Datenerhebung oder durch den Wechsel vom System der Primärstatistiken zu einem registergestützten Statistiksistem, und eine ausgewogenere Verteilung der statistischen Meldepflichten ist bei den vorliegenden Ergebnissen zwar keine Frage der gesamtwirtschaftlichen Reduzierung von Bürokratie, wohl aber eine der Einzelfallgerechtigkeit.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ergebnisse der Tests mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz und die Einführung der Wirtschafts-Identifikationsnummer sowie die Auswirkungen der „Reform der Unternehmensstatistik“ bei den von der amtlichen Statistik stark betroffenen Unternehmen weitere Entlastungsmöglichkeiten eröffnen.

Volkszählungen im Ausland

Für das Jahr 2010/11 ist eine EU-weite Runde von Volkszählungen vorgesehen. Neben einer für das Jahr 2007 zu erwartenden Verordnung seitens der Europäischen Union ist auch durch den Inhalt des Koalitionsvertrages der Bundesregierung festgelegt, dass sich Deutschland an dieser Zensusrunde beteiligen wird. Hinsichtlich der Methode wird hier zu Lande derzeit ein Wechsel von einer klassischen Direktbefragung der gesamten Bevölkerung hin zu einer Auswertung bestehender Verwaltungsregister vorbereitet. Thema dieses Beitrages ist es, mit welchen Methoden Zensen im (europäischen) Ausland durchgeführt werden.*)

Information

Volkszählungsrunde: Die UN Statistics Division definiert eine Zensusrunde als Zeitraum von 10 Jahren, in dem das Titeljahr der jeweiligen Zensusrunde ungefähr in der Mitte liegt. So konnte für die Zensurrunde 1990 beispielsweise im Zeitraum von 1985 bis 1994 gezählt werden. Für die Runde 2010 steht der Zeitraum 2005 bis 2014 zur Verfügung.

Zensustypen:

- Traditionelle Volkszählung: direkte Befragung der gesamten Bevölkerung mittels Fragebögen oder Interviews.
- Registerzensus: Gewinnung der benötigten Informationen aus vorhandenen Verwaltungsregistern.
- Mischformen, zum Beispiel traditionelle Zensen, die mit einer Registernutzung kombiniert werden oder Registerzensen, die mit einer Stichprobe ergänzt werden etc.
- Rollierender Zensus: jährliche Datenerhebung mittels direkter Befragung eines Teils der Bevölkerung; der Umfang der Befragungen richtet sich meist nach den Gemeindegrößen.

Lang, lang ist's her

Ungeachtet der Tatsache, dass die Vereinten Nationen und auch die Europäische Union Volkszählungsrunden im Abstand von 10 Jahren jeweils zum Beginn einer Dekade empfehlen und sich die große Mehrheit der Staaten daran hält,¹⁾ wird in Deutschland im Jahr 2011 die letzte Volkszählung bereits über zwei Jahrzehnte zurückliegen.

*) Der Beitrag erschien erstmals in den Statistischen Monatsheften Baden-Württemberg, Ausgabe 6/2006. Wir danken dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für die freundliche Abdruckgenehmigung.

1) Vgl. <http://unstats.un.org/unsd/demographic/sources/census/censusdates.htm> (Stand: 31. Mai 2006). Die Ausnahme bilden einige Staaten Afrikas, Asiens und Europas; vielfach handelt es sich um solche, in denen die staatliche Ordnung weitgehend zerfallen bzw. noch nicht komplett wiederhergestellt ist, die extrem klein und/oder dünn besiedelt sind oder in denen keine entsprechende öffentliche Akzeptanz vorhanden war.

Die letzte Volkszählung ist in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1987, in der ehemaligen DDR im Jahr 1981 durchgeführt worden. Die alte Bundesrepublik hat sich mit der Volkszählung 1987 an der Zählungsrunde 1990 (s. Information) beteiligt. Das wiedervereinigte Deutschland hat jedoch die Zählungsrunden um 1990 und 2000 ausgelassen und 2001 lediglich aus dem Mikrozensus, der Bevölkerungsfortschreibung und anderen Quellen kombinierte Zahlen geliefert. Ursache für die lange „Abstinenz“ Deutschlands sind Negativerfahrungen mit der öffentlichen Reaktion auf die 1983 geplante und 1987 schließlich durchgeführte Zählung. Als Konsequenz aus diesen Akzeptanzproblemen ist die amtliche Statistik aufgefordert worden, neue Methoden zu erforschen, welche die Befragten und die Staatskasse weniger belasten sollen.²⁾ Das dabei entwickelte Modell eines registergestützten Zensus, bei dem Daten der Melderegister, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Besoldungs- und Versorgungsstellen zusammengeführt und durch Stichproben zur Gewinnung zusätzlicher Merkmale und eine Gebäude- und Wohnungszählung ergänzt werden sollen, gilt als modern und ambitioniert.

Zählst Du noch oder „ziehst“ Du schon?

Vorbilder einer registergestützten Volkszählung sind dabei die nordischen Länder Dänemark, Finnland, Schweden, Norwegen und Island, in denen die Bevölkerung mittlerweile ausschließlich durch Auswertung vorhandener Register gezählt wird (s. Abbildung).³⁾ Dabei werden zu einem bestimmten Stichtag Daten aus verschiedenen Verwaltungsregistern „gezogen“ und zusammengeführt. Grundlage der Systeme in diesen Ländern sind jeweils in den 1960er-Jahren eingeführte zentrale Personenregister und persönliche Identifikationsnummern jedes einzelnen Bürgers. Komplett registergestützte Zensen nach UN-Vorgaben haben jedoch erst seit den 1980er-Jahren stattgefunden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Gebäude- und Wohnregister und registerbasierte Arbeitsmarktstatistiken bis dahin nicht vorhanden waren. In Finnland wurde 1749 die erste Volkszählung schon unter Rückgriff auf Kirchenregister durchgeführt. Volkszählungen waren in der Folgezeit mit dem Registrierungssystem der Bevölkerung verknüpft. 1950 ging man jedoch davon ab und ermittelte Zensusergebnisse vollständig durch Zähler auf der Basis von Fragebögen. Seit 1970 kamen Register und

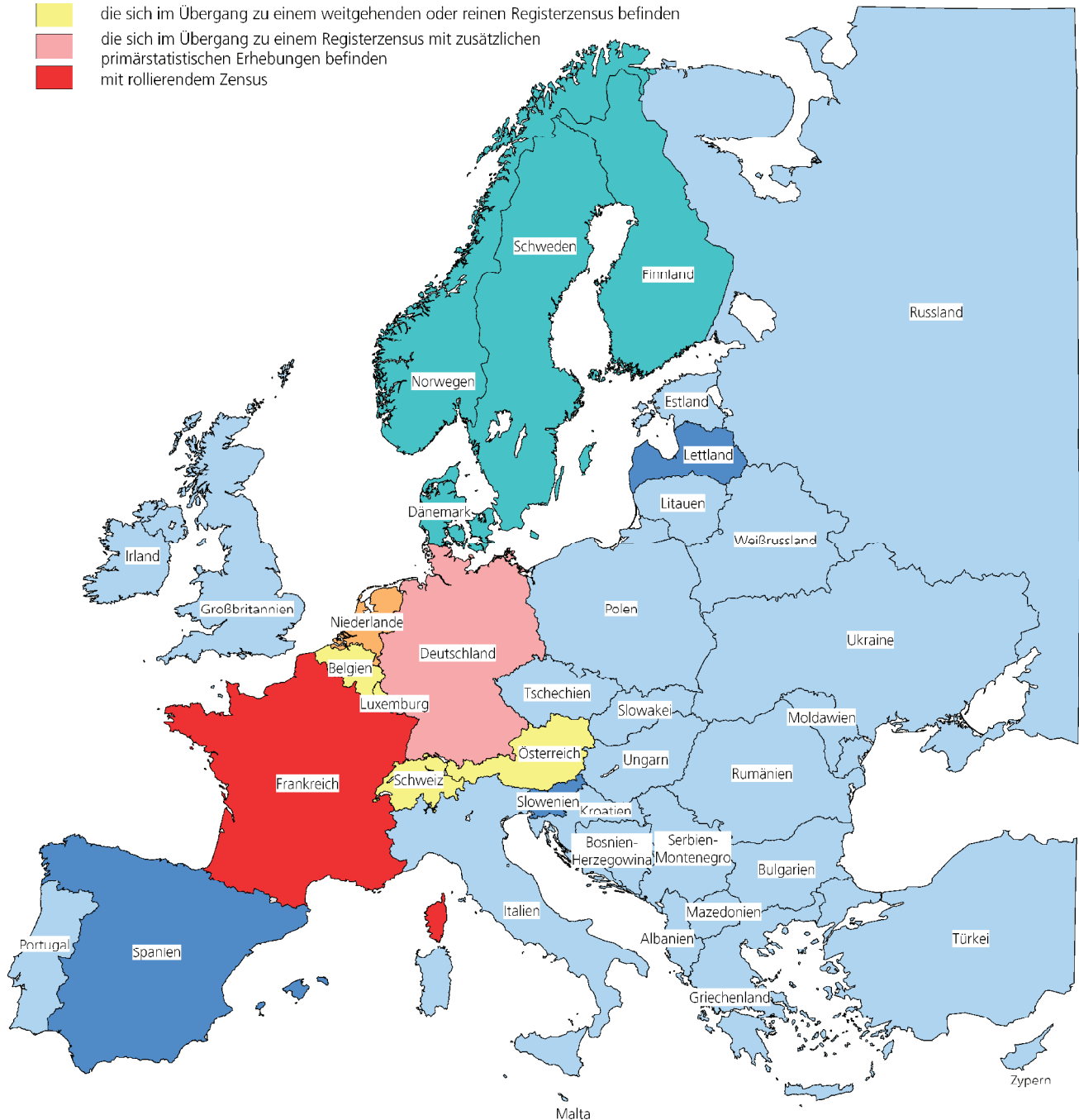
2) Für Informationen zum Methodenwechsel und den Bausteinen des Modells siehe: Hin, Monika: EU-weite Volkszählung 2010/11: Stand der Vorbereitungsarbeiten in Deutschland und auf europäischer Ebene, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 4/2006, Stuttgart 2006, S. 3-9. Eppmann, Helmut/Schäfer, Josef: Der Weg zu einem ersten registergestützten Zensus in Deutschland im Jahre 2011, in: Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 27, Düsseldorf 2006, S. 3-15.

3) In Dänemark seit 1981, in Finnland seit 1990, in Norwegen seit 2001, in Schweden seit 2005.

Zensusmodelle in Europa *)

Länder ...

- mit traditionellem Zensus
- mit Kombination aus traditionellem Zensus und Registernutzung
- mit Registerzensus plus Stichprobenerhebung
- mit weitgehendem oder reinem Registerzensus
- die sich im Übergang zu einem weitgehenden oder reinen Registerzensus befinden
- die sich im Übergang zu einem Registerzensus mit zusätzlichen primärstatistischen Erhebungen befinden
- mit rollierendem Zensus



Grundlage ist überwiegend die letzte absolvierte Zensusrunde. Soweit neuere Informationen verfügbar waren, wurden diese berücksichtigt.

*) Ohne Azoren, Madeira, Kanaren und französische Überseegebiete und Zwergstaaten. - Stand: Mai 2006

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Fragebögen gemeinsam zur Anwendung, bevor 1990 schließlich die Rückkehr zum reinen Registerzensus erfolgte.

Mischformen

Andere Länder setzten zuletzt auf eine Kombination aus traditionellem Zensus und einer Registerauswertung (s. Abbildung). In der Volkszählungsrunde 2001 wandten Spanien, Belgien und Österreich sowie Lettland und Slowenien ein solches Mischverfahren an. Bemerkenswerterweise handelt es sich bei den beiden Letztgenannten um EU-Neumitglieder und überhaupt Länder, die zum ersten Mal seit der (Wieder)erlangung der Unabhängigkeit eine eigene Volkszählung durchgeführt haben. In einer Situation des generellen Umbruchs und des Aufbaus neuer Strukturen ist ein Methodenwechsel möglicherweise leichter zu vollziehen. Belgien und Österreich gehören neben der Schweiz und Luxemburg – Luxemburg hat zuletzt noch traditionell gezählt – zu den Ländern, die sich im Übergang zu einem rein registergestützten Volkszählungssystem befinden.⁴⁾ In Spanien, Belgien und der Schweiz hat im Rahmen extensiver klassischer Zählungen teilweise eine Registerertüchtigung stattgefunden: Die aus den Registern bekannten Informationen wurden in den Fragebögen abgedruckt und waren von der Bevölkerung zu prüfen.

Die Niederlande haben ein System von Registerauswertungen, die für bestimmte Informationen durch Stichproben ergänzt werden, entwickelt. Sie sind nicht bestrebt, eine ausschließlich registerbasierte Volkszählung durchzuführen. Im Gegensatz zu Deutschland liegt mit der so genannten „Sozialversicherungs- und Steuernummer“ dort ein Schlüssel vor, der in fast allen Registern enthalten ist und so eine einfache Verknüpfung der diversen Datenquellen miteinander erlaubt. Um Datenschutzanforderungen zu entsprechen, wird diese Nummer vom dortigen statistischen Amt in einen anderen Schlüssel umkodiert; Daten, die eine Identifikation von Personen erlauben, werden durch Stichtagsdaten ersetzt und dann gelöscht.⁵⁾

Traditionelle Zählungen – per Telefon und Internet?

Die übrigen Zensusteilnehmer der 2001er-Runde entschieden sich für eine Zählung herkömmlicher Art, das heißt für eine direkte Befragung der gesamten Bevölke-

rung mittels Fragebögen.⁶⁾ Auch dabei werden Verwaltungs- und Registerdaten genutzt; allerdings im Wesentlichen nur als Hilfsmittel bei der Organisation des Außeneinsatzes (field work) und der Datenerhebung. Zu den „Traditionalisten“ gehören die südeuropäischen Länder Griechenland, Italien und Portugal sowie in Westeuropa Irland und das Vereinigte Königreich. Die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas⁷⁾ setzen mit Ausnahme Sloweniens und Lettlands ebenfalls auf traditionelle Zensen.

Allerdings gibt es auch in der Ausgestaltung einer traditionellen Zählung große Unterschiede: So kommen neben klassischen Interviews und Papierfragebögen auch Bögen zum Selbstausfüllen, die von Zählern ausgeteilt und eingesammelt oder auf dem Postweg versandt werden, und diverse Mischungen beider Varianten zur Anwendung. Mit zunehmender Verbreitung von Internetanschlüssen hat auch dieser Befragungsweg zum Beispiel in Australien, den USA, Belgien und der Schweiz Verbreitung gefunden.⁸⁾ Im Vereinigten Königreich wird derzeit auch die Beantwortung der Fragen am Telefon erwogen. Diese Form der Datenerhebung soll unter anderem im Rahmen eines Zensustests im Jahr 2007 erprobt werden.⁹⁾ In der Republik Mazedonien laufen Vorbereitungsarbeiten, die es erlauben sollen, in naher Zukunft auf Papierfragebögen zu verzichten und stattdessen die Zähler mit Handheld-Computern auszustatten, um die Daten direkt elektronisch erfassen, die Befragung ggf. abkürzen und Plausibilitätsprüfungen integrieren zu können.¹⁰⁾ „Traditionell“ muss also nicht gleichbedeutend sein mit unmodern und innovationsfeindlich. In puncto Datenschutz sind ebenfalls gravierende Unterschiede festzustellen: Im Vereinigten Königreich werden zwar die Papierbögen nach dem elektronischen Einlesen vernichtet, doch die digitalen Abbilder der Fragebögen werden auf Mikrofilm abgelegt. Diese Abbilder – darunter auch die von Prominenten wie zum Beispiel Königin Viktoria oder Charles Dickens – werden der Öffentlichkeit über die Archive nach 100 Jahren zugänglich gemacht.¹¹⁾ In den meisten anderen Ländern hingegen werden die personenbezogenen Daten sofort gelöscht, wenn sie für die Abwicklung nicht mehr benötigt werden, sodass nur anonymisiertes Datenmaterial zur Auswertung gelangt.

6) Vgl. Darstellung der Zensusstichtage und -methoden der 2001er-Volkszählungsrunde im Internetangebot von Eurostat: http://europa.eu.int/estatref/info/sdds/en/census/census01_type.htm (Stand: 15. Februar 2006).

7) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Litauen, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien/Montenegro, Slowakei, Tschechien, Türkei, Ungarn, Ukraine und Weißrussland.

8) Vgl. UNECE Statistics Division, Types of Censuses, Enumeration Methods and Selected Operational Aspects. Results of the ECE Questionnaire, Papier zur gemeinsamen UNECE-Eurostat-Arbeitssitzung zu Volkszählungen (23. - 25. November 2004, Genf), 2005.

9) Vgl. http://www.statistics.gov.uk/about/census/census2011/2007_test.asp (Stand: 31. Mai 2006).

10) Vgl. Kostadinova-Daskalovska, Katerina/Bosnjak, Mirjana: Erfahrungen mit dem Einsatz von Handheld-Computern bei der Datenerfassung während der Testzählung der Bevölkerung, Haushalte und Wohnungen in der Republik Mazedonien im Jahr 2000, Papier zum INSEE-Eurostat-Seminar „Die Volkszählungen nach 2001“ (20. - 21. November 2000, Paris), Mazedonien 2000; die Methode ähnelt der Befragung mit Laptops im Rahmen des Mikrozensus in Deutschland.

11) Vgl. http://www.statistics.gov.uk/census2001/ab_5.asp (Stand: 31. Mai 2006).

4) Vgl. Laihonon, Aarno: Development of the use of administrative data in population and housing censuses in Europe, Papier zur gemeinsamen ECE-Eurostat-Arbeitssitzung zu Registern und Verwaltungsdaten für Bevölkerungs- und Sozialstatistiken (1. - 3. März 1999, Genf), 1999, S. 1.

5) Vgl. Statistics Netherlands, The Dutch Virtual Census of 2001. Analysis and Methodology, Voorburg/Heerlen 2004, S. 249.

Ein gänzlich anderes System

Für die nächste Zählungsrunde 2010/11 stehen neben Deutschland auch in Frankreich Änderungen an. In Frankreich wurde 2003 ein Gesetz für ein neues Volkszählungsverfahren verabschiedet, das in Europa singulär ist. Es handelt sich dabei um ein rollierendes System, bei dem jährlich nur Daten für einen Teil der Bevölkerung erhoben werden. Innerhalb eines Erhebungszyklus von 5 Jahren findet in den Gemeinden, die weniger als 10 000 Einwohner besitzen, eine Vollerhebung statt; in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern werden lediglich Stichprobenerhebungen durchgeführt, die ca. 40 % der jeweiligen Einwohner abdecken.¹²⁾ Da die Hälfte der Franzosen in den kleineren Gemeinden wohnt, werden etwa 70 %

der Bevölkerung komplett erfasst. Für die übrigen 30 % sind Hochrechnungen nötig. Im Jahr 2008 steht die erste Veröffentlichung einer Bevölkerungszahl nach dem neuen Verfahren an – diese wird sich auf das Jahr 2006 beziehen. Fortan wird es jährliche Ergebnisse geben. Das Referenzjahr ist dabei immer das dritte Jahr eines 5-Jahres-Zyklus. Anhand des Wohnungssteuerregisters wird dabei ein Teil der Zahlen vor-, ein anderer zurückgerechnet. Ziel ist einerseits eine Kostenersparnis, andererseits eine Befriedigung des Bedarfs an detaillierten Informationen über die Bevölkerung in kurzem Abstand.

¹²⁾ In einem 5-Jahres-Zyklus werden jährlich ein Fünftel der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern vollständig erhoben und 8 % der Einwohner der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern erfasst.

Fazit

Bei der Durchführung von Volkszählungen kommen vielfältige Methoden zum Einsatz. Was in den jeweiligen Ländern möglich ist, hängt stark von der Verwaltungs- und Staatskultur ab, etwa wenn es um zentrale Personenregister geht. Bei der direkten Befragung der Bevölkerung reicht die Spanne von Papierfragebögen bis zu Internetanwendungen und Handheld-Computern. Man sollte sich also hüten, bestimmte Zählweisen per se als unmodern, veraltet, unzeitgemäß etc. einzustufen. Methodenwechsel, vor allem hin zu registergestützten Zensen, werden aktuell schwerpunktmäßig in Mittel- und Westeuropa vollzogen. Deutschland, das auf die Akzeptanzprobleme der Volkszählung 1987 mit der Entwicklung einer innovativen Methode reagiert hat, ist mit seinem neuen Modell nicht allein. Dies birgt die Chance, von anderen Ländern zu lernen – einerseits in der Vorbereitung der nächsten Zählung, andererseits im Nachgang, wenn es um eine Evaluation geht. Eine solche ist angesichts des Methodenwechsels mit Sicherheit geboten.



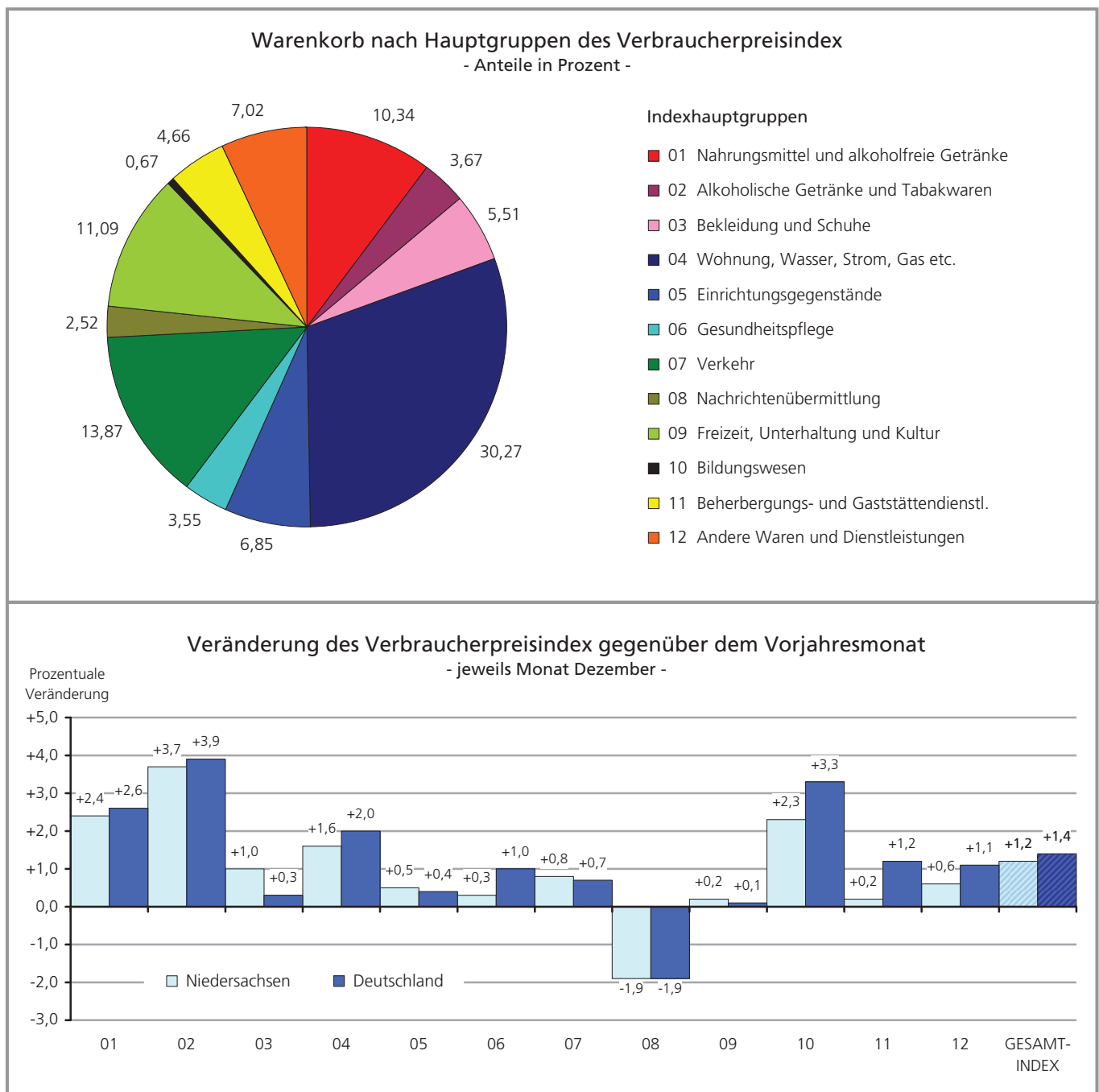
Jessica Huter M.A.
Referentin im Referat „Volkszählung, Mikrozensus, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Tel. 0711 / 641 - 3002
E-Mail: Jessica.Huter@stala.bwl.de

Verbraucherpreise in Niedersachsen

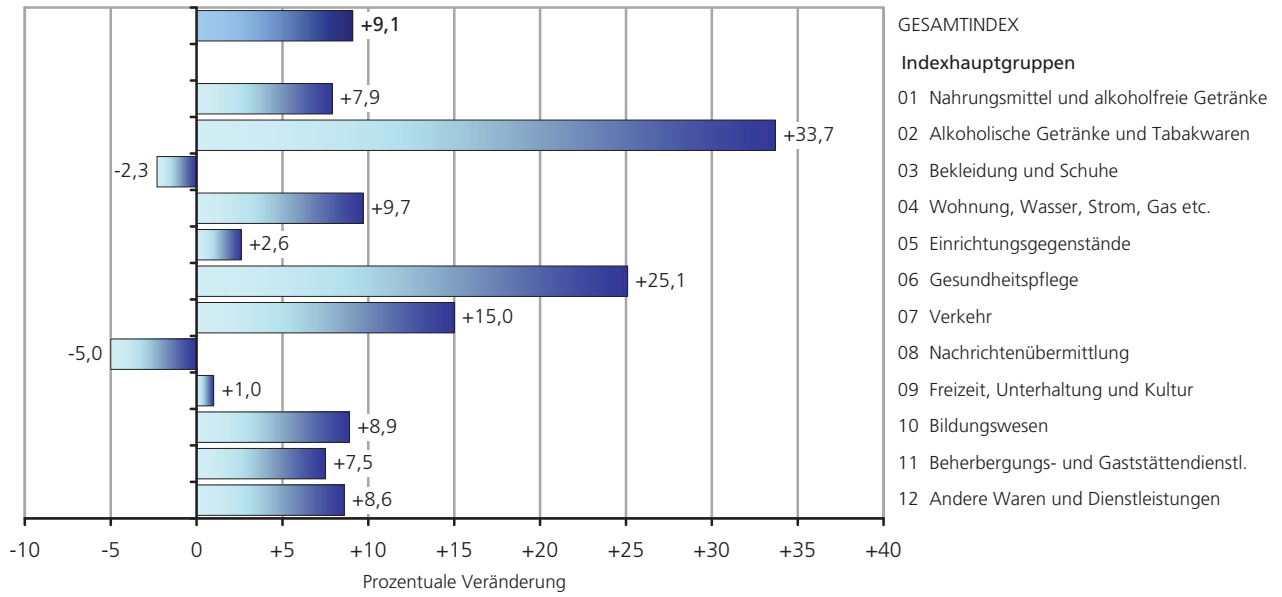
Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Im Rahmen der Verbraucherpreisstatistik erfragen monatlich Preisermittler in 16 Gemeinden Niedersachsens rund 30 000 Einzelpreise. Aus einer Vielzahl des Waren- und Dienstleistungsangebotes werden repräsentativ 750 Positionen der privaten Lebenshaltung ausgewählt. Die Gesamtheit dieser Preisrepräsentanten ist der so genannte Warenkorb.

Der Verbraucherpreisindex in Niedersachsen ist von Dezember 2005 bis Dezember 2006 um 1,2 % gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat November 2006 erhöhte sich der Index um 0,9 % (Deutschlandindex +1,4 % bzw. +0,8 %).

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland hat sich im Dezember 2006 gegenüber Dezember 2005 um 1,4 % erhöht. Im Vergleich zum Vormonat November 2006 stieg der Index um 0,9 %.
Renate Peter (Tel. 0511/9898-3124)

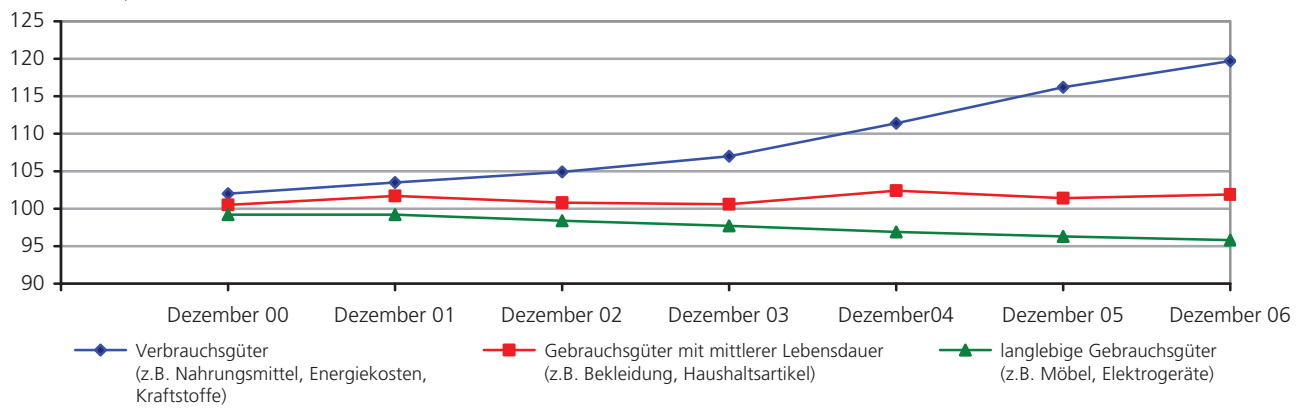


Veränderung des Verbraucherpreisindex von Dezember 2006 gegenüber Dezember 2000



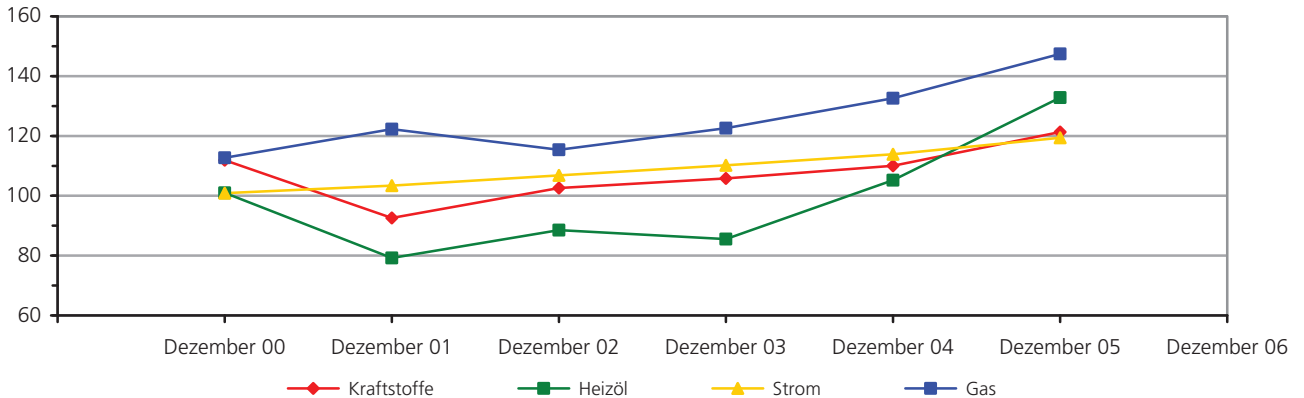
Indexstand
(Jahresdurchschnitt
2000 = 100)

Verbrauchs- und Gebrauchsgüter - Teilindizes des Verbraucherpreisindex -



Indexstand
(Jahresdurchschnitt
2000 = 100)

Entwicklung der Kraftstoff-, Heizöl-, Gas- und Strompreise



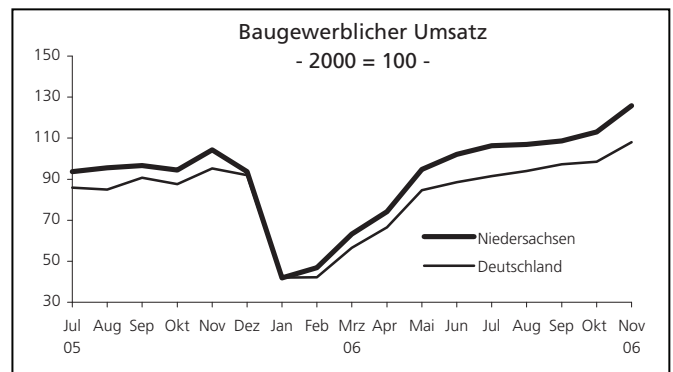
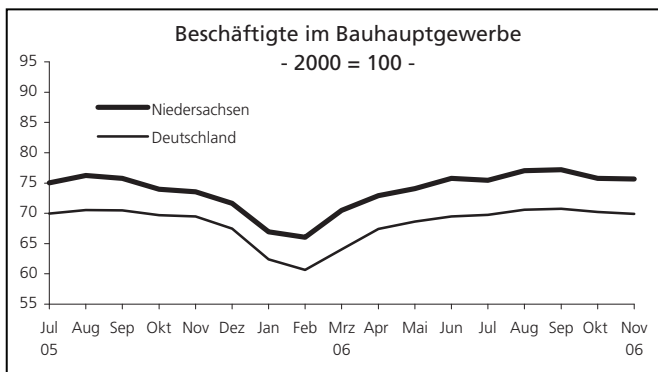
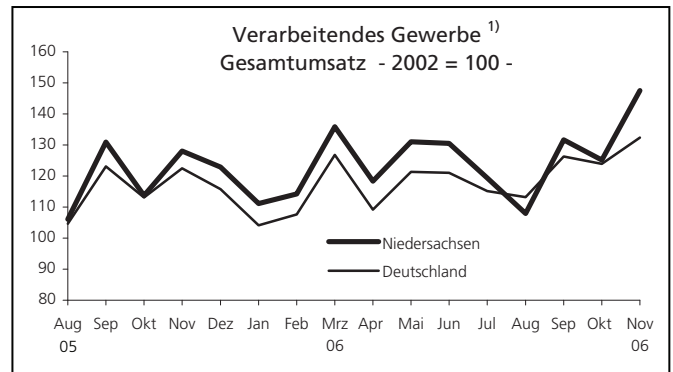
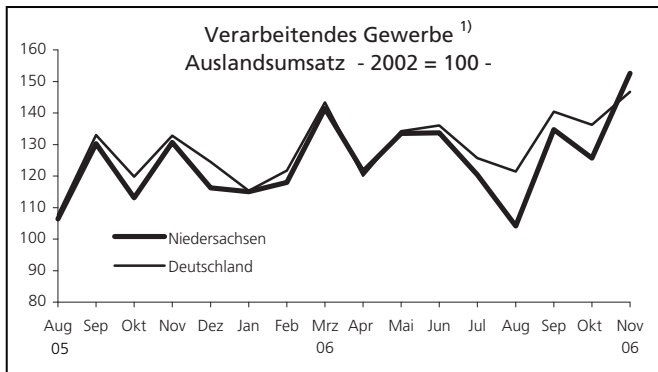
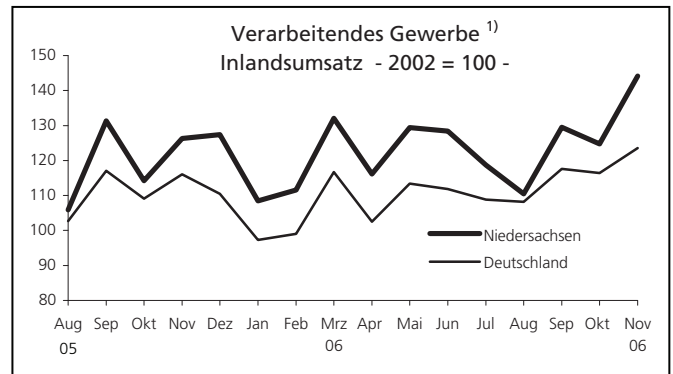
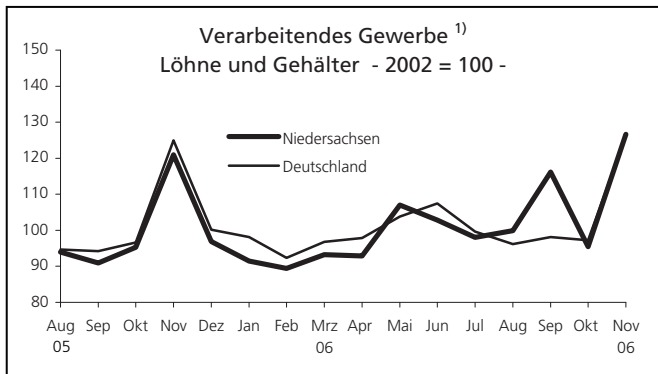
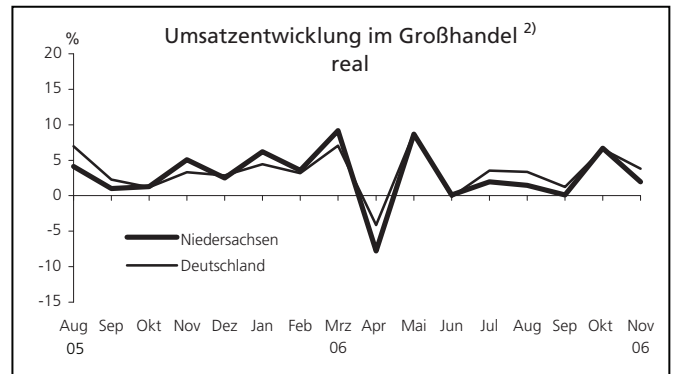
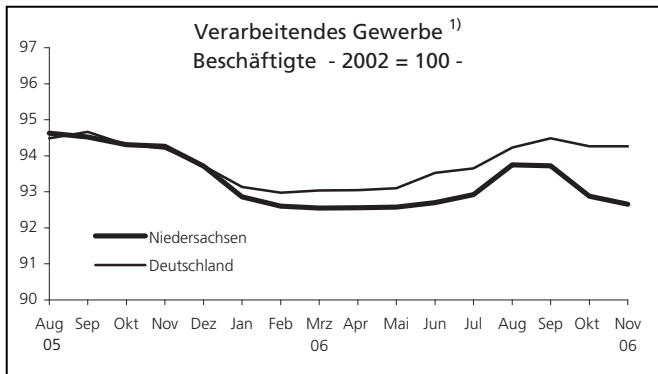
Index der Bauleistungspreise ¹⁾

- 2000 = 100 -

Jahr - - - Monat	Wohngebäude insgesamt						Gewerbliche Betriebsgebäude						Schönheitsreparaturen in einer Wohnung						
	Nieder- sachsen (Nds)	Deutsch- land (De)	Veränderung gegenüber Vorquartal		Veränderung gegenüber Vor- jahresquartal		Nieder- sachsen (Nds)	Deutsch- land (De)	Veränderung gegenüber Vorquartal		Veränderung gegenüber Vor- jahresquartal		Nieder- sachsen (Nds)	Deutsch- land (De)	Veränderung gegenüber Vorquartal		Veränderung gegenüber Vor- jahresquartal		
			Nds	De	Nds	De			Nds	De	Nds	De			Nds	De			
			%		%				%		%								
2000D	100,0	100,0					100,0	100,0					100,0	100,0					
2001D	99,8	99,9			- 0,2	- 0,1	100,4	100,4			+ 0,4	+ 0,4	99,4	100,3			- 0,6	+ 0,3	
2002D	99,4	99,9			- 0,4	0	100,2	100,6			- 0,2	+ 0,2	98,8	100,1			- 0,6	- 0,2	
2003D	99,2	99,9			- 0,2	0	100,5	100,9			+ 0,3	+ 0,3	98,8r	99,2			0r	- 0,9	
2004D	99,8	101,2			+ 0,6	+ 1,3	101,7	102,5			+ 1,2	+ 1,6	98,1r	99,1			- 0,7r	- 0,1	
2005D	100,3	102,1			+ 0,5	+ 0,9	103,7	104,6			+ 2,0	+ 2,1	99,3	98,6			+ 1,2	- 0,5	
2006D	102,2	104,4			+ 1,9	+ 2,3	106,4	107,2			+ 2,6	+ 2,5	99,7	99,3			+ 0,4	+ 0,7	
2000	Februar	99,7	99,8					99,6	99,7					99,2	99,5				
	Mai	100,1	100,0	+ 0,4	+ 0,2			100,0	99,9	+ 0,4	+ 0,2			99,8	100,0	+ 0,6	+ 0,5		
	August	100,3	100,0	+ 0,2	0			100,2	100,1	+ 0,2	+ 0,2			100,5	100,2	+ 0,7	+ 0,2		
	November	99,9	100,1	- 0,4	+ 0,1			100,2	100,3	0	+ 0,2			100,5	100,3	0	+ 0,1		
2001	Februar	99,9	100,0	0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	100,5	100,4	+ 0,3	0	+ 0,9	+ 0,7	99,4	100,0	- 1,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,5
	Mai	99,8	100,0	- 0,1	0	- 0,3	0	100,3	100,4	- 0,2	0	+ 0,3	+ 0,5	99,5	100,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,2
	August	100,0	99,9	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,1	100,4	100,4	+ 0,1	0	+ 0,2	+ 0,3	99,6	100,5	+ 0,1	+ 0,3	- 0,9	+ 0,3
	November	99,6	99,7	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,4	100,2	100,3	- 0,2	- 0,1	0	0	99,0	100,3	- 0,6	- 0,2	- 1,5	0
2002	Februar	99,6	99,8	0	+ 0,1	- 0,3	- 0,2	100,2	100,5	0	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	98,7	100,4	- 0,3	+ 0,1	- 0,7	+ 0,4
	Mai	99,5	99,9	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	100,1	100,4	- 0,1	- 0,1	- 0,2	0	98,8	100,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,7	+ 0,1
	August	99,4	99,9	- 0,1	0	- 0,6	0	100,3	100,6	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2	98,8	100,1	0	- 0,2	- 0,8	- 0,4
	November	99,1	99,8	- 0,3	- 0,1	- 0,5	+ 0,1	100,3	100,7	0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	98,8	99,6	0	- 0,5	- 0,2	- 0,7
2003	Februar	99,2	99,9	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	+ 0,1	100,5	100,8	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	99,0	99,3	+ 0,2	- 0,3	+ 0,3	- 1,1
	Mai	99,3	99,9	+ 0,1	0	- 0,2	0	100,6	100,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	99,0r	99,2	0r	- 0,1	+ 0,2r	- 1,1
	August	99,1	99,9	- 0,2	0	- 0,3	0	100,5	100,9	- 0,1	0	+ 0,2	+ 0,3	99,0r	99,3	0r	+ 0,1	+ 0,2r	- 0,8
	November	99,1	99,9	0	0	0	+ 0,1	100,5	100,8	0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	98,0r	99,1	- 1,0r	- 0,2	- 0,8r	- 0,5
2004	Februar	99,5	100,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	100,9	101,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	97,9r	99,1	- 0,1r	0	- 1,1r	- 0,2
	Mai	99,8	101,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,4	101,5	102,3	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,4	98,1r	99,0	+ 0,2r	- 0,1	- 0,9r	- 0,2
	August	99,8	101,6	0	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,7	102,0	103,0	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,1	98,2r	99,0	+ 0,1r	0	- 0,8r	- 0,3
	November	100,0	101,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,8	102,5	103,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 2,6	98,2r	99,1	0r	+ 0,1	+ 0,2r	0
2005	Februar	100,2	102,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,9	103,3	104,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,4	+ 3,2	98,9	99,1	+ 0,7r	0	+ 1,0r	0
	Mai	100,2	102,0	0	- 0,1	+ 0,4	+ 0,7	103,6	104,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 2,2	99,3	98,6	+ 0,4	- 0,5	+ 1,2r	- 0,4
	August	100,3	102,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	103,8	104,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,7	99,4	98,5	+ 0,1	- 0,1	+ 1,2r	- 0,5
	November	100,5	102,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6	104,2	105,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,5	99,6	98,3	+ 0,2	- 0,2	+ 1,4r	- 0,8
2006	Februar	101,4	102,9	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,8	105,0	105,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,2	99,4	99,1	- 0,2r	+ 0,8	+ 0,5	0
	Mai	101,7	103,6	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,6	105,6	106,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,7	99,4	99,2	0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6
	August	102,5	105,0	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,8	106,8	107,8	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,9	+ 3,0	99,7	99,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,9
	November	103,2	106,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 2,7	+ 3,7	108,0	109,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 3,6	+ 4,0	100,3	99,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,3

1) einschließlich Mehrwertsteuer

das NLS informiert: KONJUNKTUR AKTUELL ... das NLS informiert: KONJUNKT



1) Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. - 2) Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat.

das NLS informiert: KONJUNKTUR AKTUELL ... das NLS informiert: KONJUNKT

Merkmal	Maßeinheit	Niedersachsen						Deutschland					
		Monat	Wert	Veränderungsrate ¹⁾			Monat	Wert	Veränderungsrate ¹⁾				
				Vorjahresmonat	3-Monatsvergleich mit Vorjahreszeitraum	Kumulierter Jahresteil im Vorjahresvergleich			Vorjahresmonat	3-Monatsvergleich mit Vorjahreszeitraum	Kumulierter Jahresteil im Vorjahresvergleich		
												%	
Produzierendes Gewerbe													
Auftragseingänge													
Verarbeitendes Gewerbe													
Insgesamt	2000 = 100	11/06	122,4	+4,7	+3,4	+9,9	11/06	132,5	+8,2	+9,2	+11,3		
dar.: Investitionsgüter	2000 = 100	11/06	123,7	+1,2	-0,6	+8,1	11/06	134,1	+3,9	+5,9	+10,9		
dar.: Straßenfahrzeugbau	2000 = 100	11/06	114,5	+10,4	+0,6	+4,0	11/06	140,8	+3,2	+4,7	+10,8		
Inland	2000 = 100	11/06	124,5	+10,7	+9,8	+9,5	11/06	120,7	+10,0	+11,1	+9,2		
Ausland	2000 = 100	11/06	119,9	-2,0	-3,8	+10,4	11/06	147,3	+6,3	+7,2	+13,3		
Bauhauptgewerbe	2000 = 100	11/06	91,1	+12,5	-1,9	+5,8	11/06	71,3	+4,5	+2,8	+6,2		
Umsätze													
Verarbeitendes Gewerbe													
dav.: Inland	Mio. Euro	11/06	16 786,8	+15,2	+8,5	+8,8	11/06	147 835,4	+8,1	+6,7	+6,9		
Ausland	Mio. Euro	11/06	9 774,0	+14,2	+7,1	+7,1	11/06	85 739,7	+6,5	+4,5	+4,3		
Bauhauptgewerbe	Mio. Euro	11/06	7 012,8	+16,8	+10,4	+11,4	11/06	62 095,7	+10,4	+9,8	+10,7		
Bauhauptgewerbe	Mio. Euro	11/06	977,1	+20,7	+17,6	+11,0	11/06	8 881,2	+13,4	+11,0	+7,1		
Beschäftigte													
Verarbeitendes Gewerbe													
Bauhauptgewerbe	Anzahl	11/06	510 577	-1,7	-1,4	-1,3	11/06	5 933 645	+0,1	-0,1	-0,6		
Bauhauptgewerbe	Anzahl	11/06	73 663	+2,9	+2,4	+0,3	11/06	733 888	+0,6	+0,6	-1,1		
Bruttolohn- und -gehaltssumme													
Verarbeitendes Gewerbe													
absolut	Mio. Euro	11/06	2 068,6	+4,7	+10,1	+3,6	11/06	23 867,8	+1,0	+1,9	+1,7		
je Beschäftigten	Euro	11/06	4 052	+6,5	+11,6	+5,0	11/06	4 023	+0,9	+1,9	+2,3		
Bauhauptgewerbe													
absolut	Mio. Euro	11/06	202,5	+5,6	+4,3	+1,9	11/06	1 843,6	+2,9	+1,9	-0,4		
je Beschäftigten	Euro	11/06	2 749	+2,7	+1,9	+1,4	11/06	2 512	+2,3	+1,3	+0,5		
Handel und Gastgewerbe													
Umsatzentwicklung (real)													
Einzelhandel ²⁾	2003 = 100	11/06	115,7	-0,6	-0,3	+0,1	11/06	111,5	+2,7	+2,2	+1,4		
Großhandel	2003 = 100	11/06	109,9	+1,9	+2,8	+2,8	11/06	120,1	+3,8	+3,8	+3,4		
Gastgewerbe	2003 = 100	11/06	79,1	-0,6	+1,9	+0,3	11/06	88,6	+0,3	+1,0	+0,1		
Beschäftigtenentwicklung													
Einzelhandel ²⁾	2003 = 100	11/06	108,7	-0,6	-1,0	-1,0	11/06	102,5	-0,5	-0,6	-0,8		
Großhandel	2003 = 100	11/06	92,8	-0,1	+0,3	-0,2	11/06	95,3	+0,3	+0,0	-0,4		
Gastgewerbe	2003 = 100	11/06	100,1	+3,6	+1,9	+1,0	11/06	101,2	+1,4	+0,5	-0,1		
Übernachtungen	1 000	11/06	1 840	+1,3	+3,2	+1,8	11/06	21 341	+3,9	+4,0	+2,0		
Außenhandel													
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mio. Euro	11/06	6 832,4	+26,9	+17,8	+11,9	11/06	85 156,6	+19,1	+18,7	+14,3		
Einfuhr (Generalhandel)	Mio. Euro	11/06	5 648,1	+7,4	+10,1	+20,6	11/06	66 996,6	+14,4	+16,4	+18,0		
Preise													
Verbraucherpreisindex	2000 = 100	12/06	110,6	+1,2	+0,9	+1,4	12/06	111,1	+1,4	+1,3	+1,7		

das NLS informiert: KONJUNKTUR AKTUELL ... das NLS informiert: KONJUNKT

Merkmal	Maßeinheit	Niedersachsen					Deutschland				
		Monat	Wert	Veränderungsrate ¹⁾			Monat	Wert	Veränderungsrate ¹⁾		
				Vorjahresmonat	3-Monatsvergleich mit Vorjahreszeitraum	Kumulierter Jahresteil im Vorjahresvergleich			Vorjahresmonat	3-Monatsvergleich mit Vorjahreszeitraum	Kumulierter Jahresteil im Vorjahresvergleich

Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ³⁾											
Insgesamt	1 000	11/06	2 362,8	+1,5	+1,3	+0,5	11/06	26 951,3	+1,6	+1,5	+0,5
Arbeitsmarkt											
Arbeitslose	Anzahl	01/07	396 877	-16,1	-14,6	-16,1	01/07	4 246 606	-15,3	-13,4	-15,3
Arbeitslosenquote ⁴⁾											
insgesamt	%	01/07	11,1	-2,3	-2,0	-2,3	01/07	11,4	-2,1	-1,8	-2,1
Frauen	%	01/07	11,4	-1,5	-1,3	-1,5	01/07	11,5	-1,3	-1,1	-1,3
Jüngere ⁵⁾	%	01/07	9,7	-3,6	-3,3	-3,6	01/07	9,2	-2,6	-2,2	-2,6
Langzeitarbeitslose ⁶⁾	Anzahl	01/07	134 556	-9,6	-17,9	-9,6	12/06	X	X	X	X

Gewerbemeldungen und Insolvenzen

Gewerbemeldungen											
Neugründung	Anzahl	11/06	5 294	-0,1	-3,8	-1,4	10/06	60 360	-0,7	-5,1	-1,4
dar.: Betriebsgründung	Anzahl	11/06	1 300	+5,5	-4,7	-7,1	10/06	12 797	-0,6	-5,5	-4,7
Vollständige Aufgabe	Anzahl	11/06	4 044	-1,7	+1,1	+1,2	10/06	44 929	+6,3	+3,3	+1,4
dar.: Betriebsaufgabe	Anzahl	11/06	910	-5,6	-3,3	-6,0	10/06	9 694	+0,5	-2,8	-4,6
Insolvenzen											
Unternehmensinsolvenzen	Anzahl	11/06	226	-8,5	-6,6	-10,8	11/06	2 326	-17,6	-17,5	-17,3
Voraussichtliche Forderungen	Mio. Euro	11/06	62,7	-30,8	-35,4	-9,4	11/06	2 045,2	+27,9	+21,8	-14,4

Gewerbemeldungen und Insolvenzen im Abschnitt *Unternehmensnahe Dienstleistungen* (Abschnitt K)

Gewerbemeldungen											
Neugründung	Anzahl	11/06	1 215	-4,3	-8,4	-6,4	10/06	15 806	-1,0	-5,8	-1,3
dar.: Betriebsgründung	Anzahl	11/06	277	+9,5	-6,8	-11,4	10/06	3 079	+5,6	-1,5	+0,0
Vollständige Aufgabe	Anzahl	11/06	860	-3,2	-4,1	+0,0	10/06	10 236	+4,9	+2,9	+0,9
dar.: Betriebsaufgabe	Anzahl	11/06	164	-4,7	-11,5	-8,5	10/06	1 891	+0,4	-1,8	-3,1
Insolvenzen											
Unternehmensinsolvenzen	Anzahl	11/06	57	+11,8	-5,6	-7,8	11/06	539	-17,6	-19,2	-16,2
Voraussichtliche Forderungen	Mio. Euro	11/06	19,1	+34,1	+39,2	+90,2	11/06	1 027,0	+83,2	+70,3	+13,1

1) In der Spalte "3-Monatsvergleich" wird die prozentuale Zu- oder Abnahme des Durchschnitts der letztverfügbaren 3 Monate des Berichtsjahres zu dem Durchschnitt der entsprechenden 3 Vorjahresmonate nachgewiesen. Die Spalte "Kumulierter Jahresteil" weist die prozentuale Veränderung des Durchschnitts der Monate Januar bis Berichtsmont des Berichtsjahres zu dem Durchschnitt des gleichen Zeitraums des Vorjahres aus. Der Nachweis der Veränderungen der Arbeitslosenquoten erfolgt in Prozentpunkten.

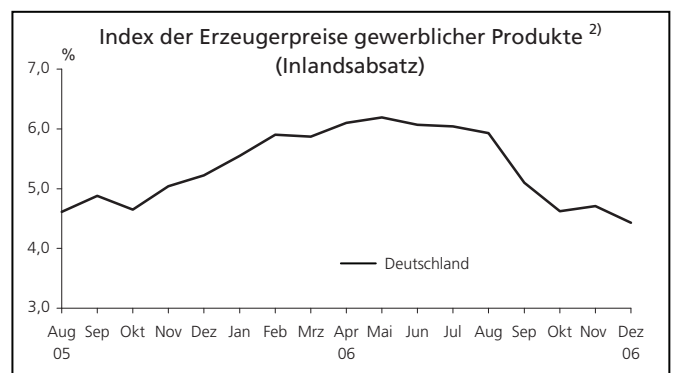
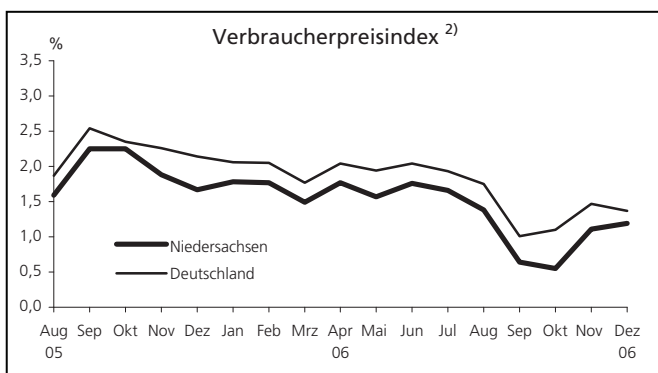
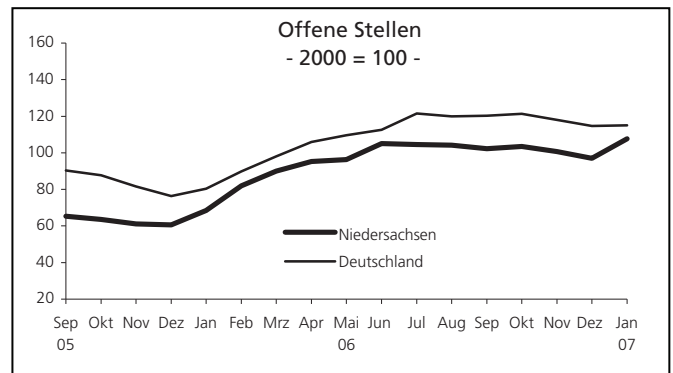
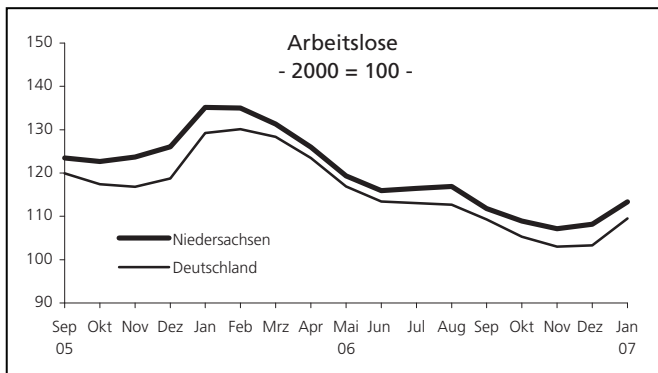
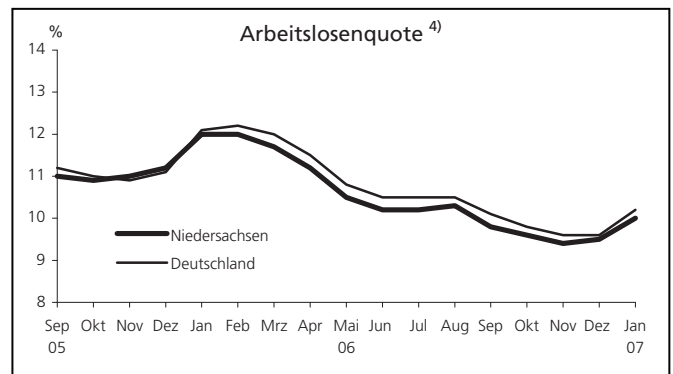
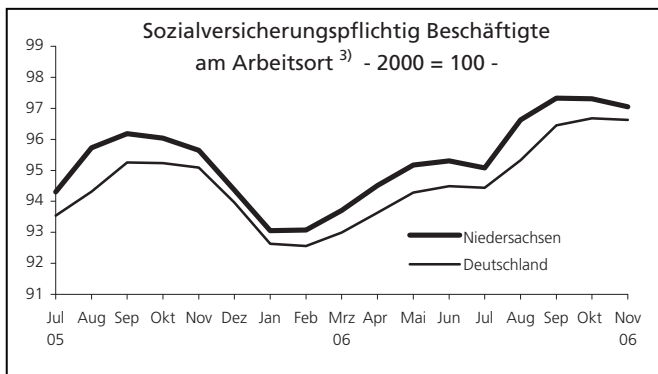
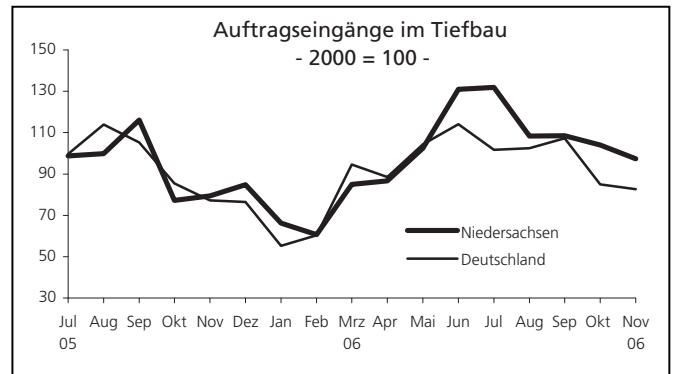
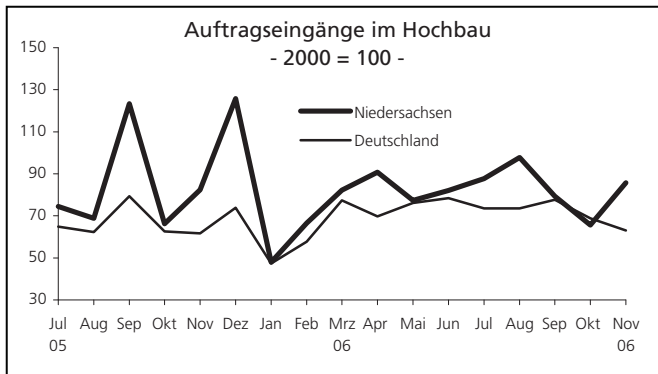
2) Insgesamt.

3) Am Arbeitsort am Ende des Berichtsmonats; Vorjahres- und Vormonatsvergleiche sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich (- Effekt bei der Gesamtzahl). - Quelle aller erwerbsstatistischen Angaben: Bundesagentur für Arbeit.

4) Abhängige zivile Erwerbspersonen.

5) unter 25 Jahre.

6) über 1 Jahr arbeitslos. Wegen unvollständiger Meldungen der Optionskommunen z.Z. kein Wert für Deutschland ausweisbar.



2) Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat. - 3) Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. - 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

Bevölkerung

Bevölkerungsveränderungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen im September 2006 ¹⁾

Schl. Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Bezirk Land	Bevölkerungs- stand am 01.09.2006	Natürliche Bevölkerungsbewegung				Wanderungen über Kreisgrenzen			Zu- (+) oder Abnahme (-) insgesamt	Bevölkerungs- stand am 30.09.2006
			Lebend- geborene	darunter Ausländer	Gestorbene	Geburten- überschuss (+) oder -defizit (-)	Zugezogene	Fort- gezogene	Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)		
101	Braunschweig, Stadt	245 139	179	8	219	- 40	815	1 011	- 196	- 236	244 903
102	Salzgitter, Stadt	107 085	72	2	91	- 19	250	328	- 78	- 97	106 988
103	Wolfsburg, Stadt ³⁾	120 799	85	3	98	- 13	420	496	- 76	- 89	120 709
151	Gifhorn	175 213	143	1	122	+ 21	535	522	+ 13	+ 34	175 247
152	Göttingen ³⁾	260 775	161	9	176	- 15	2 047	1 800	+ 247	+ 232	261 011
153	Goslar ³⁾	150 402	75	6	148	- 73	400	545	- 145	- 218	150 185
154	Helmstedt	97 320	57	-	86	- 29	269	273	- 4	- 33	97 287
155	Northeim	146 002	82	3	127	- 45	360	444	- 84	- 129	145 873
156	Osterode am Harz	81 419	51	1	92	- 41	184	223	- 39	- 80	81 339
157	Peine	134 368	107	1	105	+ 2	341	327	+ 14	+ 16	134 384
158	Wolfenbüttel	125 722	80	2	83	- 3	408	416	- 8	- 11	125 711
1	Braunschweig ³⁾	1 644 244	1 092	36	1 347	-255	6 029	6 385	- 356	- 611	1 643 637
241	Region Hannover ³⁾	1 128 660	796	38	866	- 70	3 126	3 025	+ 101	+ 31	1 128 692
241001	dar.: Hannover, Landeshauptstadt ^{2) 3)}	515 934	391	33	420	- 29	2 460	2 414	+ 46	+ 17	515 957
251	Diepholz ³⁾	215 750	141	1	168	- 27	593	723	- 130	- 157	215 594
252	Hameln-Pyrmont	159 160	106	10	149	- 43	392	508	- 116	- 159	159 001
254	Hildesheim	289 517	200	8	225	- 25	1 071	736	+ 335	+ 310	289 827
255	Holzminden	77 260	40	2	82	- 42	186	255	- 69	- 111	77 149
256	Nienburg (Weser)	125 997	87	4	110	- 23	340	611	- 271	- 294	125 703
257	Schaumburg	165 393	118	6	153	- 35	515	544	- 29	- 64	165 329
2	Hannover ³⁾	2 161 737	1 488	69	1 753	- 265	6 223	6 402	- 179	- 444	2 161 295
351	Celle ³⁾	182 177	150	3	153	- 3	460	539	- 79	- 82	182 094
352	Cuxhaven	204 656	124	5	200	- 76	591	686	- 95	- 171	204 485
353	Harburg	242 272	167	4	157	+ 10	894	733	+ 161	+ 171	242 443
354	Lüchow-Dannenberg	51 109	42	2	48	- 6	154	212	- 58	- 64	51 045
355	Lüneburg ³⁾	175 510	145	3	127	+ 18	748	808	- 60	- 42	175 469
356	Osterholz	112 468	61	6	96	- 35	445	390	+ 55	+ 20	112 488
357	Rotenburg (Wümme)	164 851	113	-	125	- 12	550	521	+ 29	+ 17	164 868
358	Soltau-Fallingb. ³⁾	142 368	106	4	120	- 14	374	510	- 136	- 150	142 219
359	Stade	197 000	137	5	148	- 11	748	631	+ 117	+ 106	197 106
360	Uelzen	96 722	56	1	93	- 37	291	272	+ 19	- 18	96 704
361	Verden	133 994	91	3	99	- 8	413	407	+ 6	- 2	133 992
3	Lüneburg ³⁾	1 703 127	1 192	36	1 366	- 174	5 668	5 709	- 41	- 215	1 702 913
401	Delmenhorst, Stadt	75 453	71	-	62	+ 9	255	306	- 51	- 42	75 411
402	Emden, Stadt	51 608	38	-	37	+ 1	328	274	+ 54	+ 55	51 663
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	158 749	124	12	113	+ 11	883	891	- 8	+ 3	158 752
404	Osnabrück, Stadt	163 067	115	6	133	- 18	889	874	+ 15	- 3	163 064
405	Wilhelmshaven, Stadt	83 044	67	-	81	- 14	443	429	+ 14	-	83 044
451	Ammerland	116 361	90	-	73	+ 17	481	372	+ 109	+ 126	116 487
452	Aurich	190 408	158	4	145	+ 13	510	501	+ 9	+ 22	190 430
453	Cloppenburg ³⁾	156 922	146	2	89	+ 57	836	1 316	- 480	- 423	156 501
454	Emsland	311 631	248	6	206	+ 42	1 043	999	+ 44	+ 86	311 717
455	Friesland ³⁾	101 359	66	2	76	- 10	374	393	- 19	- 29	101 331
456	Grafschaft Bentheim	134 761	110	6	93	+ 17	346	305	+ 41	+ 58	134 819
457	Leer	165 240	117	1	116	+ 1	461	415	+ 46	+ 47	165 287
458	Oldenburg	126 028	86	1	95	- 9	487	438	+ 49	+ 40	126 068
459	Osnabrück ³⁾	359 487	244	2	285	- 41	1 032	1 037	- 5	- 46	359 439
460	Vechta	133 924	115	5	78	+ 37	431	698	- 267	- 230	133 694
461	Wesermarsch	93 427	36	1	72	- 36	258	310	- 52	- 88	93 339
462	Wittmund	57 983	36	1	52	- 16	232	222	+ 10	- 6	57 977
4	Weser-Ems ³⁾	2 479 452	1 867	49	1 806	+ 61	9 289	9 780	- 491	- 430	2 479 023
	Niedersachsen ³⁾	7 988 560	5 639	190	6 272	- 633	27 209	28 276	- 1 067	- 1 700	7 986 868
	dav.: männlich	3 917 427	2 940	98	2 933	+ 7	13 943	14 724	- 781	- 774	3 916 658
	weiblich	4 071 133	2 699	92	3 339	- 640	13 266	13 552	- 286	- 926	4 070 210
Kreisangehörige Städte mit rund 50 000 und mehr Einwohnern ²⁾											
152012	Göttingen, Stadt	121 027	72	7	72	-	1 039	944	+ 95	+ 95	121 122
153005	Goslar, Stadt	43 033	24	3	46	- 22	166	229	- 63	- 85	42 948
157006	Peine, Stadt	49 873	51	1	33	+ 18	167	173	- 6	+ 12	49 885
158037	Wolfenbüttel, Stadt	54 290	31	2	40	- 9	227	247	- 20	- 29	54 261
241005	Garbsen, Stadt	63 097	32	-	40	- 8	234	286	- 52	- 60	63 037
241010	Langenhagen, Stadt ³⁾	51 155	35	-	40	- 5	305	227	+ 78	+ 73	51 227
252006	Hameln, Stadt	58 714	43	4	57	- 14	251	319	- 68	- 82	58 632
254021	Hildesheim, Stadt	102 406	72	2	93	- 21	853	469	+ 384	+ 363	102 769
351006	Celle, Stadt	71 357	64	2	64	-	262	351	- 89	- 89	71 268
352011	Cuxhaven, Stadt	52 115	21	-	53	- 32	166	210	- 44	- 76	52 039
355022	Lüneburg, Stadt ³⁾	71 766	66	2	52	+ 14	571	629	- 58	- 44	71 724
359038	Stade, Stadt	45 955	35	2	33	+ 2	207	213	- 6	- 4	45 951
454032	Lingen (Ems), Stadt	51 538	31	1	38	- 7	186	195	- 9	- 16	51 522
456015	Nordhorn, Stadt	53 198	40	1	38	+ 2	151	151	-	+ 2	53 200
459024	Melle, Stadt	46 618	34	1	34	-	162	128	+ 34	+ 34	46 652

¹⁾ vorläufiges Ergebnis. - ²⁾ Spalten 6 bis 8: Wanderungen über Stadtgrenzen. - ³⁾ Gebiet weist eine durch Bestandsänderung bedingte Bevölkerungsabnahme/-zunahme auf.

Bevölkerungsveränderungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen im 3. Vierteljahr 2006 ¹⁾

Schl.-Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Bezirk Land	Bevölkerungsstand am 01.07.2006			Bevölkerungszu(+) oder - abnahme(-)				Bevölkerungsstand am 30.09.2006		
		insgesamt	davon		insgesamt	davon		auf 1000 der Bevölkerung am 01.07.2006	insgesamt	davon	
			männlich	weiblich		männlich	weiblich			männlich	weiblich
101	Braunschweig, Stadt ²⁾	245 141	120 149	124 992	- 240	- 105	- 135	- 1,0	244 903	120 045	124 858
102	Salzgitter, Stadt	107 267	52 291	54 976	- 279	- 114	- 165	- 2,6	106 988	52 177	54 811
103	Wolfsburg, Stadt ²⁾	120 881	59 236	61 645	- 170	- 115	- 55	- 1,4	120 709	59 120	61 589
151	Gifhorn	175 107	87 325	87 782	+ 140	+ 61	+ 79	+ 0,8	175 247	87 386	87 861
152	Göttingen ²⁾	261 265	127 326	133 939	- 259	- 84	- 175	- 1,0	261 011	127 244	133 767
153	Goslar ²⁾	150 723	73 341	77 382	- 540	- 242	- 298	- 3,6	150 185	73 100	77 085
154	Helmstedt	97 388	47 830	49 558	- 101	- 43	- 58	- 1,0	97 287	47 787	49 500
155	Northeim	146 247	71 424	74 823	- 374	- 122	- 252	- 2,6	145 873	71 302	74 571
156	Osterode am Harz	81 502	39 504	41 998	- 163	- 75	- 88	- 2,0	81 339	39 429	41 910
157	Peine ²⁾	134 452	66 053	68 399	- 67	- 57	- 10	- 0,5	134 384	65 995	68 389
158	Wolfenbüttel ²⁾	125 998	61 579	64 419	- 289	- 126	- 163	- 2,3	125 711	61 453	64 258
1	Braunschweig ²⁾	1 645 971	806 058	839 913	- 2 342	- 1 022	- 1 320	- 1,4	1 643 637	805 038	838 599
241	Region Hannover ²⁾	1 127 908	545 584	582 324	+ 791	+ 424	+ 367	+ 0,7	1 128 692	546 009	582 683
241 001	dar.: Hannover, Landeshauptstadt ²⁾	515 559	247 341	268 218	+ 389	+ 273	+ 116	+ 0,8	515 957	247 619	268 338
251	Diepholz ²⁾	217 963	108 563	109 400	- 2 374	- 1 588	- 786	- 10,9	215 594	106 980	108 614
252	Hameln - Pyrmont	159 301	76 305	82 996	- 300	- 105	- 195	- 1,9	159 001	76 200	82 801
254	Hildesheim	289 938	140 218	149 720	- 111	- 53	- 58	- 0,4	289 827	140 165	149 662
255	Holzminde ²⁾	77 412	37 801	39 611	- 263	- 112	- 151	- 3,4	77 149	37 688	39 461
256	Nienburg (Weser)	127 318	63 369	63 949	- 1 615	- 950	- 665	- 12,7	125 703	62 419	63 284
257	Schaumburg	165 419	80 392	85 027	- 90	+ 26	- 116	- 0,5	165 329	80 418	84 911
2	Hannover ²⁾	2 165 259	1 052 232	1 113 027	- 3 962	- 2 358	- 1 604	- 1,8	2 161 295	1 049 879	1 111 416
351	Celle ²⁾	182 185	88 905	93 280	- 90	- 43	- 47	- 0,5	182 094	88 861	93 233
352	Cuxhaven ²⁾	204 764	100 469	104 295	- 280	- 132	- 148	- 1,4	204 485	100 339	104 146
353	Harburg	242 060	118 595	123 465	+ 383	+ 168	+ 215	+ 1,6	242 443	118 763	123 680
354	Lüchow - Dannenberg	51 206	25 071	26 135	- 161	- 90	- 71	- 3,1	51 045	24 981	26 064
355	Lüneburg ²⁾	175 615	85 549	90 066	- 146	- 6	- 140	- 0,8	175 469	85 542	89 927
356	Osterholz ²⁾	112 587	55 432	57 155	- 100	- 49	- 51	- 0,9	112 488	55 384	57 104
357	Rotenburg (Wümme) ²⁾	164 725	82 253	82 472	+ 141	+ 59	+ 82	+ 0,9	164 868	82 313	82 555
358	Soltau - Fallingb. ²⁾	142 404	70 855	71 549	- 187	- 139	- 48	- 1,3	142 219	70 718	71 501
359	Stade	196 945	97 838	99 107	+ 161	+ 85	+ 76	+ 0,8	197 106	97 923	99 183
360	Uelzen	96 667	46 809	49 858	+ 37	+ 26	+ 11	+ 0,4	96 704	46 835	49 869
361	Verden ²⁾	134 013	65 846	68 167	- 22	- 7	- 15	- 0,2	133 992	65 840	68 152
3	Lüneburg ²⁾	1 703 171	837 622	865 549	- 264	- 128	- 136	- 0,2	1 702 913	837 499	865 414
401	Delmenhorst, Stadt	75 672	37 193	38 479	- 261	- 156	- 105	- 3,4	75 411	37 037	38 374
402	Emden, Stadt	51 692	25 530	26 162	- 29	+ 39	- 68	- 0,6	51 663	25 569	26 094
403	Oldenburg (Oldb), Stadt ²⁾	158 600	76 316	82 284	+ 153	+ 119	+ 34	+ 1,0	158 752	76 433	82 319
404	Osnabrück, Stadt ²⁾	163 357	77 849	85 508	- 295	- 148	- 147	- 1,8	163 064	77 701	85 363
405	Wilhelmshaven, Stadt ²⁾	83 238	41 653	41 585	- 192	- 84	- 108	- 2,3	83 044	41 568	41 476
451	Ammerland	116 314	57 142	59 172	+ 173	+ 39	+ 134	+ 1,5	116 487	57 181	59 306
452	Aurich ²⁾	190 257	92 695	97 562	+ 171	+ 98	+ 73	+ 0,9	190 430	92 795	97 635
453	Cloppenburg ²⁾	156 828	79 000	77 828	- 330	- 241	- 89	- 2,1	156 501	78 762	77 739
454	Emsland	311 120	156 379	154 741	+ 597	+ 365	+ 232	+ 1,9	311 717	156 744	154 973
455	Friesland ²⁾	101 292	49 447	51 845	+ 37	+ 43	- 6	+ 0,4	101 331	49 490	51 841
456	Grafschaft Bentheim	134 632	66 725	67 907	+ 187	+ 119	+ 68	+ 1,4	134 819	66 844	67 975
457	Leer ²⁾	165 261	81 341	83 920	+ 23	- 25	+ 48	+ 0,1	165 287	81 317	83 970
458	Oldenburg ²⁾	125 893	62 388	63 505	+ 174	+ 85	+ 89	+ 1,4	126 068	62 473	63 595
459	Osnabrück ²⁾	359 508	179 008	180 500	- 66	+ 17	- 83	- 0,2	359 439	179 023	180 416
460	Vechna ²⁾	137 402	67 709	69 693	- 3 709	- 1 034	- 2 675	- 27,0	133 694	66 676	67 018
461	Wesermarsch ²⁾	93 441	46 275	47 166	- 101	- 13	- 88	- 1,1	93 339	46 261	47 078
462	Wittmund	58 034	28 373	29 661	- 57	- 5	- 52	- 1,0	57 977	28 368	29 609
4	Weser - Ems ²⁾	2 482 541	1 225 023	1 257 518	- 3 525	- 782	- 2 743	- 1,4	2 479 023	1 224 242	1 254 781
	Niedersachsen ²⁾	7 996 942	3 920 935	4 076 007	- 10 093	- 4 290	- 5 803	- 1,3	7 986 868	3 916 658	4 070 210
Kreisangehörige Städte mit rund 50 000 und mehr Einwohnern											
152 012	Göttingen, Stadt ²⁾	121 531	58 850	62 681	- 411	- 135	- 276	- 3,4	121 122	58 715	62 407
153 005	Goslar, Stadt	43 058	20 540	22 518	- 110	- 45	- 65	- 2,6	42 948	20 495	22 453
157 006	Peine, Stadt	49 924	24 219	25 705	- 39	- 12	- 27	- 0,8	49 885	24 207	25 678
158 037	Wolfenbüttel, Stadt	54 344	26 302	28 042	- 83	- 42	- 41	- 1,5	54 261	26 260	28 001
241 005	Garbsen, Stadt	63 073	30 674	32 399	- 36	- 55	+ 19	- 0,6	63 037	30 619	32 418
241 010	Langenhagen, Stadt ²⁾	51 004	24 681	26 323	+ 229	+ 144	+ 85	+ 4,5	51 227	24 823	26 404
252 006	Hameln, Stadt	58 696	27 947	30 749	- 64	- 34	- 30	- 1,1	58 632	27 913	30 719
254 021	Hildesheim, Stadt	102 486	48 328	54 158	+ 283	+ 137	+ 146	+ 2,8	102 769	48 465	54 304
351 006	Celle, Stadt	71 385	34 004	37 381	- 117	- 36	- 81	- 1,6	71 268	33 968	37 300
352 011	Cuxhaven, Stadt	52 177	24 985	27 192	- 138	- 60	- 78	- 2,6	52 039	24 925	27 114
355 022	Lüneburg, Stadt ²⁾	71 909	34 533	37 376	- 186	+ 4	- 190	- 2,6	71 724	34 536	37 188
359 038	Stade, Stadt	45 949	22 117	23 832	+ 2	+ 9	- 7	+ 0,0	45 951	22 126	23 825
454 032	Lingen (Ems), Stadt	51 428	25 393	26 035	+ 94	+ 43	+ 51	+ 1,8	51 522	25 436	26 086
456 015	Nordhorn, Stadt	53 159	25 976	27 183	+ 41	+ 30	+ 11	+ 0,8	53 200	26 006	27 194
459 024	Melle, Stadt	46 538	22 835	23 703	+ 114	+ 41	+ 73	+ 2,4	46 652	22 876	23 776

1) vorläufiges Ergebnis. - 2) Gebiet weist eine durch Bestandsänderung bedingte Bevölkerungsabnahme/-zunahme und/oder Veränderung der Geschlechterverteilung auf.

Natürliche Bevölkerungsbewegungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen im 3. Vierteljahr 2006 ¹⁾

Schl.-Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Bezirk Land	Eheschlie- Bungen	Lebendgeborene				Totgebo- rene	Gestorbene (ohne Totgeborene)				Geburten- überschuß(+) oder -defizit(-) insgesamt
			insgesamt	davon		nichtte- lich		insgesamt	davon		im ersten Lebens- jahr	
				männlich	weiblich				männlich	weiblich		
101	Braunschweig, Stadt	393	546	310	236	196	2	702	311	391	2	- 156
102	Salzgitter, Stadt	107	224	122	102	61	-	290	132	158	1	- 66
103	Wolfsburg, Stadt	227	235	120	115	57	-	311	163	148	1	- 76
151	Gifhorn	277	427	225	202	100	5	359	186	173	-	+ 68
152	Göttingen	401	542	283	259	136	1	637	287	350	1	- 95
153	Goslar	237	248	123	125	69	1	482	222	260	1	- 234
154	Helmstedt	153	186	96	90	55	1	280	147	133	1	- 94
155	Northeim	250	263	159	104	65	2	416	190	226	2	- 153
156	Osterode am Harz	155	152	77	75	48	-	255	126	129	-	- 103
157	Peine	186	294	149	145	69	1	363	161	202	-	- 69
158	Wolfenbüttel	230	250	117	133	65	-	314	137	177	2	- 64
1	Braunschweig	2 616	3 367	1 781	1 586	921	13	4 409	2 062	2 347	11	-1 042
241	Region Hannover	1 699	2 544	1 308	1 236	663	6	2 744	1 227	1 517	7	- 200
241 001	dar.: Hannover, Landeshauptstadt	.	1 283	665	618	...	4	1 283	545	738	...	-
251	Diepholz	365	442	211	231	95	-	544	234	310	3	- 102
252	Hameln - Pyrmont	259	326	175	151	91	1	480	223	257	1	- 154
254	Hildesheim	426	607	313	294	192	5	840	370	470	1	- 233
255	Holzminde	103	140	71	69	36	-	244	110	134	-	- 104
256	Nienburg (Weser)	216	294	155	139	103	-	351	161	190	1	- 57
257	Schaumburg	247	365	203	162	96	5	476	194	282	3	- 111
2	Hannover	3 315	4 718	2 436	2 282	1 276	17	5 679	2 519	3 160	16	-961
351	Celle	349	404	206	198	113	1	474	233	241	1	- 70
352	Cuxhaven	420	390	218	172	115	1	588	281	307	5	- 198
353	Harburg	406	521	267	254	143	1	537	254	283	-	- 16
354	Lüchow - Dannenberg	94	114	65	49	48	-	194	83	111	1	- 80
355	Lüneburg	331	415	216	199	123	1	419	194	225	1	- 4
356	Osterholz	230	230	131	99	62	-	315	148	167	-	- 85
357	Rotenburg (Wümme)	262	385	191	194	94	1	366	179	187	2	+ 19
358	Soltau - Fallingb.ostel	264	328	171	157	88	-	376	197	179	1	- 48
359	Stade	382	420	225	195	105	-	433	203	230	3	- 13
360	Uelzen	157	197	99	98	47	-	286	135	151	-	- 89
361	Verden	194	278	139	139	65	-	331	135	196	2	- 53
3	Lüneburg	3 089	3 682	1 928	1 754	1 003	5	4 319	2 042	2 277	16	-637
401	Delmenhorst, Stadt	105	168	91	77	49	1	200	107	93	3	- 32
402	Emden, Stadt	76	122	71	51	43	1	153	69	84	2	- 31
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	293	389	197	192	144	-	357	166	191	1	+ 32
404	Osnabrück, Stadt	234	339	179	160	112	-	419	189	230	1	- 80
405	Wilhelmshaven, Stadt	130	165	89	76	75	-	233	105	128	-	- 68
451	Ammerland	215	256	129	127	55	-	242	124	118	1	+ 14
452	Aurich	509	411	209	202	134	1	475	225	250	1	- 64
453	Cloppenburg	224	425	221	204	80	4	302	166	136	-	+ 123
454	Emsland	488	765	385	380	148	3	628	310	318	3	+ 137
455	Friesland	341	192	94	98	60	2	242	96	146	1	- 50
456	Grafschaft Bentheim	224	343	171	172	60	1	302	145	157	5	+ 41
457	Leer	303	331	165	166	67	1	394	191	203	1	- 63
458	Oldenburg	202	271	130	141	76	1	274	129	145	-	- 3
459	Osnabrück	498	829	425	404	182	5	802	382	420	4	+ 27
460	Vechta	216	347	176	171	54	-	247	114	133	-	+ 100
461	Wesermarsch	148	186	94	92	50	-	246	126	120	4	- 60
462	Wittmund	159	113	53	60	37	1	146	67	79	-	- 33
4	Weser - Ems	4 365	5 652	2 879	2 773	1 426	21	5 662	2 711	2 951	27	- 10
	Niedersachsen	13 385	17 419	9 024	8 395	4 626	56	20 069	9 334	10 735	70	-2 650
	Kreisangehörige Städte mit rund 50 000 und mehr Einwohnern											
152 012	Göttingen, Stadt	.	259	139	120	...	1	261	117	144	...	- 2
153 005	Goslar, Stadt	.	83	44	39	...	1	125	56	69	...	- 42
157 006	Peine, Stadt	.	134	65	69	...	-	160	60	100	...	- 26
158 037	Wolfenbüttel, Stadt	.	114	51	63	...	-	139	63	76	...	- 25
241 005	Garbsen, Stadt	.	116	59	57	...	2	148	68	80	...	- 32
241 010	Langenhagen, Stadt	.	127	69	58	...	-	119	53	66	...	+ 8
252 006	Hameln, Stadt	.	137	74	63	...	-	181	90	91	...	- 44
254 021	Hildesheim, Stadt	.	218	120	98	...	4	306	125	181	...	- 88
351 006	Celle, Stadt	.	172	83	89	...	1	201	91	110	...	- 29
352 011	Cuxhaven, Stadt	.	75	47	28	...	-	161	79	82	...	- 86
355 022	Lüneburg, Stadt	.	172	94	78	...	1	179	82	97	...	- 7
359 038	Stade, Stadt	.	99	61	38	...	-	111	47	64	...	- 12
454 032	Lingen (Ems), Stadt	.	120	50	70	...	2	114	47	67	...	+ 6
456 015	Nordhorn, Stadt	.	135	64	71	...	1	125	57	68	...	+ 10
459 024	Melle, Stadt	.	118	66	52	...	-	101	50	51	...	+ 17

1) vorläufiges Ergebnis.

Wanderungen der kreisfreien Städte und Landkreise im 3. Vierteljahr 2006 ¹⁾

Schl.-Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Bezirk Land	Wanderungen									
		innerhalb der Kreise	über die Kreisgrenzen insgesamt			davon					
						innerhalb des Bundesgebietes			über die Grenzen des Bundesgebietes		
Wanderungs- fälle	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo		
101	Braunschweig, Stadt	-	3 102	3 186	- 84	2 613	2 725	- 112	489	461	+ 28
102	Salzgitter, Stadt	-	767	980	- 213	676	874	- 198	91	106	- 15
103	Wolfsburg, Stadt	-	1 375	1 469	- 94	1 109	1 180	- 71	266	289	- 23
151	Gifhorn	1 126	1 792	1 720	+ 72	1 583	1 529	+ 54	209	191	+ 18
152	Göttingen	1 179	5 271	5 435	- 164	2 391	4 746	- 2 355	2 880	689	+ 2 191
153	Goslar	588	1 350	1 656	- 306	1 145	1 421	- 276	205	235	- 30
154	Helmstedt	433	913	920	- 7	812	850	- 38	101	70	+ 31
155	Northeim	563	1 095	1 316	- 221	1 004	1 209	- 205	91	107	- 16
156	Osterode am Harz	432	617	677	- 60	568	633	- 65	49	44	+ 5
157	Peine	452	1 073	1 071	+ 2	994	957	+ 37	79	114	- 35
158	Wolfenbüttel	498	1 171	1 396	- 225	1 032	1 300	- 268	139	96	+ 43
1	Braunschweig	5 271	18 526	19 826	- 1 300	13 927	17 424	- 3 497	4 599	2 402	+ 2 197
241	Region Hannover	6 463	10 154	9 163	+ 991	7 961	7 463	+ 498	2 193	1 700	+ 493
241 001	dar.: Hannover, Landeshauptstadt ²⁾	-	7 857	7 468	+ 389	6 466	6 562	- 96	1 391	906	+ 485
251	Diepholz	1 121	2 098	4 370	- 2 272	1 750	1 851	- 101	348	2 519	- 2 171
252	Hameln - Pyrmont	671	1 333	1 479	- 146	1 081	1 221	- 140	252	258	- 6
254	Hildesheim	1 663	2 539	2 417	+ 122	2 213	2 069	+ 144	326	348	- 22
255	Holzminde	343	625	784	- 159	581	719	- 138	44	65	- 21
256	Nienburg (Weser)	807	1 248	2 806	- 1 558	970	994	- 24	278	1 812	- 1 534
257	Schaumburg	1 035	1 645	1 624	+ 21	1 456	1 430	+ 26	189	194	- 5
2	Hannover	12 103	19 642	22 643	- 3 001	16 012	15 747	+ 265	3 630	6 896	- 3 266
351	Celle	1 064	1 654	1 674	- 20	1 424	1 465	- 41	230	209	+ 21
352	Cuxhaven	1 136	1 975	2 057	- 82	1 742	1 711	+ 31	233	346	- 113
353	Harburg	1 312	2 910	2 511	+ 399	2 623	2 225	+ 398	287	286	+ 1
354	Lüchow - Dannenberg	411	521	602	- 81	446	503	- 57	75	99	- 24
355	Lüneburg	1 547	2 083	2 225	- 142	1 811	1 744	+ 67	272	481	- 209
356	Osterholz	312	1 273	1 288	- 15	1 177	1 174	+ 3	96	114	- 18
357	Rotenburg (Wümme)	918	1 835	1 713	+ 122	1 526	1 412	+ 114	309	301	+ 8
358	Soltau - Fallingb.ostel	728	1 393	1 532	- 139	1 244	1 319	- 75	149	213	- 64
359	Stade	1 379	2 463	2 289	+ 174	1 703	1 562	+ 141	760	727	+ 33
360	Uelzen	765	931	805	+ 126	859	743	+ 116	72	62	+ 10
361	Verden	659	1 473	1 442	+ 31	1 325	1 300	+ 25	148	142	+ 6
3	Lüneburg	10 231	18 511	18 138	+ 373	15 880	15 158	+ 722	2 631	2 980	- 349
401	Delmenhorst, Stadt	-	778	1 007	- 229	696	906	- 210	82	101	- 19
402	Emden, Stadt	-	744	742	+ 2	624	586	+ 38	120	156	- 36
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	-	2 829	2 708	+ 121	2 397	2 413	- 16	432	295	+ 137
404	Osnabrück, Stadt	-	2 560	2 775	- 215	2 290	2 418	- 128	270	357	- 87
405	Wilhelmshaven, Stadt	-	1 153	1 277	- 124	1 068	1 192	- 124	85	85	-
451	Ammerland	326	1 377	1 218	+ 159	1 290	1 050	+ 240	87	168	- 81
452	Aurich	1 191	1 801	1 566	+ 235	1 506	1 390	+ 116	295	176	+ 119
453	Cloppenburg	756	2 973	3 426	- 453	1 204	1 143	+ 61	1 769	2 283	- 514
454	Emsland	1 471	3 372	2 912	+ 460	2 040	1 915	+ 125	1 332	997	+ 335
455	Friesland	449	1 217	1 130	+ 87	1 094	1 017	+ 77	123	113	+ 10
456	Grafschaft Bentheim	425	1 182	1 036	+ 146	623	737	- 114	559	299	+ 260
457	Leer	955	1 517	1 431	+ 86	1 171	1 165	+ 6	346	266	+ 80
458	Oldenburg	430	1 683	1 506	+ 177	1 425	1 228	+ 197	258	278	- 20
459	Osnabrück	1 637	3 134	3 227	- 93	2 665	2 616	+ 49	469	611	- 142
460	Vechta	659	1 503	5 312	- 3 809	964	918	+ 46	539	4 394	- 3 855
461	Wesermarsch	417	844	885	- 41	679	779	- 100	165	106	+ 59
462	Wittmund	238	736	760	- 24	670	673	- 3	66	87	- 21
4	Weser - Ems Niedersachsen	8 954	29 403	32 918	- 3 515	22 406	22 146	+ 260	6 997	10 772	- 3 775
		36 559	86 082	93 525	- 7 443	68 225	70 475	- 2 250	17 857	23 050	- 5 193
		Kreisangehörige Städte mit rund 50 000 und mehr Einwohnern ²⁾									
152 012	Göttingen, Stadt	-	2 522	2 931	- 409	1 929	2 348	- 419	593	583	+ 10
153 005	Goslar, Stadt	-	574	642	- 68	529	559	- 30	45	83	- 38
157 006	Peine, Stadt	-	497	510	- 13	457	464	- 7	40	46	- 6
158 037	Wolfenbüttel, Stadt	-	705	763	- 58	612	709	- 97	93	54	+ 39
241 005	Garbsen, Stadt	-	817	821	- 4	744	711	+ 33	73	110	- 37
241 010	Langenhagen, Stadt	-	966	745	+ 221	877	680	+ 197	89	65	+ 24
252 006	Hameln, Stadt	-	825	845	- 20	684	737	- 53	141	108	+ 33
254 021	Hildesheim, Stadt	-	1 897	1 526	+ 371	1 676	1 331	+ 345	221	195	+ 26
351 006	Celle, Stadt	-	924	1 012	- 88	824	917	- 93	100	95	+ 5
352 011	Cuxhaven, Stadt	-	584	636	- 52	487	478	+ 9	97	158	- 61
355 022	Lüneburg, Stadt	-	1 574	1 753	- 179	1 387	1 367	+ 20	187	386	- 199
359 038	Stade, Stadt	-	714	700	+ 14	651	653	- 2	63	47	+ 16
454 032	Lingen (Ems), Stadt	-	687	599	+ 88	567	493	+ 74	120	106	+ 14
456 015	Nordhorn, Stadt	-	487	456	+ 31	366	403	- 37	121	53	+ 68
459 024	Melle, Stadt	-	519	422	+ 97	420	334	+ 86	99	88	+ 11

1) vorläufiges Ergebnis. - 2) Wanderungen über die Stadtgrenzen.

Bevölkerungsentwicklung im 3. Vierteljahr 2006
und Bevölkerungsstand am 30. September 2006 ¹⁾

Vorgang	Bevölkerung		
	insgesamt	männlich	weiblich
Bevölkerungsstand am 01.07.2006	7 996 942	3 920 935	4 076 007
Natürliche Bevölkerungsbewegung:			
Lebendgeborene			
Juli	5 559	2 884	2 675
August	6 221	3 200	3 021
September	5 639	2 940	2 699
im 3. Vierteljahr 2006	17 419	9 024	8 395
Gestorbene			
Juli	6 887	3 220	3 667
August	6 910	3 181	3 729
September	6 272	2 933	3 339
im 3. Vierteljahr 2006	20 069	9 334	10 735
Geburtenüberschuß(+)/-defizit(-)			
im 3. Vierteljahr 2006	- 2 650	- 310	- 2 340
Wanderungen über die Landesgrenze:			
Zugezogene			
Juli	16 327	8 552	7 775
August	18 725	9 688	9 037
September	16 077	8 394	7 683
im 3. Vierteljahr 2006	51 129	26 634	24 495
Fortgezogene			
Juli	18 474	10 042	8 432
August	22 954	11 397	11 557
September	17 144	9 175	7 969
im 3. Vierteljahr 2006	58 572	30 614	27 958
Wanderungssaldo			
im 3. Vierteljahr 2006	- 7 443	- 3 980	- 3 463
Bevölkerungszu(+)/-abnahme(-)			
im 3. Vierteljahr 2006	- 10 093	- 4 290	- 5 803
Bevölkerungsstand am 30.09.2006 ²⁾	7 986 868	3 916 658	4 070 210

1) vorläufiges Ergebnis. - 2) durch Bestandsänderung bedingte Bevölkerungsveränderung.

Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit

Arbeitslose Ende Dezember 2006 in den Landkreisen und kreisfreien Städten Niedersachsens und den Ländern Bremen und Hamburg

Schl.-Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Bezirk Land	Arbeitslose					Arbeitslosenquote ¹⁾ Ende Dezember 2006	Nachrichtlich:		
		Ende des Monats						Jahres- durchschnitt ¹⁾ 2005	Sozialversiche- rungspflichtig Beschäftigte ³⁾ am 31.12.2005	Bevölkerung am 31.12.2005
		Dez. 2005	März 2006	Juni 2006	Sept. 2006	Dez. 2006				
101	Braunschweig, Stadt	15 054	15 568	14 536	13 992	13 526	16 105	12,1	75 805	245 273
102	Salzgitter, Stadt	7 255	7 618	7 238	6 736	6 390	7 343	13,6	32 635	107 726
103	Wolfsburg, Stadt	6 557	6 684	6 223	5 799	5 865	6 487	10,4	42 063	121 199
151	Gifhorn	8 713	9 591	8 198	8 193	8 416	9 020	10,5	59 117	175 298
152	Göttingen	16 772	17 614	15 554	14 467	14 381	16 334	12,5	75 937	262 091
153	Goslar	9 183	9 614	8 471	8 081	7 929	9 374	12,7	41 374	151 452
154	Helmstedt	5 584	6 087	5 706	5 540	5 776	5 908	13,4	30 404	97 749
155	Northheim	8 441	8 996	7 698	7 441	7 156	8 966	11,1	44 033	146 690
156	Osterode am Harz	6 028	6 029	5 287	4 790	4 883	5 811	13,9	23 509	81 916
157	Peine	7 025	7 359	7 050	6 913	6 526	7 213	10,6	43 469	134 581
158	Wolfenbüttel	6 313	6 586	5 950	5 806	5 489	6 412	9,9	38 695	126 460
1	Braunschweig	96 925	101 746	91 911	87 758	86 337	X	X	507 041	1 650 435
241	Region Hannover	73 912	74 246	69 178	65 749	61 374	79 588	11,7	356 717	1 128 543
241001	Hannover, Landeshptst.	42 768	42 188	39 999	37 879	34 806	X	14,0	160 234	515 729
251	Diepholz	8 213	8 782	7 502	7 758	7 535	9 199	7,7	69 025	215 548
252	Harmeln-Pyrmont	10 045	10 755	9 561	8 946	8 712	11 124	12,4	47 077	159 840
254	Hildesheim	16 564	17 344	15 639	15 160	13 959	16 437	10,7	88 981	290 643
255	Holzminden	4 771	5 146	4 622	4 277	4 068	5 368	12,1	22 217	77 918
256	Nienburg (Weser)	6 352	6 738	5 794	5 744	5 583	6 775	10,0	38 105	125 870
257	Schaumburg	9 059	9 886	8 801	8 640	8 021	9 687	11,1	48 622	165 557
2	Hannover	128 916	132 897	121 097	116 274	109 252	X	X	670 744	2 163 919
351	Celle	10 206	10 429	9 296	8 992	8 510	10 524	10,9	52 665	182 444
352	Cuxhaven	11 571	11 825	10 291	9 967	9 955	11 902	11,3	58 212	205 276
353	Harburg	9 579	9 791	8 778	8 234	7 992	9 592	7,3	77 947	241 827
354	Lüchow-Dannenberg	3 494	3 646	3 219	3 192	3 136	3 853	15,8	12 434	51 352
355	Lüneburg	9 783	10 024	9 002	8 405	7 879	9 768	10,1	52 286	175 441
356	Osterholz	4 731	4 896	4 496	4 508	4 329	5 221	8,5	35 783	112 741
357	Rotenburg (Wümme)	7 133	7 851	6 622	6 651	6 410	7 454	8,6	52 300	164 875
358	Soi tau-Fallingb. b. St.	8 120	8 278	7 177	7 322	7 475	7 831	11,8	42 885	142 678
359	Stade	9 777	10 271	9 391	9 274	8 874	10 340	9,7	63 286	196 475
360	Uelzen	5 684	6 016	5 167	4 972	4 714	5 888	11,6	26 471	96 940
361	Verden	5 977	7 002	5 385	5 187	4 921	5 998	7,9	44 458	134 084
3	Lüneburg	86 055	90 029	78 824	76 704	74 195	X	X	518 727	1 704 133
401	Delmenhorst, Stadt	6 396	6 509	6 093	5 508	5 050	6 809	13,9	23 295	75 916
402	Emden, Stadt	3 451	3 735	3 568	3 519	3 379	3 313	15,9	13 716	51 693
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	10 052	10 508	9 710	9 761	9 012	11 079	12,4	45 870	158 565
404	Osnabrück, Stadt	9 194	9 390	8 367	8 246	7 906	10 167	10,9	47 445	163 814
405	Wilhelmshaven, Stadt	5 924	6 087	5 686	5 376	5 395	6 813	15,7	20 706	83 552
451	Ammerland	5 534	5 447	4 662	4 432	4 662	5 411	8,9	35 014	115 891
452	Aurich	11 508	12 359	10 285	10 325	10 946	11 375	13,8	50 631	190 128
453	Cloppenburg	6 718	8 097	5 707	5 660	5 923	7 253	8,7	45 792	155 642
454	Emsland	14 064	13 696	11 571	10 472	10 246	13 340	7,6	90 349	310 088
455	Friesland	5 548	5 780	4 976	4 696	4 845	5 806	11,4	27 597	101 412
456	Grafschaft Bentheim	6 027	6 467	5 386	4 716	4 367	5 938	7,5	37 560	134 442
457	Leer	11 673	11 118	8 175	8 209	7 850	10 499	11,5	42 602	165 056
458	Oldenburg	5 784	5 767	4 537	4 337	4 344	5 737	7,8	39 216	125 731
459	Osnabrück	14 508	15 934	14 066	14 003	13 060	15 088	7,8	118 164	359 449
460	Vechta	4 709	5 194	4 004	4 024	4 078	4 860	6,4	44 176	132 401
461	Wesermarsch	4 487	4 644	4 343	4 502	4 474	4 534	11,2	27 843	93 725
462	Wittmund	3 867	4 050	2 871	2 758	3 345	3 556	13,9	14 274	57 954
4	Weser-Ems	129 444	134 782	114 007	110 544	108 882	X	X	724 250	2 475 459
	Niedersachsen	441 340	459 454	405 839	391 280	378 666	457 097	10,6	2 420 762	7 993 946
	Bremen, Stadt	37 066	38 406	36 707	35 388	32 656	40 527	13,4	158 968	546 852
	Bremerhaven, Stadt	11 472	11 704	11 363	11 036	10 527	12 697	20,7	30 219	116 615
	Land Bremen	48 538	50 110	48 070	46 424	43 183	53 223	14,7	189 187	663 467
	Hamburg	97 844	10 1250	97 197	92 707	86 733	98 228	11,3	545 289	1 743 627

1) Durchschnitt für Länder aus 12 Stichtagen (Monatsende) berechnet; für Kreise aus 4 Quartalswerten. - 2) Bezogen auf Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte + Beamte + Arbeitslose. - 3) Am Wohnort- Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Dateistand Juli 2006.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen, Hannover. -Niedersächsisches. Landesamt für Statistik.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) und Auszubildende in Niedersachsen
1980 bis 2005 (jeweils 30.6.) - Nachtrag zum Artikel "Regionale Ausbildungsquoten" in Heft 1/2007

Jahr	Insgesamt		darunter Auszubildende		Anteil an allen Beschäftigten
	Anzahl	1980=100	Anzahl	1980=100	Prozent
1980	2 180 990	100	195 717	100	9,0
1981	2 161 850	99,1	189 301	96,7	8,8
1982	2 112 944	96,9	177 112	90,5	8,4
1983	2 068 839	94,9	190 936	97,6	9,2
1984	2 057 355	94,3	202 909	103,7	9,9
1985	2 067 027	94,8	209 666	107,1	10,1
1986	2 102 168	96,4	210 636	107,6	10,0
1987	2 136 607	98,0	211 533	108,1	9,9
1988	2 161 032	99,1	210 042	107,3	9,7
1989	2 200 776	100,9	204 900	104,7	9,3
1990	2 285 238	104,8	192 974	98,6	8,4
1991	2 385 568	109,4	184 686	94,4	7,7
1992	2 436 263	111,7	170 453	87,1	7,0
1993	2 412 925	110,6	157 328	80,4	6,5
1994	2 399 929	110,0	156 976	80,2	6,5
1995	2 396 996	109,9	143 390	73,3	6,0
1996	2 366 626	108,5	138 836	70,9	5,9
1997	2 340 060	107,3	144 726	73,9	6,2
1998	2 342 088	107,4	150 016	76,6	6,4
1999	2 382 992	109,3	154 969	79,2	6,5
2000	2 436 003	111,7	154 502	78,9	6,3
2001	2 420 079	111,0	143 823	73,5	5,9
2002	2 411 598	110,6	139 362	71,2	5,8
2003	2 376 123	108,9	142 608	72,9	6,0
2004	2 340 735	107,3	139 474	71,3	6,0
2005	2 305 451	105,7	141 034	72,1	6,1

Landwirtschaft

Tierische Produktion

1. Schlachtungen, Schlachtmenge und durchschnittliches Schlachtgewicht von tauglich beurteilten Tieren inländischer und ausländischer Herkunft im Oktober 2006

G = Gewerbliche Schlachtungen, H = Hausschlachtungen

Bezirk Land	Rinder (ohne Kälber)						Kälber ²⁾		Schweine		Schafe		Pferde
	zusammen		davon (gewerbliche Schlachtungen)										
	G	H	Ochsen	Bullen	Kühe	weibl. Rinder ¹⁾	G	H	G	H	G	H	G
a) nur taugliche Schlachttiere													
Braunschweig	261	146	3	216	12	30	7	4	18 483	895	328	354	10
Hannover	1 496	122	40	730	576	150	15	7	29 453	500	1 527	332	15
Lüneburg	6 297	197	187	2 743	2 587	780	238	1	276 184	568	1 996	272	87
Weser- Ems	36 148	308	385	20 399	13 269	2 095	7 168	8	989 114	1 304	2 040	294	64
Niedersachsen	44 202	773	615	24 088	16 444	3 055	7 428	20	1 313 234	3 267	5 891	1 252	176
b) Schlachtmenge ³⁾ in t													
Braunschweig	91,7	47,7	1,0	78,7	3,6	8,4	0,9	0,5	1 711,5	82,9	6,4	7,0	2,6
Hannover	492,8	39,4	13,4	266,0	171,2	42,2	2,0	0,9	2 727,3	46,3	30,0	6,5	4,0
Lüneburg	2 050,7	63,2	62,5	999,8	768,6	219,8	32,1	0,2	25 574,7	52,5	39,3	5,3	23,0
Weser- Ems	12 096,1	97,5	128,8	7 434,4	3 942,9	590,0	965,0	1,1	91 592,0	120,8	40,1	5,8	16,9
Niedersachsen	14 731,3	247,8	205,7	8 778,9	4 886,3	860,4	1 000,0	2,7	121 605,5	302,5	115,8	24,6	46,5
Die Schlachtmenge im Vergleich zum ...													
September 2006	12 494,9	138,4	99,7	7 961,2	3 830,8	603,2	956,0	1,4	119 465,7	196,3	109,5	17,5	40,4
Oktober 2005	14 242,6	316,7	248,4	8 574,5	4 641,1	778,6	1 011,5	2,7	108 536,8	361,5	111,6	31,6	47,5
Januar bis Oktober 2006	120 856,7	1 735,8	1 037,1	67 877,9	44 813,5	7 128,2	9 630,8	17,6	1 126 451,5	2 879,6	984,3	151,3	358,9
Januar bis Oktober 2005	115 375,0	1 914,5	1 126,1	65 699,9	41 693,3	6 855,7	9 629,9	18,6	1 040 165,3	3 029,4	855,1	159,0	339,5
das ist eine Veränderung von	+4,8%	-9,3%	-7,9%	+3,3%	+7,5%	+4,0%	+0,0%	-5,4%	+8,3%	-4,9%	+15,1%	-4,8%	+5,7%
c) Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴⁾ in kg													
Niedersachsen	333,27	320,57	334,43	364,45	297,15	281,64	134,63		92,60	92,60	19,66	264,00	

1) Weibliche Rinder über 220 kg Lebendgewicht oder über 150 kg Schlachtgewicht oder über 1/2 Jahr alt, noch nicht kalbt.

2) Kälber bis zu 220 kg Lebendgewicht oder bis zu 150 kg Schlachtgewicht oder unter 1/2 Jahr alt, die noch keine zweiten Zähne haben.

3) Schlachtmenge (Großrinder, Schweine und Schafe) = Schlachtgewicht * 0,98 - Umrechnung von Warm- in Kaltgewicht. Schlachtmenge (Kälber) = Schlachtgewicht * 0,926

- Umrechnung von Warm- in Kaltgewicht bei gleichzeitigem Abzug der Nieren, des Nierenfettes und der sonstigen Fleisch- und Fettabschnitte.

4) Errechnetes Kaltgewicht aus den Meldungen der Schlachtbetriebe in Niedersachsen über die nach dem Schlachtgewicht abgerechneten Tiere inländischer Herkunft.

2. An Molkereien und Händler gelieferte Milch (vorläufiges Ergebnis) im Oktober 2006

Bezirk Land	Milch an Molkereien und Händler geliefert		Veränderung gegenüber					
	Oktober 2006	Januar bis Oktober 2006	September 2006		Oktober 2005		Januar bis Oktober 2005	
	t	t	t	%	t	%	t	%
Braunschweig	16 131	176 715	16 063	+0,4	17 314	-6,8	185 133	-4,5
Hannover	37 237	397 552	36 002	+3,4	39 551	-5,9	419 869	-5,3
Lüneburg	138 252	1 447 037	130 443	+6,0	141 850	-2,5	1 478 315	-2,1
Weser-Ems	204 018	2 146 603	201 061	+1,5	203 752	+0,1	2 174 356	-1,3
Niedersachsen	395 638	4 167 907	383 569	+3,1	402 467	-1,7	4 257 673	-2,1

3. Zusammenfassende Übersicht der Geflügelproduktion 2006

Zeitraum	Legehennen u. Eierzeugung f. Konsumzwecke ¹⁾		Eingelegte Bruteier zur Erzeugung				Geschlüpfte Küken				Geschlachtetes Geflügel					
	Legehennen	Erzeugte Eier	v. Hühnerküken der		Enten-	Gänse- küken	Trut- hühner-	Hühnerküken der		Enten-	Gänse- küken	Trut- hühner-	ins- gesamt	darunter		
			Lege- hennen	Mast-				Lege- rassen	Mast- ²⁾					Jungmast- hühner	Trut- hühner	
Januar	11 695,6	292 703	6 488,0	18 194,6	•	-	4 294,8	2 312,6	13 945,6	•	-	3 181,3	42 094,9	21 108,7	18 542,4	
Februar	11 585,7	272 163	4 778,5	16 645,1	•	-	3 908,6	2 098,5	13 571,2	•	-	2 925,6	38 582,7	18 925,3	17 920,6	
März	11 618,6	297 648	6 300,3	17 471,0	•	•	3 345,9	2 134,8	14 096,3	•	-	2 713,6	43 936,2	20 142,1	18 909,2	
April	11 488,1	284 734	5 850,6	16 403,9	•	245,0	3 622,2	2 141,1	12 817,6	640,2	34,9	2 425,2	38 599,4	18 069,5	18 652,4	
Mai	11 089,0	272 350	5 911,7	18 380,2	987,6	203,9	4 558,0	2 260,4	14 567,8	792,1	157,9	3 212,9	43 792,1	21 295,5	20 480,2	
Juni	11 130,0	269 881	4 983,9	18 769,6	•	115,6	3 816,6	2 315,5	14 181,5	780,4	106,7	3 085,9	43 046,6	21 561,4	19 343,3	
Juli	11 134,3	276 909	5 640,7	17 867,5	•	•	3 858,4	1 909,7	14 208,6	983,6	55,5	2 860,3	40 712,5	21 068,8	17 505,1	
August	11 199,2	289 378	7 260,2	18 768,1	•	-	4 113,2	2 373,1	14 286,4	912,7	•	3 008,2	42 723,8	23 626,6	17 416,7	
September	11 285,4	281 454	5 535,3	18 814,7	•	-	3 758,8	2 416,9	14 932,7	928,2	•	2 767,6	42 103,9	22 558,7	17 692,1	
Oktober	11 479,7	288 117	5 853,9	18 449,0	•	-	4 446,9	2 340,0	14 414,1	•	-	3 075,9	43 011,9	22 574,1	18 469,2	
November																
Dezember																
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %																
Oktober 2006	+4,5	+5,6	+5,0	+12,8	•	-	+11,5	+1,1	+16,7	•	-	-2,8	+2,5	+9,9	-3,4	
Januar bis Oktober 2006	+3,0	+4,0	+4,2	+33,5	•	-	+9,6	+8,5	+31,6	•	-	+5,2	+10,9	+14,1	+6,9	

1) In Betrieben mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen bzw. von Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen. - 2) Einschließlich aussortierter Hahnenküken.

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2006

Schl.-Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Bezirk Land	Berichtszeitraum					Januar bis Oktober				Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum			
		Verkehrsunfälle		bei Verkehrsunfällen			Verkehrsunfälle mit Personenschaden	bei Verkehrsunfällen			Verkehrsunfälle mit Personenschaden	bei Verkehrsunfällen		
		insges.	dar. mit Personenschaden	Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte		Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte		Getötete	Schwer- verletzte	Leicht- verletzte
		Anzahl								%			Absolut	
101	Braunschweig, Stadt	114	84	-	10	87	735	7	99	778	-11,7	-	-30	-77
102	Salzgitter, Stadt	49	37	1	8	40	323	5	68	366	-2,1	-1	+11	+11
103	Wolfsburg, Stadt	57	46	-	6	49	430	3	51	509	-12,8	-	-37	-50
151	Gifhorn	55	49	1	8	52	598	20	132	670	-3,9	+2	-19	+14
152	Göttingen	123	100	1	13	116	927	7	186	1026	-13,8	-4	-	-41
153	Goslar	64	58	-	21	62	512	6	135	546	-0,8	-4	+11	+46
154	Helmstedt	58	42	-	8	44	305	7	88	325	-7,9	-	-2	+14
155	Northeim	58	49	-	12	49	366	6	97	386	-22,8	-4	-23	-44
156	Osterode am Harz	36	26	1	8	24	206	4	68	204	-11,6	-2	-16	-96
157	Peine	51	38	-	11	46	430	9	96	465	-6,9	+1	-4	+4
158	Wolfenbüttel	38	29	-	5	28	335	5	81	342	-6,9	-5	+26	+7
1	Braunschweig	703	558	4	110	597	5167	79	1101	5617	-9,8	-17	-125	-211
241	Region Hannover	561	460	3	56	523	4543	55	559	5123	-8,7	+9	+48	-146
	dar.:Hannover,Landeshptstd.	281	240	1	15	282	2455	11	198	2802	-0,5	-5	+42	-87
251	Diepholz	81	64	-	16	68	597	14	164	628	-13,6	+3	-36	-86
252	Hamelnd-Pyrmont	49	44	-	11	46	511	8	131	531	-10,8	-3	+3	-104
254	Hildesheim	121	103	3	22	114	962	25	214	1009	-3,2	+9	-10	-42
255	Holzminde	18	13	-	7	11	186	4	51	189	+2,2	-6	-8	+1
256	Nienburg (Weser)	53	44	2	21	33	398	7	122	385	-4,6	-5	-10	-51
257	Schaumburg	91	70	-	17	72	581	12	122	627	+1,2	-3	-4	+31
2	Hannover	974	798	8	150	867	7778	125	1363	8492	-7,5	+4	-64	-860
351	Celle	87	66	-	14	73	651	10	117	711	-7,1	-8	-22	-55
352	Cuxhaven	73	57	3	12	63	654	15	176	658	-4,7	-5	-51	-15
353	Harburg	111	94	4	23	95	799	13	152	872	-4,5	-7	+8	-58
354	Lüchow-Dannenberg	25	21	1	6	18	174	11	62	151	+1,8	+6	+2	-13
355	Lüneburg	72	55	-	10	63	534	2	94	565	-6,8	-11	-35	-44
356	Osterholz	45	42	-	3	52	426	8	79	473	+1,2	-5	-8	+45
357	Rotenburg (Wümme)	76	69	1	10	75	642	6	156	690	-2,9	-8	-35	-32
358	Sothau-Fallingbostel	73	65	3	12	63	589	15	127	701	-17,6	-14	-62	-90
359	Stade	90	67	4	18	69	625	23	127	657	+0,2	+8	+13	-26
360	Uelzen	52	44	1	8	48	365	8	92	387	+7,7	-6	-9	+64
361	Verden	83	75	-	15	87	567	9	132	590	-1,7	-	-20	-14
3	Lüneburg	787	655	17	131	706	6026	120	1314	6455	-4,4	-50	-219	-238
401	Delmenhorst, Stadt	30	23	-	1	26	263	2	33	283	-1,9	+2	-4	-5
402	Emden, Stadt	17	15	-	4	16	191	3	35	203	+6,1	+2	+15	+1
403	Oldenburg (Oldb.), Stadt	81	73	-	12	77	664	6	61	733	-	+3	+13	-22
404	Osnabrück, Stadt	68	60	-	6	66	581	3	64	631	-0,3	-4	-11	+4
405	Wilhelmshaven, Stadt	37	30	-	7	32	321	5	42	340	-1,2	+3	+5	-34
451	Ammerland	54	50	3	3	65	413	8	60	480	+7,6	-2	+8	+59
452	Aurich	61	54	-	8	69	515	11	89	580	-7,7	-3	-14	-48
453	Cloppenburg	75	64	2	21	68	522	15	127	558	-12,3	-2	-12	-129
454	Emsland	155	137	6	36	137	1153	30	337	1195	-2,6	-13	+3	-23
455	Friesland	46	40	-	11	43	363	3	53	383	+2,3	-3	-9	+5
456	Grafschaft Bentheim	59	54	4	19	60	432	14	121	452	-10,9	+1	+23	-67
457	Leer	68	57	5	15	46	577	18	139	585	+6,3	+5	+8	+35
458	Oldenburg	57	44	3	8	42	414	11	95	452	-7,2	-4	-7	-9
459	Osnabrück	136	108	1	29	110	965	18	246	995	-17,6	-10	-59	-253
460	Vechta	70	56	-	12	58	419	6	105	456	-13,4	-10	-21	-84
461	Wesermarsch	24	19	-	2	20	261	1	48	274	-9,7	-5	-26	-37
462	Wittmund	28	20	-	3	21	210	2	34	244	-9,5	-2	-	-13
4	Weser-Ems	1066	904	24	197	956	8264	156	1689	8844	-5,5	-42	-88	-620
	Land Niedersachsen	3530	2915	53	588	3126	27235	480	5467	30196	-6,7	-105	-455	-1595

Flugverkehr auf dem Flughafen Hannover - Langenhagen - Oktober 2006

Merkmal Gewerblicher Passagier-, Fracht und Postverkehr ¹⁾	Maßeinheit	2006		Veränderung 2006 gegenüber 2005 in %	
		Oktober	Januar bis Oktober	Oktober	Januar bis Oktober
Flugzeuge					
Ankunft und Abgang ²⁾	Anzahl	7 179	65 551	-0,5	-0,5
Fluggäste					
Insgesamt (Ankunft u. Abgang)	Anzahl	589 211	4 958 560	-5,8	+1,2
Durchgang ³⁾	Anzahl	5 004	49 072	+42,0	-10,4
Fracht ⁴⁾					
Luftfrachtaufkommen	Tonnen	327	4 068	-39,3	-17,1
Post					
Insgesamt (Ankunft u. Abgang)	Tonnen	847	8 756	+0,4	+3,0
Durchgang ³⁾	Tonnen	0	0	0	0

1) Planmäßiger und außerplanmäßiger Linienverkehr, Charter- und Sonderflugverkehr (einschließlich Rundflüge) mit Ausnahme des Militärflugverkehrs und der Werkstattflüge.

2) Einschließlich gewerblicher Schulflüge.

3) Unter "Durchgang" werden nur die mit gleichem Flugzeug angekommenen und wieder abgegangenen Fluggäste und Postmengen gezählt. Umgestiegene Fluggäste und umgeladene Post sind in den Angaben für Ankunft und Abgang enthalten.

4) Ohne Gepäck

Güterumschlag der Binnenschifffahrt im Oktober 2006 nach Güterabteilungen und ausgewählten Häfen

Güterabteilungen Ausgewählte Häfen	Oktober		Januar - Oktober	
	Güterumschlag	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Güterumschlag	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum
	1000 t	%	1000 t	%
Land-, forstwirtschaftliche und verwandte Erzeugnisse (einschl. lebender Tiere)	152,1	+37,9	1 514,4	+7,4
Andere Nahrungs- und Futtermittel	220,3	-3,8	2 185,6	-4,2
Feste mineralische Brennstoffe	418,2	+7,1	4 200,8	+2,4
Erdöl, Mineralerzeugnisse, Gase	405,6	+31,4	3 582,6	+0,9
Erze und Metallabfälle	119,8	+20,4	1 172,3	-3,2
Eisen, Stahl und NE-Metalle (einschl. Halbzeug)	73,8	+284,4	416,8	+0,9
Steine und Erden (einschl. Baustoffe)	573,4	+6,1	5 216,2	-0,8
Düngemittel	95,7	+3,7	864,9	-3,6
Chemische Erzeugnisse	220,3	+31,7	2 052,8	-0,9
Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren, besondere Transportgüter	39,6	+44,5	361,7	-7,6
insgesamt	2 318,8	+16,9	21 568,1	-0,1
darunter:				
Brake	69,7	-18,6	775,1	-3,1
Nordenham	148,5	+14,4	1 739,3	+8,8
Oldenburg	87,1	-10,3	804,8	-21,3
Osnabrück	50,4	-29,6	506,3	-8,0
Salzgitter/Beddingen	261,6	+54,2	1 872,5	-0,3
Braunschweig	64,1	-2,4	655,1	+0,4
Hannover ¹⁾	120,4	+63,6	911,8	+7,8
Misburg	25,7	+3,6	190,2	-13,0
Hildesheim	60,3	+24,3	420,7	-12,5
Emden	175,9	+17,0	1 646,3	+2,6
Holthausen	143,4	+12,6	1 662,2	-6,2
Dörpen	121,5	+77,6	1 217,6	+10,0

1) einschl. Hafen Brink

Güterumschlag der Seeschifffahrt im Oktober 2006 nach ausgewählten Häfen

Ausgewählte Häfen	Oktober		Januar - Oktober	
	Güterumschlag	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Güterumschlag	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum
	Tonnen	%	Tonnen	%
Bützfleth	368 382	+10,2	4 240 102	+6,8
Cuxhaven	178 107	+3,5	1 575 793	+3,5
Brake	457 899	+8,1	4 684 269	+11,2
Nordenham	405 767	+10,3	3 197 857	+1,4
Wilhelmshaven	2 396 209	-41,3	35 627 755	-7,8
Emden	335 855	+11,6	3 229 338	+8,0
Leer	11 478	-15,7	117 595	-1,3
Papenburg	24 995	+16,0	270 729	-5,0
übrige ¹⁾	50 394	+7,1	570 911	+8,3
insgesamt	4 229 086	-26,6	53 138 680	-4,1

1) Übrige Nordseehäfen in Niedersachsen

Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

Gewerbeanzeigen Januar bis November 2006

Anmeldungen¹⁾

Wirtschaftsgliederung ²⁾	Anmeldungen insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %	darunter					
			Neuerrichtung	Veränd. geg. Vorjahreszeitraum in %	darunter			
					Betriebsgründung	Veränd. geg. Vorjahreszeitraum in %	sonst. Neugründung	Veränd. geg. Vorjahreszeitraum in %
Land- und Forstwirtschaft	2 192	+ 2,1	1 983	+ 2,3	202	- 9,8	1 779	+ 3,9
Fischerei und Fischzucht	18	± 0,0	13	- 7,1	-	-100,0	13	+ 18,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	47	- 42,7	38	- 47,9	14	- 22,2	19	- 65,5
Verarbeitendes Gewerbe	3 014	+ 6,3	2 392	+ 6,9	854	+ 3,0	1 497	+ 9,2
Energie- und Wasserversorgung	2 127	+ 17,5	2 022	+ 14,4	337	+ 24,8	1 682	+ 12,4
Baugewerbe	6 934	- 1,7	5 983	- 1,6	1 730	- 11,6	4 237	+ 3,1
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsgütern	20 301	- 3,0	16 965	- 3,4	3 983	- 10,8	12 765	- 1,5
Gastgewerbe	5 207	- 0,4	3 255	+ 1,2	1 202	+ 0,5	2 048	+ 1,7
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	3 057	+ 1,5	2 591	+ 2,6	980	+ 1,3	1 591	+ 3,3
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	3 487	- 6,2	3 037	- 5,7	252	- 14,6	2 761	- 3,4
Grundstücks-, Wohnungswesen, Verm. bew. Sachen usw.	15 952	- 4,9	13 805	- 6,2	2 965	- 11,4	10 769	- 4,9
Erziehung und Unterricht	671	+ 3,2	591	+ 5,3	148	- 5,1	442	+ 10,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 000	- 14,7	886	- 15,7	133	- 13,6	745	- 16,9
Erbrg. sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	6 595	+ 11,8	5 770	+ 12,3	899	+ 4,4	4 864	+ 13,8
Insgesamt	70 602	- 1,0	59 331	- 1,3	13 699	- 7,1	45 212	+ 0,4
dar. Handwerk	2 209	- 9,7	1 720	- 11,1	1 517	- 11,8	196	- 6,7

Abmeldungen¹⁾

Wirtschaftsgliederung ²⁾	Abmeldungen insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in %	darunter					
			Aufgabe	Veränd. geg. Vorjahreszeitraum in %	darunter			
					Betriebsaufgabe	Veränd. geg. Vorjahreszeitraum in %	sonst. Stilllegung	Veränd. geg. Vorjahreszeitraum in %
Land- und Forstwirtschaft	1 319	+ 4,7	1 075	+ 3,2	109	- 31,9	961	+ 9,3
Fischerei und Fischzucht	13	± 0,0	11	- 8,3	4	± 0,0	7	- 12,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	90	+130,8	79	+146,9	15	+ 50,0	59	+181,0
Verarbeitendes Gewerbe	2 447	+ 0,5	1 801	- 0,6	643	- 9,1	1 102	+ 3,1
Energie- und Wasserversorgung	170	+ 53,2	92	+ 46,0	25	- 7,4	64	+ 77,8
Baugewerbe	4 992	+ 3,6	3 989	+ 4,0	991	- 8,1	2 985	+ 8,7
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsgütern	17 879	- 0,3	14 355	- 0,8	3 648	- 7,3	10 490	+ 1,2
Gastgewerbe	5 222	+ 4,9	3 733	+ 7,7	1 214	+ 13,4	2 518	+ 5,6
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	2 526	- 9,8	2 032	- 9,2	655	- 17,4	1 357	- 4,8
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	3 123	- 2,1	2 640	- 1,0	197	- 26,2	2 425	+ 3,3
Grundstücks-, Wohnungswesen, Verm. bew. Sachen usw.	11 168	- 0,3	9 031	+ 0,2	1 716	- 8,5	7 225	+ 2,3
Erziehung und Unterricht	421	- 0,7	321	± 0,0	90	- 13,5	231	+ 7,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	642	+ 4,1	499	- 1,6	65	- 13,3	430	+ 0,2
Erbrg. sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	4 269	+ 10,5	3 431	+ 12,5	606	+ 20,2	2 815	+ 10,8
Insgesamt	54 281	+ 1,1	43 089	+ 1,3	9 978	- 6,0	32 669	+ 3,6

Salden³⁾

Wirtschaftsgliederung ²⁾	An-/Abmeldungen insgesamt	darunter		
		Neuerricht./Aufgabe	darunter	
			Betriebsgründung/-aufgabe	sonst. Neugründung/sonst. Stilllegung
Land- und Forstwirtschaft	+ 873	+ 908	+ 93	+ 818
Fischerei und Fischzucht	+ 5	+ 2	- 4	+ 6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 43	- 41	- 1	- 40
Verarbeitendes Gewerbe	+ 567	+ 591	+ 211	+ 395
Energie- und Wasserversorgung	+1 957	+1 930	+ 312	+1 618
Baugewerbe	+1 942	+1 994	+ 739	+1 252
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsgütern	+2 422	+2 610	+ 335	+2 275
Gastgewerbe	- 15	- 478	- 12	- 470
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 531	+ 559	+ 325	+ 234
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	+ 364	+ 397	+ 55	+ 336
Grundstücks-, Wohnungswesen, Verm. bew. Sachen usw.	+4 784	+4 774	+1 249	+3 544
Erziehung und Unterricht	+ 250	+ 270	+ 58	+ 211
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	+ 358	+ 387	+ 68	+ 315
Erbrg. sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	+2 326	+2 339	+ 293	+2 049
Insgesamt	+16 321	+16 242	+3 721	+12 543

Quotienten⁴⁾

Wirtschaftsgliederung ²⁾	An-/Abmeldungen insgesamt	darunter		
		Neuerricht./Aufgabe	darunter	
			Betriebsgründung/-aufgabe	sonst. Neugründung/sonst. Stilllegung
Land- und Forstwirtschaft	1,66	1,84	1,85	1,85
Fischerei und Fischzucht	1,38	1,18	0,00	1,86
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,52	0,48	0,93	0,32
Verarbeitendes Gewerbe	1,23	1,33	1,33	1,36
Energie- und Wasserversorgung	12,51	21,98	13,48	26,28
Baugewerbe	1,39	1,50	1,75	1,42
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsgütern	1,14	1,18	1,09	1,22
Gastgewerbe	1,00	0,87	0,99	0,81
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1,21	1,28	1,50	1,17
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	1,12	1,15	1,28	1,14
Grundstücks-, Wohnungswesen, Verm. bew. Sachen usw.	1,43	1,53	1,73	1,49
Erziehung und Unterricht	1,59	1,84	1,64	1,91
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1,56	1,78	2,05	1,73
Erbrg. sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	1,54	1,68	1,48	1,73
Insgesamt	1,30	1,38	1,37	1,38

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. - 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003.- 3) Anmeldungen minus Abmeldungen. - 4) Anmeldungen dividiert durch Abmeldungen.

Insolvenzverfahren Januar bis November 2006

Merkmal	Beantragte Verfahren mit ...			Verfahren insgesamt	Dagegen Vorjahreszeitraum Verfahren insgesamt	Zu- (+) bzw. Ab- (-) nahme gegenüber Vorjahreszeitraum	Voraus-sichtliche Forderungen	Durch-schnittliche Forderung je Fall
	Eröffnung	Abweisung mangels Masse	Schulden-bereinigungs-plan					
	Anzahl							
nach Art des Verfahrens								
Eröffnete Verfahren	16 534	x	x	16 534	13 539	+ 22,1	3 113 195	188
Mangels Masse abgewiesene Anträge	x	1 308	x	1 308	1 632	- 19,9	379 243	290
Verfahren mit Schuldbereinigungsplan	x	x	97	97	80	+ 21,3	12 562	130
Insgesamt	16 534	1 308	97	17 939	15 251	+ 17,6	3 505 001	195
nach Größenklassen der voraussichtlichen Forderungen (ohne unbekannt)								
Unter 5 000 Euro	654	184	11	849	708	+ 19,9	2 772	3
5 000 bis unter 50 000 Euro	9 241	438	72	9 751	7 719	+ 26,3	223 102	23
50 000 bis unter 250 000 Euro	4 969	456	9	5 434	4 853	+ 12,0	619 329	114
250 000 bis unter 500 000 Euro	938	115	1	1 054	1 045	+ 0,9	361 966	343
500 000 bis unter 1 000 000 Euro	410	53	2	465	489	- 4,9	317 160	682
1 000 000 bis unter 5 000 000 Euro	276	57	1	334	370	- 9,7	644 115	1 928
5 000 000 bis unter 25 000 000 Euro	33	3	1	37	60	- 38,3	321 947	8 701
25 000 000 Euro und mehr	13	2	-	15	7	+114,3	1 014 609	67 641
Unternehmen (einschl. Kleingewerbe) nach Wirtschaftszweigen ¹⁾								
Land- und Forstwirtschaft	45	13	x	58	76	- 23,7	13 966	241
Fischerei und Fischzucht	-	-	x	-	-	-	-	-
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	1	x	2	6	- 66,7	9 796	4 898
Verarbeitendes Gewerbe	195	68	x	263	294	- 10,5	173 938	661
Energie- und Wasserversorgung	1	1	x	2	6	- 66,7	1 817	909
Baugewerbe	337	150	x	487	649	- 25,0	180 417	370
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz. u. Gebrauchsgütern	446	190	x	636	635	+ 0,2	206 135	324
Gastgewerbe	194	78	x	272	277	- 1,8	50 267	185
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	151	54	x	205	212	- 3,3	201 066	981
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	27	10	x	37	40	- 7,5	14 251	385
Grundstücks-, Wohnungswesen, Verm. bew. Sachen usw.	350	253	x	603	634	- 4,9	869 637	1 442
Erziehung und Unterricht	12	8	x	20	20	± 0,0	2 882	144
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	62	4	x	66	76	- 13,2	42 661	646
Erbrg. sonst. öffentl. u. pers. Dienstleistungen	102	45	x	147	120	+ 22,5	21 360	145
Zusammen	1 923	875	x	2 798	3 045	- 8,1	1 788 195	639
nach rechtlicher Stellung								
Einzelunternehmen, Freie Berufe, Kleingewerbe	1 079	203	x	1 282	1 309	- 2,1	305 432	238
Personengesellschaften	155	92	x	247	258	- 4,3	352 422	1 427
darunter GmbH & Co. KG	113	45	x	158	164	- 3,7	296 304	1 875
GbR	24	36	x	60	61	- 1,6	22 631	377
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	644	538	x	1 182	1 418	- 16,6	1 093 330	925
Aktiengesellschaften, KGaA	13	3	x	16	17	- 5,9	17 115	1 070
Private Company Limited by Shares (Ltd)	16	28	x	44	22	+100,0	10 415	237
Genossenschaften	2	-	x	2	-	x	1 100	550
Sonstige Rechtsformen	14	11	x	25	21	+ 19,0	8 381	335
nach dem Alter des Unternehmens (ohne unbekannt)								
Unter 8 Jahre alt	964	510	x	1 474	1 689	- 12,7	508 751	345
darunter bis 3 Jahre alt	503	277	x	780	809	- 3,6	182 777	234
8 Jahre und älter	762	298	x	1 060	1 097	- 3,4	1 220 809	1 152
nach Zahl der Beschäftigten (ohne unbekannt)								
Kein(e) Beschäftigte(r)	755	544	x	1 299	1 719	- 24,4	643 983	496
1 Beschäftigte(r)	159	71	x	230	220	+ 4,5	54 099	235
2 bis 5 Beschäftigte	324	82	x	406	416	- 2,4	159 653	393
6 bis 10 Beschäftigte	135	23	x	158	172	- 8,1	60 548	383
11 bis 100 Beschäftigte	220	13	x	233	270	- 13,7	426 822	1 832
Mehr als 100 Beschäftigte	14	-	x	14	25	- 44,0	311 530	22 252
Übrige Schuldner								
Natürliche Personen als Gesellschafter u.Ä.	195	34	x	229	253	- 9,5	410 997	1 795
Ehemals selbständig Tätige ²⁾	2 318	240	x	2 558	2 493	+ 2,6	544 291	213
Ehemals selbständig Tätige ³⁾	661	1	1	663	554	+ 19,7	95 742	144
Verbraucher	11 299	20	96	11 415	8 640	+ 32,1	625 835	55
Nachlässe	138	138	x	276	266	+ 3,8	39 940	145
Zusammen	14 611	433	97	15 141	12 206	+ 24,0	1 716 806	113

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Kurzbezeichnungen. - 2) die ein Regelinsolvenzverfahren durchlaufen, bzw. deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind. - 3) die ein vereinfachtes Verfahren durchlaufen, bzw. deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind.

Handel und Gastgewerbe, Tourismus

Beherbergung im Reiseverkehr Oktober 2006

Schl.- Nr.	Kreisfreie Stadt Landkreis Bezirk Land	Hotel, Gasthof, Pension, Hotel garni, Erholungsheim, Feriencenter, Ferienhaus, Jugendherberge, Reha-Klinik						dar.: in Hotel, Gasthof, Pension und Hotel garni	
		Betriebe geöffnet	Betten angeboten	Ankünfte		Übernachtungen		Bettenauslastung	Bettenauslastung
				insgesamt	dar.: Ausländer	insgesamt	dar.: Ausländer		
		Anzahl							
1	2	3	4	5	6	7	8		
101	Braunschweig, Stadt	43	3 230	21 896	3 558	39 366	7 224	39,3	39,3
102	Salzgitter, Stadt	22	768	3 318	283	6 744	637	28,3	27,6
103	Wolfsburg, Stadt	32	2 696	22 168	3 519	36 658	7 303	43,9	43,3
151	Gifhorn	73	2 558	9 241	549	24 452	2 385	30,9	28,5
152	Göttingen	99	5 865	36 919	5 307	67 990	10 995	37,8	38,6
153	Goslar	398	19 094	66 106	6 218	241 658	18 453	41,1	39,6
154	Helmstedt	28	1 517	6 793	814	12 771	1 287	27,2	24,0
155	Northeim	90	3 707	12 951	1 365	37 184	2 459	32,9	24,3
156	Osterode am Harz	142	6 639	19 200	1 032	90 263	3 951	43,9	36,9
157	Peine	17	642	3 019	654	5 957	1 164	29,9	29,0
158	Wolfenbüttel	27	895	3 431	472	6 964	940	25,1	24,5
1	Braunschweig	971	47 611	205 042	23 771	570 007	56 798	38,8	36,4
241	Region Hannover	299	23 456	129 285	26 461	255 049	58 890	35,2	33,9
241001	dar.: Hannover, Landeshauptstadt	89	12 032	74 132	17 014	141 616	41 585	38,0	37,7
251	Diepholz	57	1 692	7 087	659	13 173	1 145	25,1	26,9
252	Hameln-Pyrmont	136	7 350	19 787	1 204	96 425	2 310	42,3	27,3
254	Hildesheim	83	3 738	13 831	2 286	35 939	4 950	31,0	25,2
255	Holzminde	51	1 761	5 926	190	13 872	493	25,7	24,2
256	Nienburg (Weser)	46	1 220	4 638	183	9 065	392	24,0	22,4
257	Schaumburg	73	3 974	11 400	1 212	51 081	2 896	43,4	27,1
2	Hannover	745	43 191	191 954	32 195	474 604	71 076	35,7	31,1
351	Celle	102	4 494	18 756	3 121	44 884	5 962	32,3	28,7
352	Cuxhaven	302	17 962	41 050	490	224 007	1 539	42,0	42,3
353	Harburg	112	4 392	20 446	1 026	46 179	1 927	34,0	33,2
354	Lüchow-Dannenberg	70	3 092	7 998	196	27 064	590	28,3	28,0
355	Lüneburg	73	3 484	17 533	1 320	41 957	2 665	38,8	38,4
356	Osterholz	35	1 177	5 380	221	10 487	589	29,6	25,0
357	Rotenburg (Wümme)	81	3 637	17 706	1 368	39 591	2 395	35,2	29,2
358	Soltau-Fallingb.ostel	199	11 761	53 824	3 623	190 817	9 577	52,5	29,9
359	Stade	87	3 170	11 776	1 272	32 851	4 137	33,5	30,7
360	Uelzen	127	5 348	14 411	185	71 473	658	43,1	43,4
361	Verden	49	1 956	9 721	1 446	21 196	2 846	35,3	32,5
3	Lüneburg	1 237	60 473	218 601	14 268	750 506	32 885	40,6	33,8
401	Delmenhorst, Stadt	9	483	2 141	138	3 947	282	26,4	26,4
402	Emden, Stadt	17	705	4 932	420	8 834	911	41,5	42,9
403	Oldenburg (Oldb), Stadt	22	1 580	8 850	545	15 866	1 099	32,4	31,5
404	Osnabrück, Stadt	29	1 918	17 411	2 539	26 361	3 946	45,8	46,5
405	Wilhelmshaven, Stadt	27	1 395	5 788	314	17 470	695	40,5	34,0
451	Ammerland	108	4 525	18 406	724	61 196	1 290	44,1	38,2
452	Aurich	736	26 521	60 137	653	322 277	2 026	39,9	42,6
453	Cloppenburg	55	2 172	9 714	2 064	29 206	9 114	43,8	23,3
454	Emsland	172	10 739	45 607	2 219	170 352	7 485	52,9	26,8
455	Friesland	241	12 446	29 844	492	161 177	905	42,2	43,3
456	Grafschaft Bentheim	44	2 742	11 661	2 176	37 558	5 192	44,2	44,1
457	Leer	263	10 056	20 700	500	131 825	1 125	42,9	35,5
458	Oldenburg	48	2 123	9 732	615	18 458	902	28,4	25,2
459	Osnabrück	175	8 080	25 428	1 938	116 678	3 744	46,6	33,1
460	Vechta	50	1 842	8 817	914	19 853	1 408	34,8	29,2
461	Wesermarsch	69	4 559	15 171	1 044	61 525	4 325	44,2	28,1
462	Wittmund	498	16 373	33 822	140	208 984	574	42,3	45,8
4	Weser-Ems	2 563	108 259	328 161	17 435	1 411 567	45 023	42,8	37,5
	Niedersachsen	5 516	259 534	943 758	87 669	3 206 684	205 782	40,4	34,9
				Kreisangehörige Städte mit rund 50 000 und mehr Einwohnern					
152012	Göttingen, Stadt	30	2 975	24 858	4 352	41 829	9 193	45,4	45,3
153005	Goslar, Stadt	88	4 989	23 737	3 870	67 138	11 213	44,2	47,6
157006	Peine, Stadt	9	423	2 321	547	4 721	971	36,0	35,1
158037	Wolfenbüttel, Stadt	17	632	3 030	465	5 796	928	29,6	31,0
241005	Garbsen, Stadt	16	784	4 269	675	6 896	1 165	28,4	28,4
241010	Langenhagen, Stadt	13	2 175	16 415	4 640	24 389	7 091	36,2	34,7
252006	Hameln, Stadt	23	1 216	6 733	703	12 665	1 222	33,6	32,8
254021	Hildesheim, Stadt	20	1 380	7 395	1 658	14 078	3 494	32,9	31,4
351006	Celle, Stadt	32	1 935	10 294	2 528	22 102	4 752	36,9	33,4
352011	Cuxhaven, Stadt	196	11 140	24 230	293	126 392	856	36,7	47,9
355022	Lüneburg, Stadt	20	1 540	9 801	700	20 926	1 420	43,8	43,9
359038	Stade, Stadt	14	1 153	5 094	779	12 579	1 867	35,2	34,3
454032	Lingen (Ems), Stadt	23	1 047	5 618	136	11 207	318	34,5	29,9
456015	Nordhorn, Stadt	10	483	2 454	257	5 495	492	36,7	34,1
459024	Melle, Stadt	12	603	4 242	810	8 470	1 297	45,3	40,7

Verdienste

1. Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Oktober 2006

Wirtschaftszweig	insgesamt	Männer	Frauen	Veränderungen zum Vorjahresmonat			Leistungsgruppe ¹⁾		
				insgesamt	Männer	Frauen	I	II	III
	Euro			%			Euro		
Produzierendes Gewerbe	16,36	16,75	13,01	- 0,7	- 0,7	- 0,9	18,41	14,24	12,29
Verarbeitendes Gewerbe	16,59	17,10	13,01	- 0,6	- 0,6	- 0,9	18,92	14,33	12,22
dar. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	12,79	13,70	10,37	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	15,68	12,38	10,84
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	16,62	16,81	12,74	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,1	18,12	15,17	12,74
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	16,09	16,66	13,93	- 0,6	- 0,5	- 1,3	17,66	15,33	12,53
Energie- und Wasserversorgung	20,39	20,47	14,87	- 1,6	- 1,6	- 0,0	20,94	16,44	13,66
Hoch- und Tiefbau	14,39	14,39	-	- 1,2	- 1,2	-	15,15	13,66	12,83
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	15,51	15,90	12,56	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	17,48	14,43	13,01
Investitionsgüterproduzenten	19,43	19,51	18,22	- 1,9	- 1,9	- 3,2	20,38	15,90	12,62
Gebrauchsgüterproduzenten	14,86	15,18	13,57	- 0,1	- 0,1	- 0,1	16,55	13,34	14,56
Verbrauchsgüterproduzenten	13,26	14,22	10,73	+ 0,3	- 0,0	+ 0,5	16,15	12,53	11,02

1) I = Gelernte, II = Angelernte, III = Ungelernte.

2. Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im Oktober 2006

Wirtschaftszweig	insgesamt	Männer	Frauen	Veränderungen zum Vorjahresmonat			Leistungsgruppe ¹⁾		
				insgesamt	Männer	Frauen	I	II	III
	Euro			%			Euro		
Produzierendes Gewerbe	2 645	2 715	2 061	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	2 905	2 364	2 053
Verarbeitendes Gewerbe	2 645	2 728	2 060	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,1	2 920	2 361	2 044
dar. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 241	2 433	1 756	- 0,3	- 0,5	+ 0,5	2 747	2 253	1 835
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 689	2 720	2 058	+ 2,3	+ 2,2	+ 3,0	2 911	2 485	2 092
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2 568	2 671	2 181	- 0,5	- 0,4	- 1,4	2 822	2 369	1 989
Energie- und Wasserversorgung	3 396	3 410	2 485	- 0,9	- 1,0	+ 0,8	3 484	2 682	2 270
Hoch- und Tiefbau	2 534	2 534	-	- 1,2	- 1,2	-	2 676	2 372	2 108
Vorleistungsgüterproduzenten	2 571	2 646	2 019	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,6	2 876	2 392	2 176
Investitionsgüterproduzenten	2 876	2 899	2 557	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,7	2 978	2 447	2 069
Gebrauchsgüterproduzenten	2 390	2 451	2 143	- 0,1	+ 0,0	- 0,7	2 639	2 149	2 265
Verbrauchsgüterproduzenten	2 271	2 463	1 789	- 0,1	- 0,5	+ 0,3	2 741	2 212	1 859

1) I = Gelernte, II = Angelernte, III = Ungelernte.

3. Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Oktober 2006

Wirtschaftszweig	insgesamt	Männer	Frauen	Veränderungen zum Vorjahresmonat			Leistungsgruppe ¹⁾			
				insgesamt	Männer	Frauen	II	III	IV	V
	Euro			%			Euro			
Produzierendes Gewerbe	3 872	4 154	3 000	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,7	4 887	3 545	2 579	2 040
Verarbeitendes Gewerbe	3 905	4 182	3 051	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,8	4 982	3 547	2 595	2 073
dar. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	3 471	3 908	2 648	+ 2,5	+ 1,5	+ 3,4	4 890	3 219	2 390	1 999
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	3 915	4 170	3 092	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,0	4 932	3 583	2 573	2 285
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	4 084	4 327	3 137	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,5	5 036	3 592	2 626	2 067
Energie- und Wasserversorgung	3 814	4 040	3 051	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,2	4 568	3 562	2 571	2 332
Hoch- und Tiefbau	3 409	3 835	2 275	- 1,4	- 1,3	+ 0,1	3 938	3 465	2 374	1 827
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	2 547	2 842	2 093	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,5	3 660	2 696	2 026	1 671
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 366	3 664	2 932	+ 2,7	+ 2,8	+ 1,6	4 353	3 030	2 365	2 305
dar. Kreditgewerbe	3 348	3 667	2 884	+ 2,4	+ 2,8	+ 0,7	4 424	2 992	2 349	2 358
Versicherungsgewerbe	3 437	3 667	3 100	+ 3,4	+ 2,7	+ 3,7	4 170	3 131	2 550	2 075
Vorleistungsgüterproduzenten										
(ohne Energie)	3 860	4 159	3 023	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,4	5 077	3 510	2 574	2 051
Investitionsgüterproduzenten	4 100	4 276	3 311	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,6	4 970	3 684	2 710	2 133
Gebrauchsgüterproduzenten	4 039	4 295	3 061	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,4	5 054	3 523	2 815	2 253
Verbrauchsgüterproduzenten	3 433	3 857	2 754	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,5	4 628	3 264	2 432	1 994

1) II = eingeschränkte Dispositionsbefugnis; III = abgeschlossene Berufsausbildung und mehrjährige Berufserfahrung; IV = abgeschlossene Berufsausbildung; V = ohne Berufsausbildung.

4. Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer im Oktober 2006

Wirtschaftszweig	insgesamt	Männer	Frauen	Veränderungen zum Vorjahresmonat		
				insgesamt	Männer	Frauen
	Euro			%		
Produzierendes Gewerbe	3 029	3 115	2 541	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,3
Verarbeitendes Gewerbe	3 045	3 145	2 532	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,4
dar. Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 545	2 773	2 012	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	3 006	3 036	2 715	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,2
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	3 257	3 428	2 607	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7
Energie- und Wasserversorgung	3 654	3 762	3 029	+ 0,7	+ 0,5	+ 2,2
Hoch- und Tiefbau	2 688	2 709	2 275	- 1,4	- 1,5	+ 0,2
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	2 963	3 051	2 514	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,1
Investitionsgüterproduzenten	3 273	3 306	2 985	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,1
Gebrauchsgüterproduzenten	3 061	3 198	2 524	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2 636	2 857	2 157	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,4

5. Entwicklung der Verdienste

Jahresdurchschnitt Monat	Bruttostundenverdienst			Bruttomonatsverdienst					
	der Arbeiter ¹⁾			der Angestellten ¹⁾			der Arbeitnehmer ¹⁾		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	Euro								
1992.....	11,79	12,24	9,22	2 770	3 036	2 019	2 192	2 307	1 685
1993.....	12,50	12,94	9,75	2 884	3 151	2 119	2 274	2 380	1 773
1994.....	13,29	13,76	10,23	2 951	3 212	2 185	2 379	2 485	1 854
1995.....	13,74	14,22	10,57	3 033	3 299	2 255	2 453	2 560	1 922
1996.....	14,00	14,45	10,87	3 121	3 394	2 336	2 471	2 571	1 971
1997.....	14,40	14,88	11,17	3 165	3 432	2 384	2 511	2 612	2 007
1998.....	14,98	15,46	11,59	3 239	3 508	2 443	2 612	2 714	2 088
1999.....	15,42	15,88	12,07	3 321	3 590	2 514	2 702	2 803	2 174
2000.....	15,53	15,98	12,16	3 381	3 663	2 562	2 722	2 818	2 211
2001.....	15,55	15,98	12,24	3 471	3 753	2 641	2 767	2 860	2 267
2002.....	15,31	15,70	12,20	3 615	3 903	2 732	2 823	2 914	2 323
2003.....	15,80	16,20	12,63	3 722	4 015	2 819	2 902	2 993	2 398
2004.....	16,32	16,72	13,07	3 794	4 081	2 895	2 962	3 051	2 460
2005.....	16,47	16,87	13,16	3 822	4 103	2 940	2 983	3 070	2 497
2006.....	16,46	16,86	13,07	3 855	4 135	2 986	3 013	3 098	2 533
Januar 2000.....	15,28	15,74	11,92	3 321	3 597	2 516	2 634	2 722	2 168
April 2000.....	15,63	16,07	12,24	3 369	3 651	2 552	2 722	2 818	2 208
Juli 2000.....	15,52	15,97	12,11	3 391	3 675	2 571	2 729	2 827	2 212
Oktober 2000.....	15,59	16,02	12,27	3 407	3 689	2 580	2 753	2 851	2 232
Januar 2001.....	15,42	15,88	12,10	3 428	3 708	2 600	2 716	2 806	2 240
April 2001.....	15,88	16,34	12,39	3 450	3 736	2 615	2 783	2 881	2 259
Juli 2001.....	15,55	15,96	12,30	3 475	3 753	2 653	2 776	2 868	2 279
Oktober 2001.....	15,40	15,80	12,16	3 495	3 775	2 666	2 770	2 859	2 276
Januar 2002**.....	15,12	15,53	11,95	3 551	3 833	2 686	2 749	2 835	2 283
April 2002.....	15,37	15,77	12,21	3 600	3 890	2 711	2 816	2 909	2 308
Juli 2002.....	15,29	15,68	12,24	3 613	3 899	2 741	2 829	2 920	2 329
Oktober 2002.....	15,36	15,75	12,27	3 652	3 945	2 757	2 854	2 946	2 346
Januar 2003.....	15,57	16,00	12,36	3 649	3 934	2 772	2 813	2 898	2 358
April 2003.....	15,84	16,24	12,62	3 699	3 990	2 804	2 888	2 978	2 389
Juli 2003.....	15,76	16,15	12,65	3 724	4 017	2 825	2 906	2 999	2 399
Oktober 2003.....	15,90	16,29	12,72	3 766	4 065	2 842	2 945	3 039	2 421
Januar 2004.....	16,23	16,66	12,89	3 777	4 067	2 863	2 930	3 020	2 439
April 2004.....	16,29	16,69	13,02	3 790	4 077	2 891	2 954	3 043	2 454
Juli 2004.....	16,16	16,55	13,00	3 781	4 062	2 897	2 947	3 035	2 453
Oktober 2004.....	16,50	16,90	13,22	3 816	4 103	2 910	2 993	3 084	2 479
Januar 2005.....	16,44	16,87	13,10	3 792	4 068	2 918	2 953	3 038	2 482
April 2005.....	16,51	16,91	13,23	3 821	4 100	2 939	2 976	3 062	2 495
Juli 2005.....	16,44	16,84	13,18	3 820	4 102	2 938	2 973	3 059	2 493
Oktober 2005.....	16,47	16,87	13,13	3 838	4 121	2 951	3 009	3 097	2 508
Januar 2006.....	16,66	17,13	12,96	3 833	4 110	2 960	2 966	3 050	2 506
April 2006.....	16,46	16,87	13,10	3 845	4 124	2 976	3 014	3 100	2 530
Juli 2006.....	16,47	16,85	13,17	3 852	4 131	2 990	3 016	3 100	2 539
Oktober 2006.....	16,36	16,75	13,01	3 872	4 154	3 000	3 029	3 115	2 541

1) im Produzierenden Gewerbe.

**= Neuer Berichtskreis im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Öffentliche Finanzen

Staatliche Rechnungsergebnisse

1. Rechnungsergebnisse für 2004 und 2005 nach Ausgabe- und Einnahmearten (gesamtwirtschaftliche Darstellung)

- Ohne Sonderrechnungen -

Ausgabeart	2004	2005	Veränderung gegenüber 2004 in %	Einnahmeart	2004	2005	Veränderung gegenüber 2004 in %
	1000 €				1000 €		
Personalausgaben	8 724 237	8 393 930	-3,8	Steuern und steuerähnliche Abgaben	14 152 164	14 288 295	+1,0
dar. Versorgung	1 864 251	1 860 631	-0,2	dav. Lohn- u. veranl. Einkommensteuer (Landesanteil)	4 421 425	4 318 502	-2,3
Laufender Sachaufwand	1 392 778	1 328 475	-4,6	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	415 465	596 542	+43,6
dar. Unterhaltung des unbewegl. Vermögens	52 234	49 534	-5,2	Umsatzsteuer (Landesanteil)	6 576 702	6 507 084	-1,1
Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude	78 527	78 192	-0,4	Gewerbsteuerumlage (Landesanteil)	368 992	416 837	+13,0
Erstattungen an sonstige Bereiche	123 447	123 196	-0,2	Grunderwerbsteuer	366 757	387 006	+5,5
Dienstleistungen Außenstehender	100 824	87 432	-13,3	Kraftfahrzeugsteuer	787 377	863 646	+9,7
Zinsausgaben				übrige Steuern	1 043 207	1 031 838	-1,1
an den öffentlichen Bereich	14 677	13 955	-4,9	steuerähnliche Abgaben	172 239	166 842	-3,1
an sonstige Bereiche (Kreditmarkt u. Ä.)	2 369 039	2 328 980	-1,7	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	906 613	967 414	+6,7
Zuweisungen u. Zuschüsse für lfd. Zwecke ¹⁾ an den öffentlichen Bereich	4 120 600	4 560 868	+10,7	Zinseinnahmen			
dar. allgem. Finanzzuweisungen an Gemeinden/Gv	2 157 794	2 205 432	+2,2	vom öffentlichen Bereich	41	25	-40,6
übrige Zuweisungen an Gemeinden/Gv ²⁾	1 762 795	2 142 796	+21,6	von sonstigen Bereichen	730 561	15 810	-97,8
an sonstige Bereiche ³⁾	3 520 724	3 274 535	-7,0	Zuweisungen u. Zuschüsse f. lfd. Zwecke ¹⁾ vom öffentlichen Bereich	2 402 229	2 005 636	-16,5
dar. an soziale o.ä. Einrichtungen	500 658	512 544	+2,4	dar. allgem. Zuweis. v. Bund u. Ländern	1 146 324	531 630	-53,6
Sozial- und sonstige Geldleistungen				übr. Zuweis. v. Bund u. Ländern	1 182 238	1 406 645	+19,0
an natürliche Personen ⁴⁾	817 816	412 894	-49,5	Zuweisungen von Gemeinden/Gv	71 847	65 372	-9,0
Ausgaben der laufenden Rechnung	20 142 055	19 900 744	-1,2	von sonstigen Bereichen	235 184	256 207	+8,9
Sachinvestitionen	295 459	191 205	-35,3	Sonstige laufende Einnahmen	875 231	815 418	-6,8
dav. Baumaßnahmen	206 313	120 225	-41,7	dav. Gebühren, sonst. Entgelte	119 795	109 659	-8,5
Erwerb von Grundstücken	6 898	3 673	-46,8	sonstige Verwaltungseinnahmen	755 436	705 759	-6,6
Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	82 248	67 307	-18,2	Einnahmen der laufenden Rechnung	19 302 023	18 348 804	-4,9
Zuweisungen u. Zuschüsse f. Investitionen an den öffentlichen Bereich	615 335	635 814	+3,3	Veräußerung von Sachvermögen und Beteiligungen	2 639	92 910	x
dar. an Gemeinden/Gv ²⁾	485 543	527 723	+8,7	Zuweisungen u. Zuschüsse f. Investitionen vom öffentlichen Bereich	553 165	533 709	-3,5
an sonstige Bereiche ³⁾	696 475	717 510	+3,0	dar. vom Bund und von Ländern	488 076	472 004	-3,3
Gewährung von Darlehen				von Gemeinden/Gv	65 089	61 705	-5,2
an den öffentlichen Bereich	859	-	x	von sonstigen Bereichen	49 017	31 901	-34,9
an sonstige Bereiche	27 910	20 394	-26,9	Darlehensrückflüsse			
Erwerb von Beteiligungen und dgl.	910	280 647	x	vom öffentlichen Bereich	2 036	931	-54,3
Schuldentilgung				von sonstigen Bereichen	82 846	74 167	-10,5
an den öffentlichen Bereich	80 188	40 409	-49,6	Schuldenaufnahme			
Ausgaben der Kapitalrechnung	1 717 135	1 885 979	+9,8	beim öffentlichen Bereich	3 015	2 083	-30,9
Bereinigte Gesamtausgaben				Einnahmen der Kapitalrechnung	692 717	735 701	+6,2
(ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	21 859 190	21 786 723	-0,3	Bereinigte Gesamteinnahmen			
nachrichtlich: Finanzierungssaldo ⁵⁾	-1 864 450	-2 702 218	x	(ohne besondere Finanzierungsvorgänge)	19 994 740	19 084 505	-4,6
Schuldentilgung am Kreditmarkt u. Ä. (brutto)	5 345 606	6 455 101	+20,8	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt u.Ä. (brutto)	7 844 843	8 604 489	+9,7
Zuführungen an Rücklagen	103 387	157 551	+52,4	Entnahmen aus Rücklagen	56 403	81 190	+43,9
Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	386 405	345 616	-10,6	Überschüsse aus Vorjahren	-	194 323	x
Ausgaben aus bes. Finanzierungsvorgängen	5 835 398	6 958 269	+19,2	Einnahmen aus bes. Finanzierungsvorgängen	7 901 246	8 880 002	+12,4
Haushaltstechnische Verrechnungen	233 853	222 005	-5,1	Haushaltstechnische Verrechnungen	226 779	216 084	-4,7
Ausgaben zusammen	27 928 442	28 966 996	+3,7	Einnahmen zusammen	28 122 765	28 180 591	+0,2
abzüglich:				abzüglich:			
Zusetzungen aufgrund der Bruttonachweisung der Kreditmarktschulden	5 344 840	6 454 489	+20,8	Zusetzungen aufgrund der Bruttonachweisung der Kreditmarktschulden	5 344 840	6 454 489	+20,8
Zusetzungen aufgrund weiterer Bruttonachweisung	400	582	+45,4	Zusetzungen aufgrund weiterer Bruttonachweisung	400	582	+45,4
Ausgabensumme des Landeshaushalts	22 583 201	22 511 926	-0,3	Einnahmensumme des Landeshaushalts	22 777 524	21 725 520	-4,6

1) Einschl. Erstattungen und Schuldendiensthilfen. - 2) Ohne Zuschüsse an Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft. - 3) Einschl. Zuschüsse an Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft. - 4) Einschl. pauschaliertem Wohngeld, Miet- und Lastenzuschüssen nach dem Wohngeld/Wohngeldsondergesetz sowie Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. - 5) Bereinigte Gesamteinnahmen abzüglich bereinigte Gesamtausgaben.

2. Rechnungsergebnisse für 2004 und 2005 nach Aufgabenbereichen

- Ohne Sonderrechnungen -

Aufgabenbereich	Einnahmen			Ausgaben			Darunter Personalausgaben		
	2004	2005	Veränderung gegenüber 2004 in %	2004	2005	Veränderung gegenüber 2002 in %	2004	2005	Veränderung gegenüber 2004 in %
	1000 €			1000 €		in %	1000 €		
Politische Führung und zentrale Verwaltung ¹⁾	216 969	182 895	- 15,7	1 096 067	1 018 242	- 7,1	930 427	894 864	- 3,8
dar. Politische Führung	10 074	12 349	+ 22,6	213 492	228 301	+ 6,9	175 804	189 817	+ 8,0
Hochbauverwaltung	107 522	94 283	- 12,3	113 760	110 606	- 2,8	77 384	71 292	- 7,9
Versorgung einschl. Beihilfen f. Versorgungsempfänger	81 813	53 305	- 34,8	543 382	583 619	+ 7,4	535 583	574 576	+ 7,3
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	24 948	23 729	- 4,9	1 298 595	1 265 004	- 2,6	1 113 879	1 091 135	- 2,0
dar. Polizei	19 247	19 145	- 0,5	970 112	951 294	- 1,9	824 513	814 325	- 1,2
Rechtsschutz	391 390	392 704	+ 0,3	1 066 494	1 018 776	- 4,5	696 591	680 181	- 2,4
dar. Ordentliche Gerichte u. Staatsanwaltschaften	368 579	368 199	- 0,1	658 199	666 042	+ 1,2	407 780	396 751	- 2,7
Finanzverwaltung	255 715	254 320	- 0,5	630 828	612 062	- 3,0	537 831	520 867	- 3,2
dar. Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	240 610	249 794	+ 3,8	512 581	501 280	- 2,2	423 102	413 054	- 2,4
Schulen und vorschulische Bildung	84 013	140 191	+ 66,9	4 639 555	4 638 429	- 0,0	4 352 788	4 268 628	- 1,9
dar. allgemeinbildende Schulen	17 963	16 516	- 8,1	2 923 296	2 853 529	- 2,4	2 751 550	2 669 035	- 3,0
berufliche Schulen	11 194	10 966	- 2,0	592 762	602 567	+ 1,7	544 403	548 317	+ 0,7
Hochschulen	152 151	189 228	+ 24,4	1 825 130	1 769 124	- 3,1	118 186	124 754	+ 5,6
dar. Wissenschaftliche Hochschulen o. Hochschulkliniken	72 946	80 068	+ 9,8	1 027 438	1 027 601	+ 0,0	1 698	3 734	x
Hochschulkliniken	908	226	- 75,1	314 849	296 880	- 5,7	-	-	-
Förderung des Bildungswesens	89 919	92 482	+ 2,9	165 495	169 703	+ 2,5	-	-	-
Sonstiges Bildungswesen	2 115	2 516	+ 18,9	171 380	147 445	- 14,0	93 312	70 718	- 24,2
Wissenschaft, Forschung außerhalb der Hochschulen	34 460	32 807	- 4,8	232 846	225 266	- 3,3	34 358	34 291	- 0,2
Kulturelle Angelegenheiten	25 430	23 404	- 8,0	229 353	217 508	- 5,2	38 821	38 910	+ 0,2
Soziale Sicherung	494 084	601 182	+ 21,7	2 768 377	2 719 880	- 1,8	82 144	94 716	+ 15,3
dar. Sozialhilfeleistungen	4 880	5 151	+ 5,6	1 345 832	1 443 841	+ 7,3	4 982	12 102	x
Wohngeld	318 339	416 382	+ 30,8	546 398	441 659	- 19,2	-	-	-
Kriegsopferfürsorge	43 181	47 617	+ 10,3	50 832	54 487	+ 7,2	-	-	-
Jugendhilfeleistungen	37 157	39 126	+ 5,3	274 476	276 626	+ 0,8	-	-	-
Gesundheit, Sport und Erholung	131 205	115 706	- 11,8	363 514	301 473	- 17,1	35 931	11 148	- 69,0
dar. Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	74 862	69 750	- 6,8	229 473	211 617	- 7,8	8 106	7 289	- 10,1
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale									
Gemeinschaftsdienste	167 361	153 727	- 8,1	191 091	187 835	- 1,7	97 976	94 671	- 3,4
dar. Förderung des Wohnungsbaus	91 973	87 895	- 4,4	38 443	35 113	- 8,7	-	-	-
Kataster- und Vermessungsverwaltung	54 960	48 394	- 11,9	131 567	132 217	+ 0,5	97 976	93 268	- 4,8
Städtebauförderung	17 973	15 649	- 12,9	17 123	15 904	- 7,1	-	-	-
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	176 618	156 812	- 11,2	360 295	407 123	+ 13,0	79 892	67 222	- 15,9
dar. Verbesserung der Agrarstruktur	62 250	65 823	+ 5,7	88 333	100 892	+ 14,2	-	-	-
Einkommensstabilisierende Maßnahmen	92 825	67 076	- 27,7	91 291	82 598	- 9,5	-	-	-
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	572 069	781 935	+ 36,7	409 755	412 333	+ 0,6	15 024	4 177	- 72,2
dar. Wasserwirtschaft und Kulturbau	108 889	106 754	- 2,0	111 836	149 228	+ 33,4	649	68	- 89,5
Küstenschutz	31 972	34 413	+ 7,6	46 819	50 120	+ 7,1	-	-	-
Verbesserung der Infrastruktur	16 920	23 240	+ 37,4	63 864	48 509	- 24,0	-	-	-
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	851 445	822 432	- 3,4	1 090 178	1 192 324	+ 9,4	173 814	148 946	- 14,3
dar. Straßen	158 869	149 529	- 5,9	353 585	339 594	- 4,0	145 898	148 900	+ 2,1
Wasserstraßen und Häfen	34 753	2 004	- 94,2	83 592	31 117	- 62,8	27 870	-	x
Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	657 624	670 652	+ 2,0	643 857	813 211	+ 26,3	-	-	-
Wirtschaftsunternehmen	313 052	308 090	- 1,6	148 501	305 415	x	70 782	2 626	- 96,3
Allgemeines Grund- u. Kapitalvermögen, Sondervermögen	758 135	49 994	- 93,4	50 407	70 058	+ 39,0	-	-	-
Allgemeine Finanzwirtschaft	23 381 684	23 856 435	+ 2,0	11 190 580	12 288 997	+ 9,8	252 481	246 078	- 2,5
dar. Steuern u. allgemeine Finanzaufweisungen	15 240 203	14 747 322	- 3,2	2 392 030	2 435 980	+ 1,8	-	-	-
Schulden	7 847 986	8 606 699	+ 9,7	7 809 510	8 838 446	+ 13,2	-	-	-
Einnahmen bzw. Ausgaben zusammen	28 122 765	28 180 591	+ 0,2	27 928 442	28 966 996	+ 3,7	8 724 237	8 393 930	- 3,8
abzüglich:									
Zusetzungen aufgrund der Bruttonachweisung der Kreditmarktschulden	5 344 840	6 454 489	+ 20,8	5 344 840	6 454 489	+ 20,8	-	-	-
Zusetzungen aufgrund weiterer Bruttonachweisung	400	582	+ 45,4	400	582	+ 45,4	-	-	-
Einnahmen-, Ausgabensumme des Landeshaushalts	22 777 524	21 725 520	- 4,6	22 583 201	22 511 926	- 0,3	8 724 237	8 393 930	- 3,8

1) Einschl. Auswärtige Angelegenheiten.

Nachrichtlich: In tieferer Gliederung steht diese Übersicht als Tabelle 2 des Statistischen Berichts "Staatliche und kommunale Finanzen" auch elektronisch zur Verfügung.

Zahlenspiegel Niedersachsen

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung											
124 11	Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	8 000,9	7 993,9	8 006,1	8 001,9	8 000,3	7 996,9	7 993,5	7 988,6	7 986,9
Natürliche Bevölkerungsbewegungen											
126 11	Eheschließungen	Anzahl	3 483	3 391	4 445	4 968	4 899	5 521	3 917	4 792	4 676
126 12	Lebendgeborene	Anzahl	5 864	5 583	5 593	6 341	5 990	5 604	5 559	6 221	5 639
126 13	Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	6 791	6 914	6 044	6 719	6 273	6 572	6 887	6 910	6 272
126 13	darunter: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	26	25	29	31	23	18	26	24	20
	Überschuss der Geborenen (+) bez. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 926	- 1 332	- 451	- 378	- 283	- 968	- 1 328	- 689	- 633
127 11 Wanderungen											
	Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 894	17 223	19 510	20 541	17 900	20 130	16 327	18 725	16 077
	darunter: aus dem Ausland	Anzahl	9 982	7 933	8 861	7 428	7 238	11 812	5 983	6 053	5 821
	Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	18 260	16 476	18 810	24 429	19 191	12 231	18 474	22 954	17 144
	darunter: in das Ausland	Anzahl	4 772	4 637	5 539	9 858	6 141	3 776	7 381	9 967	5 702
	Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 1 633	+ 747	+ 700	- 3 888	- 1 291	+ 7 899	- 2 147	- 4 229	- 1 067
	innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	24 538	22 065	22 789	27 496	24 353	19 071	21 743	27 043	22 726

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2004/2005			2005/2006			
			Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.

Erwerbstätigkeit

131 11 Beschäftigte³⁾											
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte											
am Arbeitsort ⁴⁾											
	Frauen	1 000	2 340,7	2 305,5	2 377,1	2 315,2	2 286,3	2 305,5	2 341,6	2 297,6	2 281,4
	Ausländer/-innen	1 000	99,9	96,2	99,3	93,2	93,8	96,2	97,0	91,9	93,6
	Teilzeitbeschäftigte	1 000	418,5	423,7	418,8	417,8	417,8	423,7	423,4	423,9	427,0
	darunter: Frauen	1 000	365,8	370,6	366,4	365,5	366,7	370,6	370,0	369,6	372,1
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen											
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	35,1	35,4	35,5	29,6	32,0	35,4	36,3	30,1	32,2
	Produzierendes Gewerbe										
	ohne Baugewerbe	1 000	636,2	621,0	642,4	631,1	622,2	621,0	627,8	620,6	615,1
	Baugewerbe	1 000	157,9	148,4	161,5	144,8	136,5	148,4	154,0	140,6	135,2
	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	553,2	550,0	564,2	550,8	545,9	550,0	559,5	549,3	544,3
	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	317,0	317,7	322,8	315,6	315,1	317,7	326,0	320,0	321,1
	öffentliche und private Dienstleister	1 000	640,9	632,7	650,3	643,0	634,3	632,7	637,8	636,6	633,3

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005/2006			2006/2007			
			Durchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar

132 11 Arbeitsmarkt^{*)}											
	Arbeitslose	1 000	376,6	457,1	432,9	441,3	473,1	381,2	375,2	378,7	396,9
	darunter: Frauen	1 000	155,6	209,4	205,1	206,9	214,3	192,4	189,4	189,6	194,1
Arbeitslosenquote ⁵⁾											
	insgesamt	%	10,6	13,0	12,3	12,5	13,4	10,7	10,5	10,6	11,1
	Frauen	%	9,3	12,6	12,4	12,5	12,9	11,3	11,2	11,2	11,4
	Männer	%	11,8	13,3	12,2	12,6	13,9	10,1	10,0	10,1	10,9
	Ausländer/-innen	%	24,8	35,0	31,4	31,8	32,9	26,5	26,2	26,4	26,9
	Jüngere unter 25 Jahren	%	9,1	13,7	12,4	12,3	13,3	10,0	9,3	9,2	9,7
	Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	11 637	10 664	9 432	7 854	9 392
	Gemeldete Stellen	Anzahl	25 309	31 668	29 543	29 292	33 041	49 943	48 627	46 857	51 999

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November

Bautätigkeit

311 11 Baugenehmigungen											
	Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	1 695	1 398	1 300	1 419	1 400	1 254	1 142	1 084	1 050
	darunter: mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 646	1 353	1 263	1 368	1 342	1 213	1 106	1 039	983
	umbauter Raum	1 000 m ³	1 365	1 111	1 046	1 147	1 126	1 029	940	957	938
	Wohnfläche	1 000 m ²	272	222	207	224	229	204	187	189	187
	veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	273 521	225 809	212 516	233 200	231 480	212 913	194 238	191 682	187 182
	Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	305	296	300	357	291	294	412	308	318
	umbauter Raum	1 000 m ³	1 439	1 606	1 623	1 914	1 167	1 789	2 089	1 382	1 581
	Nutzfläche	1 000 m ²	226	262	272	327	227	279	363	269	273
	veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	117 034	111 100	116 241	173 384	92 939	122 113	144 685	99 251	113 182
	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ⁶⁾	Anzahl	2 368	1 947	1 704	2 041	2 008	1 778	1 679	1 682	1 856
	Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	13 574	11 007	10 014	11 195	11 112	9 943	9 453	9 031	9 544

1) Jahresdurchschnitt hier Bevölkerung am 31.12. - 2) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 3) Jahresdurchschnitt hier Beschäftigte am 30. 6. - 4) Insgesamt: Einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. - 5) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 6) Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

*) Ab Jan. 2005 vorläufige Ergebnisse, Vorjahres- und Vormonatsvergleiche sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November

Landwirtschaft

413 31	Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	118 112	118 247	121 966	123 951	129 339	121 079	133 067	137 500	139 838
	darunter:										
	Rinder ohne Kälber	t	13 369	11 977	12 995	14 243	15 755	13 735	12 495	14 731	16 111
	Kälber	t	980	1 023	1 094	1 012	1 233	901	956	1 000	1 085
	Schweine	t	103 646	105 120	107 755	108 537	112 192	106 321	119 466	121 606	122 478
413 22	Geflügelfleisch ²⁾	t	42 685	42 068	42 602	41 972	42 335	42 724	42 104	43 012	45 944
413 23	Eiererzeugung ³⁾	1 000 St.	280 332	272 274	273 238	272 934	276 291	289 378	281 454	288 117	285 026

Produzierendes Gewerbe

421 11 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁵⁾

Betriebe	Anzahl	3 944	3 888	3 883	3 889	3 884	3 825	3 819	3 815	3 806
Beschäftigte	1 000	527	518	521	520	519	517	516	512	511
geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	66 010	65 087	66 621	64 626	70 067	60 637	65 343	65 743	69 403
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mio. €	1 615	1 595	1 486	1 556	1 977	1 632	1 898	1 560	2 069
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. €	12 219	13 127	14 895	12 943	14 567	12 276	14 977	14 238	16 787
darunter: Auslandsumsatz	Mio. €	4 992	5 264	5 989	5 197	6 006	4 786	6 195	5 780	7 013

Energie- und Wasserversorgung

431 11 Betriebe	Anzahl	164	162	161	161	161	171	171	171	171
431 11 Beschäftigte	Anzahl	19 659	19 704	19 769	19 717	19 726	20 035	20 015	19 970	20 027
431 11 geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 553	2 548	2 572	2 448	2 776	2 407	2 515	2 541	2 726
431 11 Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mio. €	82,4	70,9	63,0	64,5	105,3	63,8	64,4	68,2	128,0
433 11 Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mio. kWh	4 414,4	4 414,0	4 496,4	4 623,6	5 172,2	3 934,2	4 592,2

Baugewerbe

441 11 Bauhauptgewerbe/Vorbereitende

Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁴⁾

Beschäftigte (einschl. tätige Inhaber)	1 000	77	71	74	72	72	75	75	74	74
Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	7 507	6 881	8 379	7 635	7 650	8 410	8 639	8 396	8 554
davon:										
Wohnungsbau	1 000 h	3 287	2 917	3 561	3 193	3 168	3 541	3 649	3 514	3 518
gewerblicher Bau	1 000 h	2 332	2 220	2 596	2 483	2 488	2 738	2 787	2 727	2 804
öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 888	1 743	2 222	1 959	1 994	2 131	2 203	2 155	2 232
Bruttolohnsumme	Mio. €	129	117	129	124	140	139	129	134	150
Bruttogehaltsumme	Mio. €	45	43	41	41	52	42	42	42	53
Baugewerbl. Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. €	654	634	750	734	810	831	844	877	977
davon:										
Wohnungsbau	Mio. €	243	225	256	254	272	280	273	284	303
gewerblicher Bau	Mio. €	234	236	266	269	300	318	343	350	398
öffentlicher und Straßenbau	Mio. €	177	173	228	211	238	233	228	243	276

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2005/2006			
			Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.

441 31 Ausbaugewerbe/Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ⁴⁾

Beschäftigte (einschl. tätige Inhaber) ⁶⁾	1 000	24	24	23	24	24	24	23	24	24
Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	7 608	7 362	6 756	7 447	7 751	7 493	6 878	7 413	7 935
Bruttolohnsumme	Mio. €	110	107	98	104	111	113	97	106	114
Bruttogehaltsumme	Mio. €	47	47	45	48	46	50	45	48	47
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mio. €	509	508	363	496	536	635	375	488	554

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November

Handel

452 11 Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz.)

Beschäftigte (Index)	2003=100	95,9	92,2	92,4	92,8	92,9	93,7	93,2	93,0	92,8
Index der Umsätze ⁷⁾ - nominal	2003=100	104,1	105,5	113,8	105,8	112,1	114,1	118	117,5	118,9
Index der Umsätze ⁷⁾ - real	2003=100	101,2	101,8	108,6	101,5	107,8	105,0	108,7	108,3	109,9

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 2) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat. - 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. - 4) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). - 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres.

7) Ohne Umsatzsteuer.

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
453 11 Einzelhandel *)											
	Beschäftigte (Index)	2003=100	103,0	108,6	109,2	109,1	109,4	107,9	107,7	107,9	108,7
	Index der Umsätze ¹⁾ - nominal	2003=100	105,4	110,7	109,1	110,2	117,1	108,9	108,4	111,1	116,9
	Index der Umsätze ¹⁾ - real	2003=100	105,4	110,1	108,1	109,3	116,4	108,0	107,1	110,0	115,7
	Kfz- Handel und Tankstellen *)										
	Beschäftigte (Index)	2003=100	105,4	103,4	104,3	105,0	104,2	105,6	106,3	106,7	107,7
	Index der Umsätze ¹⁾ - nominal	2003=100	109,8	105,2	99,8	106,2	109,3	111,1	112,2	115,8	130,3
	Index der Umsätze ¹⁾ - real	2003=100	108,3	103,0	97,0	103,1	106,2	106,6	107,7	111,1	124,9
454 11 Gastgewerbe *)											
	Beschäftigte (Index)	2003=100	96,7	98,5	103,8	100,1	96,6	104,1	104,0	102,1	100,1
	Index der Umsätze ¹⁾ - nominal	2003=100	93,0	94,1	110,6	100,0	81,1	107,3	116,5	103,0	82,3
	Index der Umsätze ¹⁾ - real	2003=100	92,2	92,3	108,0	98,3	79,6	103,5	112,4	99,8	79,1
455 11 Tourismus ²⁾											
	Gästeankünfte	1 000	782,7	851,7	1 097,0	961,6	682,6	1 099,7	1 192,9	986,2	702,9
	darunter von Auslandsgästen	1 000	71,2	86,4	108,1	84,4	73,7	114,3	111,1	91,0	68,6
	Gästeübernachtungen	1 000	2 625,4	2 875,1	3 693,7	3 240,3	1 778,5	4 591,8	3 884,0	3 424,7	1 840,4
	darunter von Auslandsgästen	1 000	161,7	205,3	253,2	197,0	164,5	316,0	257,6	215,1	151,2

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Verkehr											
462 41 Straßenverkehrsunfälle											
	Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ³⁾	Anzahl	3 169	3 351	3 928	3 665	3 538	3 433	3 713	3 530	...
	darunter: Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	2 574	2 740	3 342	2 992	2 857	2 888	3 212	2 915	...
	getötete Personen	Anzahl	52	53	59	49	41	53	47	53	...
	verletzte Personen	Anzahl	3 303	3 534	4 227	3 860	3 599	3 737	4 028	3 714	...
462 51 Kraftfahrzeuge											
	Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	30 119	31 274	30 226	30 458	31 857	25 528	32 002	31 692	37 661
	darunter:										
	Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	26 119	27 202	26 684	27 401	28 284	22 155	27 829	28 652	33 916
	Lastkraftwagen	Anzahl	1 634	1 927	1 404	1 688	2 246	1 255	1 960	1 551	2 348
463 21 Binnenschifffahrt											
	Güterempfang	1 000 t	1 213,6	1 210,7	1 292,5	1 120,7	1 332,4	1 336,3	1 345,8	1 379,1	...
	Güterversand	1 000 t	935,6	958,6	1 026,6	863,5	1 015,0	949,3	860,6	939,8	...

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Außenhandel											
512 11 Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ⁵⁾	Mio. €		4 707,3	5 009,5	5 275,4	5 083,0	5 385,4	4 825,9	5 784,8	5 925,0	6 832,4
	davon: Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. €	386,3	413,0	429,5	424,2	426,4	468,1	461,5	509,7	436,1
	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. €	4 073,0	4 330,4	4 575,5	4 393,4	4 677,4	4 126,9	5 034,7	5 116,1	6 069,5
	davon: Rohstoffe	Mio. €	45,0	60,9	35,4	46,1	60,9	47,5	43,0	64,1	46,4
	Halbwaren	Mio. €	329,7	441,4	519,9	582,5	552,2	537,6	350,0	405,5	560,4
	Fertigwaren	Mio. €	3 698,4	3 828,0	4 016,6	3 764,7	4 060,6	3 541,8	4 641,7	4 646,5	5 462,7
	davon: Vorerzeugnisse	Mio. €	623,6	678,0	709,5	671,6	739,2	781,8	845,4	935,5	870,4
	Enderzeugnisse	Mio. €	3 074,8	3 150,1	3 307,1	3 093,3	3 321,4	2 759,9	3 796,3	3 711,0	4 592,3
	davon nach: Europa	Mio. €	3 651,1	3 912,1	4 099,2	3 936,9	4 224,2	3 524,5	4 388,3	4 566,5	4 980,7
	darunter: in EU-Länder ⁶⁾	Mio. €	3 235,6	3 464,1	3 574,0	3 462,8	3 722,4	3 009,1	3 761,3	3 903,3	4 264,1
	Afrika	Mio. €	82,2	102,4	111,0	109,5	101,5	108,7	134,8	122,0	115,8
	Amerika	Mio. €	520,9	524,8	563,7	545,6	608,5	614,5	674,6	600,3	1 090,2
	Asien	Mio. €	419,0	430,2	455,7	451,5	416,6	538,7	540,0	593,9	583,6
	Australien und übrige Gebiete	Mio. €	32,3	35,6	38,2	33,5	34,6	39,0	46,2	41,4	60,9
512 21 Einfuhr (Generalhandel)											
	Einfuhr	Mio. €	4 177,9	4 545,9	5 197,9	4 778,3	5 259,8	5 164,4	5 816,7	5 311,2	5 647,2
	davon: Güter der Ernährungswirtschaft	Mio. €	345,3	345,8	318,9	433,0	345,3	365,1	424,9	398,6	382,8
	Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mio. €	3 525,8	3 879,0	4 528,8	4 006,4	4 530,4	4 466,3	4 968,2	4 520,8	4 846,6
	davon: Rohstoffe	Mio. €	766,1	1 067,1	1 327,3	1 136,4	1 399,8	1 484,7	1 339,9	892,7	1 178,5
	Halbwaren	Mio. €	295,8	320,4	397,9	283,4	347,2	347,7	715,2	453,8	493,8
	Fertigwaren	Mio. €	2 463,9	2 491,6	2 788,6	2 586,6	2 761,5	2 633,9	2 913,1	3 174,2	3 174,2
	davon: Vorerzeugnisse	Mio. €	402,1	423,2	433,7	471,3	461,2	505,9	531,7	574,0	585,3
	Enderzeugnisse	Mio. €	2 061,8	2 068,4	2 354,9	2 155,3	2 300,3	2 128,0	2 381,4	2 600,2	2 589,0
	davon: Europa	Mio. €	3 368,7	3 560,2	3 868,4	3 878,0	4 201,5	3 882,2	4 619,9	4 042,8	4 325,5
	darunter: aus EU-Länder ⁶⁾	Mio. €	2 593,3	2 580,2	2 777,7	2 753,4	2 992,9	2 561,3	3 224,9	3 209,1	3 246,4
	Afrika	Mio. €	74,0	143,1	224,5	86,9	172,1	267,1	174,8	101,2	150,9
	Amerika	Mio. €	355,1	425,8	626,8	355,7	481,0	531,9	543,4	592,4	606,1
	Asien	Mio. €	366,0	407,8	471,2	432,3	401,3	449,6	467,5	561,7	546,0
	Australien und übrige Gebiete	Mio. €	13,9	8,0	5,3	23,1	3,9	33,6	11,0	13,1	18,6

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Betriebe ab 9 Betten und Campingplätze. - 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung.

4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. - 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. - 6) Mitgliedsländer ab Januar 2004 nach dem Stand vom Mai 2004.

*) Die Ergebnisse werden ab Berichtsmontat Januar 2004 für einen veränderten Berichtskreis dargestellt.

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
523 11	Gewerbeanzeigen ¹⁾										
	Gewerbeanmeldungen	Anzahl	7 039	6 455	6 561	5 919	6 263	5 754	5 880	6 132	6 389
	Gewerbeabmeldungen	Anzahl	4 980	5 013	4 491	4 434	5 123	4 808	4 553	4 706	5 107
524 11	Insolvenzen										
	Beantragte Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	1 183	1 399	1 486	1 392	1 463	1 652	1 464	1 811	1 809
	davon										
	Unternehmen einschl. Kleingewerbe	Anzahl	264	274	251	287	247	247	228	279	226
	Verbraucher	Anzahl	578	800	920	813	918	1 059	949	1 142	1 229
	ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	257	277	275	246	268	292	252	334	303
	sonst. natürliche Personen ²⁾ , Nachlässe	Anzahl	85	48	40	46	30	54	35	56	51
	voraussichtliche Forderungen	1 000 €	306 573	307 367	459 945	279 610	202 772	234 188	245 485	387 336	187 658

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2005/2006			
			Durchschnitt		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.

Handwerk

53 211	Beschäftigte (Index) ³⁾	2003 = 100	93,1	92,0	90,3	92,2	93,3	91,7	89,1	91,2	93,9
	Umsatz (Index) ⁴⁾	2003 = 100	97,0	98,0	78,7	101,2	102,8	109,3	82,8	102,9	108,5

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005/2006			2006			
			Durchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar

Preise

611 11	Verbraucherpreisindex	2000=100	106,4	108,2	100,5	109,3	108,8	109,6	109,6	110,6	110,7
--------	-----------------------	----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

EVAS	Merkmal	Einheit	2004	2005	2005			2006			
			Durchschnitt		Mai	August	November	Februar	Mai	August	November
612 61	Preisindex für Wohngebäude ⁵⁾	2000 = 100	99,8	100,3	100,2	100,3	100,5	101,4	101,7	102,5	103,2

EVAS	Merkmal	Einheit	2005	2006	2005			2006			
			Durchschnitt		April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober

Verdienste

623 21 Verdienste ⁶⁾

Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im											
	Produzierenden Gewerbe	€	2 599	2 627	2 591	2 588	2 629	2 554	2 631	2 639	2 645
	männlich	€	2 666	2 695	2 657	2 655	2 699	2 619	2 700	2 706	2 715
	weiblich	€	2 054	2 063	2 055	2 049	2 059	2 042	2 067	2 072	2 061
Bruttostundenverdienste der Arbeiter											
	im Produzierenden Gewerbe	€	16,47	16,46	16,51	16,44	16,47	16,66	16,46	16,47	16,36
	männlich	€	16,87	16,86	16,91	16,84	16,87	17,13	16,87	16,85	16,75
	weiblich	€	13,16	13,07	13,23	13,18	13,13	12,96	13,10	13,17	13,01
Bruttomonatsverdienste der Angestellten											
	im Produzierenden Gewerbe	€	3 822	3 855	3 821	3 820	3 838	3 833	3 845	3 852	3 872
	männlich	€	4 103	4 135	4 100	4 102	4 121	4 110	4 124	4 131	4 154
	weiblich	€	2 940	2 986	2 939	2 938	2 951	2 960	2 976	2 990	3 000
	kaufmännische Angestellte	€	3 562	3 602	3 558	3 563	3 576	3 575	3 591	3 601	3 622
	technische Angestellte	€	4 052	4 079	4 054	4 048	4 068	4 060	4 069	4 075	4 096
Bruttomonatsverdienste der Angestellten											
	in Handel; Instandhaltung und Reparaturen										
	von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit-										
	und Versicherungsgewerbe ⁷⁾	€	2 732	2 775	2 729	2 731	2 740	2 757	2 768	2 773	2 790
	männlich	€	3 019	3 067	3 014	3 018	3 030	3 049	3 060	3 065	3 082
	weiblich	€	2 315	2 338	2 318	2 317	2 316	2 326	2 334	2 335	2 348
	kaufmännische Angestellte	€	2 742	2 790	2 742	2 740	2 751	2 768	2 782	2 789	2 805
Bruttomonatsverdienste aller Angestellten											
	im Produzierenden Gewerbe; in Handel;										
	Instandhaltung und Reparaturen von Kfz,										
	Gebrauchsgütern, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	€	3 265	3 305	3 262	3 263	3 277	3 287	3 294	3 301	3 322

1) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. - 2) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. - 3) Am Ende des Kalendervierteljahres - 4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj., usw.)

5) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistung am Bauwerk. - 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsschadigungen, Auflösungen usw. - 7) Neuer Berichtskreis ab Januar 2002.

Veröffentlichungen des NLS im Januar 2007

Sachgebiet/Kennziffer	Titel	Regionale Gliederung ¹⁾
Gesundheitswesen		
A IV 1 - j / 2005	Gesundheitswesen 2005	K
Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe		
<u>E I 1</u>		
<u>E I 2</u> - m 11 / 2006	Verarbeitendes Gewerbe	K
<u>E I 3</u>	sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden November 2006	
Baugewerbe		
<u>E II 1</u>	Baugewerbe im November 2006	L
E III 1 - m 11 / 2006	Bauhauptgewerbe / Ausbaugewerbe	
Tourismus, Gastgewerbe		
GIV 1 - m 8 / 2006	Gäste und Übernachtungen im Reiseverkehr August 2006	RG
G IV 1a - m 10 / 2006	Beherbergung im Reiseverkehr Oktober 2006 - Schnellberichte	RG
Querschnittsveröffentlichungen		
	Kreiszahlen, Ausgabe 2006; - ausgewählte Regionaldaten für Deutschland von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder	K

¹⁾ Die Buchstaben bedeuten die kleinste ausgewiesene regionale Gliederung.

B = Bezirk, BWK = Bundestagswahlkreis, G = Gemeinde, GT = Gemeindeteil, H = ausgewählte Häfen, HS = Hochschulen, K = Kreisfreie Städte, Landkreise
KB = Kammerbezirke, L = Land, LKB = Landwirtschaftskammerbezirk, LWK = Landtagswahlkreis, RG = Reisegebiet, VE = Verwaltungseinheiten,
W = Wasserstraßengebiet

Verzeichnis der farbigen thematischen Karten

Heft 7/2004	Schulabgänger aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss 2001 (2 Deutschlandkarten auf Kreisebene, 1 Niedersachsenkarte auf Gemeindeebene)
Heft 8/2004	Regionale Auswirkungen des demographischen Wandels (3 Karten, Verwaltungseinheiten) - Veränderung der Bevölkerung in den Einheits- und Samtgemeinden von 1993 bis 2003 - Einwohnerdichte 1993 und Veränderung der Bevölkerung in den Einheits- und Samtgemeinden von 1993 bis 2003 - Für 2013 vorausgerechneter Anteil der Einwohner im Alter von 65-Jahren und älter an der Zahl der Einwohner insgesamt in den Einheits- und Samtgemeinden
Heft 9/2004	Anteil der potentiellen Empfänger von Arbeitslosengeld II an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter am 31.12.2003 in Deutschland (Länderebene) und Niedersachsen (Kreisebene)
Heft 10/2004	Regionale Verteilung der größten Unternehmen Deutschlands (Kreisebene) Regionale Verteilung der im DAX und MDAX dotierten Unternehmen (Kreisebene) Größe des BIP 2002 (Kreisebene) BIP pro Einwohner 2000 - EU = 100 -
Heft 11/2004	Durchschnittsalter in den niedersächsischen Gemeinden am 31.12.2003 Durchschnittsalter in den niedersächsischen Gemeinden im Jahr 1993 und Veränderung in den Jahren bis 2003
Heft 12/2004	Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2002 (Deutschland, Kreisebene)
Heft 1/2005	Sozialhilfequoten der unter 15-Jährigen am 31.12.2003 (Deutschland, Verwaltungseinheiten)
Heft 2/2005	Erwerbsquote von Frauen und Geburtenhäufigkeit 2003 (Verwaltungseinheiten)
Heft 4/2005	Wanderungsgewinne und -verluste in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 2000 bis 2002
Heft 5/2005	Regionale Unfallhäufigkeit 2004 (Gemeindeebene)
Heft 6/2005	Einpendlerzentren und Auspendlerregionen in Deutschland - Pendlersalden am 30.06.2002 (Kreisebene)
Heft 7/2005	Wirtschaftskraft der Regionen Europas 2002 Wirtschaftswachstum der Regionen Europas 1997 - 2002
Heft 8/2005	Arbeitslosenanteile am 30.06.2005 in Niedersachsen (Gemeindeebene)
Heft 9/2005	Anteil der Lebendgeborenen mit älteren Müttern an der Gesamtzahl der Geburten 2003 (Verwaltungseinheiten)
Heft 10/2005	Die .de Domains in Deutschland 2004 (3 Karten, Kreisebene)
Heft 11/2005	Durchschnittseinkommen in den niedersächsischen Gemeinden im Jahr 2001
Heft 12/2005	Ausländeranteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.06.2004 (Verwaltungseinheiten)

Fortsetzung Verzeichnis der farbigen thematischen Karten

Heft 1/2006	Gewerbeanmeldungen je 10 000 Einwohner 2004 (Deutschland, Kreisebene)
Heft 2/2006	Stand der Kassenkredite der Städte und Gemeinden in Niedersachsen am 30.09.2005
Heft 4/2006	Saldo der Zu- und Fortzüge 2001 bis 2003 in der Altersgruppe 65 und älter (Deutschland, Kreisebene)
Heft 5/2006	Männer- und Frauenüberschüsse bei den 20- bis unter 30-Jährigen am 31.12.2003 (Deutschland, Kreisebene)
Heft 6/2006	Ausgleichswirkung der Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben (2 Karten, Verwaltungseinheiten)
Heft 7/2006	Großvieheinheiten je qkm in den Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands 2003 (Kreisebene)
Heft 8/2006	Neue Schlüsselzahlen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer 2006 (2 Karten, Verwaltungseinheiten)
Heft 9/2006	Personal in der Altenpflege je 1 000 Einwohner 2003 (Deutschland, Kreisebene)
Heft 10/2006	Bevölkerungsveränderungen in den Gemeinden 1946 bis 2006
Heft 11/2006	Anteil der Nichtpendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort am 30.06.2005 und Veränderung von 1997 bis 2005 (2 Karten, Verwaltungseinheiten)
Heft 12/2006	Empfänger von SGB II - Leistungen je 10 000 Einwohner im Juli 2006 (Deutschland, Kreisebene)
Heft 1/2007	Regionale Ausbildungsquoten am 30.06.2005 (Verwaltungseinheiten)
Heft 1/2007	Gewerbeanmeldungen 2005 (2 Karten, Deutschland, Kreisebene)

Informationen zu diesen Karten des NLS (im DIN A 3-Format) erhalten Sie bei Herrn Strote Tel. 0511/9898-1124 oder Herrn Kölbel 0511/9898-1121.

Im Jahresrückblick (Heft 3/2002, 2003, 2004, 2005 und 2006) werden keine DIN A 3-Karten veröffentlicht.

Verzeichnis häufig nachgefragter Tabellen in den Statistischen Monatsheften

Merkmal	Regionale Gliederung	Ausgabe, Seite
Bevölkerungsveränderung im 3. Vj. 2006	K, gr. St	2/2007, S. 102
Bevölkerungsstand im September 2006	K, gr. St	2/2007, S. 101
Einbürgerungen 2005	L	4/2006, S. 190
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 31.03.2006	K, gr. St	1/2007, S. 24
Erwerbstätige 1991 bis 1999	K	2/2002, S. 75
Arbeitslose Ende Dezember 2006	K, Bundesländer	2/2007, S. 106
Ausländer am 31.12.2005 nach Staatsangehörigkeiten	K	7/2006, S. 339
Verarbeitendes Gewerbe im 3.Quartal 2006	K, gr. St.	1/2007, S. 27
Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2005	K, gr. St.	10/2006, S. 526
Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 2005	K, gr. St.	10/2006, S. 528
Kfz-Bestand am 01.01.2004	K, Bundesländer	7/2004, S. 371
Vergleichsdaten für eine Übersicht zu Zwecken der Haushaltswirtschaft	L	10/2006, S. 544
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und Erwerbstätige 1992 bis 1998	K	12/2001, S. 656
Gewerbeanzeigen Januar bis November 2006	L	2/2007, S. 112
Beschäftigte und Umsatz in Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbezweigen im 3. Quartal 2006	L	1/2007, S. 28
Rechnungsergebnisse für 2004 und 2005 nach Ausgabe- und Einnahmearten und nach Aufgabenbereichen	L	2/2007, S. 119
Haushaltsansätze nach Einnahme- und Ausgabearten und nach Aufgabenbereichen 2006	L	6/2005, S. 311
Ergebnisse der Haushaltsansatzstatistik 2004	L	7/2004, S. 387
Beschäftigte im öffentlichen Dienst am 30. Juni 2005	L	1/2007, S. 49

